

30. Sitzung vom 30. August 2007

(Beginn: 15.34 Uhr - Ende: 21.59 Uhr)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 30. Sitzung des Rates in der Wahlperiode 2004/2009. Ich begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie alle Mitglieder des Rates.

Als Stimmzähler benenne ich für die heutige Sitzung Herrn Bartsch, Herrn Dr. Bögner und Herrn Helling.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein Ratsmitglied besonders begrüßen: Herzlichen Glückwunsch zu Ihrem heutigen Geburtstag, Herr Karsten Möring!

(Allgemeiner Beifall)

Obwohl er heute Geburtstag hat, wird er der 30. Sitzung des Rates natürlich pflichtgemäß beiwohnen.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Zunächst zu den Absetzungen. Es wurden die Tagesordnungspunkte 9.7 und 9.9 wegen Beratungsbedarf abgesetzt. Wegen des Sachzusammenhangs der Tagesordnungspunkte 9.9 und 2.2.1 schlage ich Ihnen vor, auch Tagesordnungspunkt 2.2.1 in einer späteren Sitzung zu behandeln. Das ist, glaube ich, sinnvoll. Sind Sie damit einverstanden? - Ich sehe hierzu Kopfnicken. Dann machen wir es so.

Außerdem wurden alle Vorlagen unter dem Tagesordnungspunkt 23 bis auf die unter 23.6 wegen rechtswidriger Beschlussfassung im Liegenschaftsausschuss zurückgezogen.

(Beifall bei pro Köln)

Im Übrigen wird der Tagesordnungspunkt 24.3 wegen weiteren Beratungsbedarfs im Finanzausschuss zurückgezogen. Das RPA hat hier noch Prüfbemerkungen, sodass wir in die nächste Runde kommen werden; das heißt, wir könnten diesen Beschluss am 18. September hier im Rat endgültig fassen.

Zu den Zusetzungen nenne ich folgende Punkte: 1.3, 3.3, 7.4, 9.18, 9.19, 9.20, 16.3 und 16.4.

Nun zur Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage Ihnen vor, den Tagesordnungspunkt 9.8, Ausbau des Hafens Köln-Godorf, nach vorn zu ziehen und diesen vor den Anträgen, quasi unter 2.0, zu behandeln. Es wäre nicht nur im Sinne der Besucher, die zu diesem Thema heute hier anwesend sind, sondern auch der Presse, wenn wir dieses zentrale Thema an den Anfang stellen. Sind Sie damit einverstanden? - Ich sehe Einvernehmen, danke.

Zur Aktuellen Stunde. Die Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen haben am 29. August, also gestern, fristgemäß einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Terminliche Entkopplung von Bundestags- und Kommunalwahl 2009“ eingereicht, den wir als Tagesordnungspunkt 01 behandeln sollten.

Zu den Dringlichkeitsanträgen. Es liegt ein Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen vom 24. August 2007 zu dem Thema „Neuausrichtung der Kongresswirtschaft“ vor, der als Tagesordnungspunkt 2.1.13 behandelt werden soll. Wir müssen zunächst über dessen Dringlichkeit entscheiden. Gibt es Wortmeldungen zur Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Auch das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag auf der Tagesordnung.

Es liegt noch ein weiterer Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 29. August 2007 vor, der als Tagesordnungspunkt 2.1.14 behandelt werden soll. Dabei geht es um die Regularien für Aufsichtsratsreisen städtischer Beteiligungsgesellschaften. Gibt es hierzu Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Auch das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag unter dem Tagesordnungspunkt 2.1.14 aufgenommen.

Ich schlage vor, wegen des Sachzusammenhangs der Punkte 2.1.5 und 2.1.14 diese gemeinsam zu beraten. Sind Sie damit einverstanden? - Okay.

Abschließend möchte ich Sie fragen, ob es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt. - Herr Bürgermeister Müller, bitte.

30. Sitzung vom 30. August 2007

Josef Müller (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich beantrage im Namen meiner Fraktion, den Tagesordnungspunkt 2.1.2, „Künftige Nutzung des ehemaligen Rautenstrauch-Joest-Museum“, so lange zurückzustellen, bis die Verwaltungsuntersuchungen vorliegen und diesen Punkt dann in der nächsten Ratssitzung zu behandeln.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich kann Ihnen jetzt nicht den genauen Zeitpunkt nennen, wann diese Vorlage fertig ist. Aber ich denke, das ist sinnvoll. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann werden wir es so machen. Der Antrag wird damit vertagt auf die nächste Sitzung nach Veröffentlichung der Stellungnahme der Verwaltung.

Ich lasse nun über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Damit ist die so geänderte Tagesordnung angenommen.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde:

**01 Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer Aktuellen Stunde vom 29. August 2007 betreffend „Terminliche Entkopplung von Bundestags- und Kommunalwahl 2009“
Ds-Nr.: A/0385/007**

Für die antragstellenden Fraktionen haben sich Herr Börschel und Frau Moritz zu Wort gemeldet. Herr Börschel, bitte schön.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! In der vergangenen Woche ist durch die Presseberichterstattung quer durch das Land Nordrhein-Westfalen bekannt geworden, dass sich die beiden Landesgeneralsekretäre von CDU und FDP, Herr Wüst und Herr Lindner, beim Innenministerium dafür eingesetzt haben, die Kommunalwahl und die Bundestagswahl im Jahr 2009 nicht an einem Tag stattfinden zu lassen, sondern diese zu entkoppeln. Dadurch ist ein von langer Hand geplanter Coup öffentlich geworden.

(Lachen bei der CDU - Andreas Köhler [CDU]: Herr Börschel, haben Sie wieder schlecht geträumt?)

- Ich weiß gar nicht, warum Sie lachen. - Auf frischer Tat ertappt, behaupten mittlerweile beide, es gehe darum, die Bedeutung der Kommunalwahl besser herauszustellen und sie quasi vor der Bundestagswahl zu schützen. So lautet die jetzt eifertig nachgeschobene Begründung der beiden Generalsekretäre. Mit Verlaub, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Rechtfertigung, die an Volksverdummung grenzt.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Ich glaube, das muss man hier im Rat auch einmal sagen.

Schon deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von der FDP, weil sich die beiden Generalsekretäre, Herr Wüst und Herr Lindner, im selben Atemzug am liebsten eine Zusammenlegung der Kommunalwahl mit der Europawahl wünschen. Man will das tun und behauptet, der wahre Grund für eine Entkopplung von der Bundestagswahl sei ein besseres Herausstellen der Kommunalwahl. Es liegt doch schonungslos offen, dass das in Wahrheit aus Angst vor den Wählerinnen und Wählern geschieht.

(Beifall bei Teilen der SPD)

In der Tat ist die Wahlbeteiligung - das ist ja nichts Neues - bei Bundestagswahlen stets höher als bei reinen Kommunalwahlen. Das ist völlig klar und kein neuer Umstand. Die beiden Generalsekretäre befürchten, dass das Ergebnis von CDU und FDP bei der Kommunalwahl schlechter ausfällt, wenn es einen gemeinsamen Wahltermin für die Bundestags- und die Kommunalwahl gibt, und dass das wenige Monate vor der darauf folgend stattfindenden Landtagswahl ein fatales Signal für die Regierung Rüttgers und die Koalition wäre. Das aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, trifft bei mir und vielen anderen hier im Land auf überhaupt kein Verständnis, weil ein Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und einem bestimmten Wahlergebnis längst nicht mehr herzustellen ist. Das ist längst überholt und nicht mehr nachweisbar. Ein gutes Beispiel dafür ist die letzte Landtagswahl in 2005. Auch diese hatte im Vergleich zu der vorhergehenden Wahl eine erheblich höhere Wahlbeteiligung, und CDU und FDP haben sie trotzdem gewonnen. Daran sieht man doch, dass es diesen Zusammenhang gar nicht gibt.

Um es einmal ganz offen und ehrlich zu sagen: Vergegenwärtigen Sie sich, dass die Bundes-

30. Sitzung vom 30. August 2007

kanzlerin mit ihrem Kanzlerbonus in den Wahlkampf der Bundestagswahl 2009 zieht. Wer sagt Ihnen denn, wie die Wahl ausgeht? Es ist doch vollkommen offen, ob eine höhere Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl automatisch zugunsten der Sozialdemokratie ausgeht. Warum soll das nicht anders ausgehen? Das weiß kein Mensch. Das hat die Vergangenheit belegt.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP] - Zuruf: Daran sehen Sie doch, dass wir keine Hintergedanken haben!)

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss man offenlegen, dass hinter dem Vorhaben der beiden Parteisekretäre - die Landesregierung hat ja erklärt, dass sie sich auf die Kopplung dieser beiden Wahlen nicht festlegen will, obwohl es ein völlig normaler Vorgang wäre - eine absolut unlogische Argumentation steht, was ihnen aber völlig egal zu sein scheint. Die Stichwahl beim Oberbürgermeisterwahlgang wird abgeschafft, angeblich weil man den Bürgern einen separaten Wahlgang nicht zumuten darf. Hier aber soll ein weiterer Wahlgang im Jahr 2009 implementiert werden. Unsinniger und dümmer kann man es nun wirklich nicht machen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Beiden Generalsekretären und beiden Landesparteien ist es augenscheinlich auch egal, dass dadurch höhere Kosten entstehen. Der Bund der Steuerzahler - ich habe keine andere Quelle - befürchtet landesweit 42 Millionen Euro Mehrkosten. Ob das stimmt, weiß ich nicht. Die Summe kann höher, aber auch niedriger sein. Darauf kommt es aber auch nicht an. Entscheidend ist, dass man mit dem Geld, das man für entkoppelte Wahltermine ausgibt, erheblich Besseres anfangen könnte. Beispielsweise könnte man dieses Geld für mehr Ganztagsunterricht statt Samstagsunterricht verwenden; dafür wäre dann nämlich Geld vorhanden.

(Beifall bei der SPD)

Stattdessen wird es für reine Parteitaktik ausgegeben. Es ist den beiden Parteisekretären auch völlig egal, ja, Sie spielen sogar damit, dass ihr Plan Wahlmüdigkeit und Politikverdrossenheit fördert und dem Vorschub leistet. Das ist der eigentliche Skandal bei dieser Angelegenheit, diese nicht nur in Kauf zu nehmen, sondern mit der Wahlmüdigkeit von Bürgerinnen und Bürgern zu spielen und damit zu kalkulieren.

Deswegen, sehr geehrte Damen und Herren, können wir als Fazit nur festhalten: Wer so agiert, der handelt hochmanipulativ und treibt mit dem höchsten Gut unserer Demokratie, nämlich einem Wahlgang, schlicht und einfach Schindluder.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein Skandal, gegen den wir uns wehren müssen. Daher glauben wir von den antragstellenden Fraktionen, dass wir bei einem der entscheidendsten Punkte, der mit der kommunalen Demokratie zusammenhängt, nämlich der Frage, wann haben unsere Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, ihr Urteil abzugeben über unsere kommunale Arbeit, das Signal an die Landesregierung geben müssen: Stoppt diesen Unsinn! Kehrt um! Kehrt zu dem zurück, was völlig normal ist, nämlich beide Wahltermine zusammenzulassen! Spielt nicht mit der Politikverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger! Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Nächste Rednerin ist Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Ich wollte vorschlagen, falls CDU und FDP dazu jetzt Argumente vortragen wollen, als Letzte zu diesem Thema zu sprechen, damit ich darauf eingehen kann.

(Zurufe)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Mir ist es gleich. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Bürgermeister Müller, bitte.

Josef Müller (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich muss eines feststellen: SPD und Grüne fürchten sich vor den Kölner Wählern.

(Beifall bei der CDU)

Anders kann ich Ihre Ausführungen, Herr Börschel, nicht deuten. Sie befürchten, dass die Kommunalwahl hier in Köln zu einer Abstimmung über das Politikversagen des sogenannten Kernbündnisses in Verbindung mit der PDS wird.

30. Sitzung vom 30. August 2007

(Beifall bei Teilen der CDU)

Wir werden alles tun, meine Damen und Herren, den Leuten in Köln das nahezubringen, und einen Kommunalwahlkampf führen, in dem wir die Erfolge des Oberbürgermeisters herausstellen, und diese sind nicht klein. Sie werden sich über die CDU wundern, wenn wir Wahlkampf führen.

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir wundern uns schon die ganze Zeit!)

- Ich habe die Aktuelle Stunde nicht beantragt, Barbara; die hast Du beantragt, nicht ich; deshalb stehe ich jetzt hier für meine Fraktion.

Glauben Sie mir, es wäre ganz aufschlussreich, wenn die Kölner Bürger erfahren, wie die Mehrheiten in diesem Rat sind, wenn sie zum Beispiel erfahren müssen, dass SPD und Grüne dauernd mit der PDS, der Nachfolgepartei der SED, kooperieren und sie diese tolerieren. Die Birthler-Behörde hat ja jetzt aufschlussreiche Ermittlungen getätigt und veröffentlicht,

(Beifall bei der CDU und bei pro Köln)

dass dieser Schießbefehl, der jetzt nachgewiesen ist, ausdrücklich Männer, Frauen und sogar Kinder nicht ausgenommen hat.

(Beifall bei Bernd M. Schöppe [pro Köln])

Man muss sich diesen Skandal einmal vorstellen. Und diese Leute bestimmen hier die Geschichte unserer Stadt teilweise mit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Andreas Köhler [CDU]: Skandal!)

Das werden wir anprangern. Sie haben hier im Rat keine eigene Mehrheit.

Außerdem, meine Damen und Herren: Den Termin der Bundestagswahl bestimmt der Bundespräsident und ein Termin liegt noch gar nicht fest. Soweit ich weiß, ist auch die Kommunalwahl noch nicht terminiert.

Sie haben die Stichwahl angesprochen, Kollege Börschel, aber nicht gesagt, ob Sie, wenn es dazu kommt, dafür sind, auch die Stichwahlen abzuschaffen. Sie haben nur gesagt, wenn das so käme,

(Martin Börschel [SPD]: Natürlich bin ich dagegen! Das ist zutiefst undemokratisch!)

- ja, natürlich, das meine ich -, wollten Sie diese wieder machen.

Was das Geld und die Kosten betrifft, meine Damen und Herren: Diese sind ganz unwesentlich. Ein Oberbürgermeister einer westfälischen Stadt hat 16 bis 18 Prozent ausgerechnet. Sie müssen wissen: Die Wahlverzeichnisse müssen sowieso zweimal gedruckt werden; denn in der Kommunalwahl sind 16-jährige Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt, bei der Bundestagswahl aber nicht. Bei der Kommunalwahl sind schon drei Entscheidungen zu treffen: Der Oberbürgermeister muss gewählt werden, der Rat muss gewählt werden, und die Bezirksvertretungen müssen gewählt werden. Ich glaube, man sollte den Bürger für nicht so dumm halten, dass er nicht auch zweimal zur Wahlurne gehen kann.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Dreimal, Herr Müller! Sie haben das nicht verstanden!)

Er will sich ganz genau anhören, was zu den Einzelwahlen zu sagen ist.

Vor der Bundestagswahl haben wir erst recht keine Angst.

(Zuruf: Warum auch?)

- Da hast Du Recht; aber das ist ein anderes Thema. - Unsere Kommunalwahl würde vollkommen von Bundesthemen überlagert werden, und die Kommunalwahl würde keine Rolle mehr spielen. Das wollen wir nicht. Wir wollen eine eigene Kommunalentscheidung haben. Wir werden unsere Fraktion im Landtag auffordern, die Landesregierung zu bitten, die Termine zu entkoppeln und getrennt durchzuführen. Wir halten das für wichtig. Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister.

(Lebhafter Beifall bei der CDU sowie von Teilen der FDP)

Ich bin eigentlich fertig, aber Herr Börschel hat noch eine Zwischenfrage.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Börschel hat eine Zwischenfrage, bitte.

30. Sitzung vom 30. August 2007

Martin Börschel (SPD): Sehr geehrter Kollege Müller! Ich wollte Sie, da Sie hier das Anliegen der CDU, die Kommunalwahl durch einen eigenen Wahltermin herauszustellen, begründet haben, fragen, wie Sie denn dazu stehen, dass Sie bei Ihrer Fraktionsklausur im Dezember vergangenen Jahres, also schon vor einem Dreivierteljahr, mit Herrn Minister Breuer erörtert haben, die Kommunalwahl mit der Europawahl zu koppeln. Wenn dem so war, kann das doch nur wahltaktische Gründe und eben nicht den Grund haben, der Kommunalwahl einen eigenen Termin zu geben; denn diese zusammen mit der Europawahl durchzuführen, ist Ihnen augenscheinlich egal.

Kollege Grau fragt mich - entschuldigen Sie, das will ich noch nachschieben -, woher ich das denn wüsste. Ich frage: Bestreiten Sie das?

Josef Müller (CDU): Hören Sie mal, wir bestreiten das nicht. Man kann sich doch in einer Klausurtagung - Klausurtagungen machen Sie auch - darüber unterhalten, aber das Ergebnis haben wir nicht vorweggenommen. Wir haben diskutiert, wie man das effizient gestalten kann. Aber das war nicht unsere Meinung. Wir wollten nur einmal fragen, wie das die Landesregierung sieht, und zwar ergebnisoffen. Bei der Kommunalwahl - -

(Martin Börschel [SPD]: Was hat denn die Landesregierung gesagt? Was hat denn der Minister gesagt?)

- Der hat das mitgenommen. Lassen Sie doch - -

(Martin Börschel [SPD]: Hat der Minister nichts dazu gesagt?)

- Er hat dazu keine Ausführungen gemacht. Er hat es mitgenommen. Bis jetzt habe ich dazu noch nichts gehört. - Die Europawahl ist ja erst 2009, die Landtagswahl ist 2010.

(Martin Börschel [SPD]: Darf ich Sie noch etwas fragen?)

- Ja, Sie können immer weiter fragen.

Martin Börschel (SPD): Herr Kollege Müller, ich muss doch noch einmal nachfragen, weil ich es nicht ganz verstehe.

(Josef Müller [CDU]: Das liegt aber an Ihnen!)

Man ist ja gelegentlich so freundlich, uns einen Hinweis über Ihre Beratungen zu geben. Wie kommt es dann, dass Sie selbst in Ihrem Protokoll Herrn Minister Breuer anlässlich dieser Sitzung am 2. Dezember 2006 in den Mund legen, günstig wäre eine Kombination der Kommunalwahl mit der Europawahl? Wie kommen Sie dazu, hier zu sagen, es habe keine Aussage des Ministers dazu gegeben?

Josef Müller (CDU): Es hat keine gegeben. Ich habe ja eben gesagt: Er hat es mitgenommen.

(Martin Börschel [SPD]: Aber so steht in Ihrem eigenen Protokoll!)

Darin steht doch nicht, dass der Minister etwas gesagt hätte.

(Martin Börschel [SPD]: Doch!)

- Nein, das ist falsch.

(Lachen bei der SPD - Martin Börschel [SPD]: Soll ich es Ihnen vorlesen?)

- Ja, Sie können das Protokoll vorlesen. Ich bleibe gern hier stehen.

Meine Aussage für meine Fraktion ist klar: Wir werden - Sie werden sehen, das wird auch so durchgesetzt - dort, wo wir die Mehrheiten haben, das so durchsetzen.

(Martin Börschel [SPD]: Ich kann Ihr eigenes Protokoll hier vorlesen!)

Die Landesregierung wird das machen. Es wird zwei getrennte Termine geben, und das ist gut so. Wir sind darauf sehr gut vorbereitet. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Bürgermeister Müller. Zur Geschäftsordnung ein Antrag von Herrn Dr. Müser.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Entgegen dem Antrag zu dieser Aktuellen Stunde geht es hier offensichtlich nicht um die Belastungen für die Städte und Gemeinden, sondern um die Vorteile oder Nachteile für die einzelnen Parteien. Deswegen möchte ich

30. Sitzung vom 30. August 2007

hier zu Protokoll geben, dass ich mich an dieser Aussprache hier wegen Befangenheit nicht beteilige. Ich empfehle auch allen anderen, diese Aktuelle Stunde wegen Befangenheit zu ignorieren.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Müser, wir wissen aber gar nicht, wie viele es sein könnten, die befangen sind. Dann muss ich ja hier durch den ganzen Saal schauen. Aber Sie geben es so zu Protokoll; das ist okay.

Frau Moritz, bitte schön.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Dass ich gewartet habe, hat sich gelohnt,

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

weil die Rede von Herrn Müller ja doch beachtlich war. Ich möchte mich jetzt damit auch gerne auseinandersetzen.

Herr Müller, Ihre Argumente sind völlig unlogisch. Sie behaupten, wir seien für zwei Wahlen an einem Tag, weil wir die Abstimmung der Wähler fürchteten. So ein Quatsch! Wenn man beide zusammenfasst, erzielt man eine höhere Wahlbeteiligung. Die CDU im Land hat offensichtlich eine andere Wahrnehmung. Aber wenn man sich die Erfahrungen der letzten 20 Jahre anschaut, stellt man Folgendes fest: Immer, wenn Kommunalwahl und Bundestagswahl zusammen stattfanden, lag die Wahlbeteiligung 20 bis 30 Prozent höher, als wenn sie nicht zusammenfielen. Das kann ich Ihnen anhand von Zahlenmaterial beweisen; dazu braucht man nichts zu glauben, das hat nichts Religiöses. Das heißt, wenn wir wollen, dass diese beiden Wahlen an einem Tag stattfinden, so wie es übrigens vorgehen war

(Josef Müller [CDU]: Nein!)

- das war kein Wunsch von SPD, Grünen oder sonst wem; so war es ursprünglich vorgesehen -, führt das dazu, dass wir uns darüber freuen können, dass 80 Prozent der Kölner über die Kölner Politik abstimmen werden, während es sonst nur 50 Prozent tun. Ihr Argument ist unlogisch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Nun zur Ihrer ewigen Wiederholung, Herr Müller, die Linken würden hier in Köln bestimmen. Damit beschäftigt sich sogar schon der KVB-Vorstand. Ich verstehe das überhaupt nicht. Das ist absolut überflüssig und hat mit dem Thema nichts zu tun.

Zu Herrn Müser - ist er jetzt herausgegangen?; draußen ist ja auch ein Lautsprecher -

(Heiterkeit)

kann ich nur sagen: Wahltaktische Überlegungen dürfen überhaupt nicht die Grundlage dafür sein. Wer das tut, fällt auf die Nase. Das ist anderen schon passiert, und das wird auch dieser Regierung passieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt zwei Gründe, die gegen die Entkopplung der beiden Termine sprechen: Der erste ist das Sinken der Wahlbeteiligung, und der zweite sind die Kosten. Im Land Nordrhein-Westfalen sind es etwa 42 Millionen Euro, die man einfach mal so verplempert.

(Ralph Sterck [FDP]: Falsch! Was spricht denn für die Entkopplung?)

- Ich komme ja noch dazu, wenn Sie mir bis zum Ende zuhören. Ich weiß, Sie sind sehr ungeduldig, aber ich probiere es.

(Ralph Sterck [FDP]: Ich klebe an Ihren Lippen!)

- Wunderbar.

Auf der Internetseite der CDU habe ich vergeblich danach gesucht, ob sie sich irgendwie dazu öffentlich geäußert hat. Deshalb kann ich dazu nur Vermutungen anstellen. Die CDU ist wahrscheinlich der Meinung, dass die CDU-Wähler im Gegensatz zu anderen Wählern eine unendliche Leidensfähigkeit haben und dass es denen deshalb nichts ausmacht, innerhalb kürzester Zeit immer wieder an die Wahlurne gerufen zu werden. Aber ich kann Sie nur warnen: Auch die Leidensfähigkeit von CDU-Wählern hat einmal ein Ende.

(Andreas Köhler [CDU]: Machen Sie sich mal um die keine Sorgen!)

Auf der Internetseite der FDP - Sie sind ja sehr kommunikativ - habe ich dazu schon Äußerungen gefunden. Ich wollte gerne wissen, wie die FDP in der Sache denkt. Ich habe dort gelesen - ich zitiere -:

30. Sitzung vom 30. August 2007

Die Landesregierung will ein wählerfreundlicheres Kommunalwahlrecht. (Sie) setz(t) die Hürden für die Teilnahme [...] deshalb so niedrig wie möglich [...].

Die FDP-Denkweise lautet also: So oft wie möglich wählen gehen, das so weit wie möglich entzerren, und es so teuer wie möglich machen. Das ist niedrigschwellig im Sinne der FDP.

(Ulrich Breite [FDP]: Oh!)

Der kommunalpolitische Sprecher der FDP meint, das würde einen Mobilisierungseffekt haben. Das mag sein - für den Kreislauf, wenn man sich zweimal irgendwohin bewegen muss,

(Lachen bei Teilen der SPD)

aber nicht für die Partizipation.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/
Die Grünen)

Meine Damen und Herren, soll man hier in Köln mit Millionen nur so um sich werfen? Es tut mir weh, wenn Geld einfach sinnlos verpulvert wird.

(Josef Müller [CDU]: Eine Wahl ist keine sinnlose Verpulverung von Geld!)

In Köln ist es zwar nicht ganz so teuer wie in kleineren Kommunen - ich habe ein bisschen recherchiert: es wird circa 600 000 Euro kosten, wenn wir die Wahlen entkoppeln -,

(Josef Müller [CDU]: Demokratie gibt es nicht zum Nulltarif!)

aber was könnten wir für 600 000 Euro alles machen! 600 000 Euro sind eine enorme Summe. Ein Beispiel: Unser Oberbürgermeister ist in seinem Wahlkampf damals mit dem Satz „1 000 Bänke für Köln“ angetreten. Wissen Sie, was 1 000 Bänke kosten? Eine Bank kostet 800 Euro.

(Karl Klipper [CDU]): Das stimmt nicht!)

- Nein? Ich habe die Verwaltungsvorlage hier, Herr Klipper, und kann das dokumentieren.

(Karl Klipper [CDU]): Nein, denn ich habe eine gestiftet! 520 Euro habe ich bezahlt!)

Ich will Ihnen noch ein zweites Beispiel nennen. Ein Moderationsverfahren kostet circa 100 000 Euro. Mit dieser Summe könnten wir

sechs große Bürgerbeteiligungsverfahren in Köln bezahlen. Wenn ich mehr Zeit hätte, könnte ich Ihnen noch zehn andere Beispiele nennen. Ich habe aber gerade einen Wink bekommen und werde meinen Redebeitrag deshalb jetzt beenden. Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Moritz. Für die FDP Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Erstes möchte ich hier über die Kosten aufklären. Ich sitze ja nicht im Landtag, aber unser Kollege Herr Börschel sitzt im Landtag und müsste es daher eigentlich besser wissen, wenn er denn wollte.

(Andreas Köhler [CDU]: Da hat Herr Börschel wieder nicht aufgepasst!)

Der Innenminister hat nämlich in einer Fragestunde des Landtags am vergangenen Donnerstag ausgeführt, dass als Anhaltspunkt für die Kostenermittlung nur die Erstattung an die Kommunen für die Durchführung der Bundestags- und Landtagswahlen in Höhe von jeweils rund 14 - und nicht 42 -

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Erstattung! Das ist etwas anderes!)

Millionen Euro zur Verfügung stehen. Wir sehen also: Wir sollten aufpassen, wenn wir mit solchen Zahlen hier operieren.

(Beifall von Ralph Sterck [FDP] - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ulli, das ist doch Quatsch, was Du da erzählst!)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, es freut meine Fraktion, dass SPD und Grüne im Land und nun auch in Köln die Arbeit der nordrhein-westfälischen Landesregierung ernst nehmen, und das ist auch gut so.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Naturkatastrophen sollte man immer ernst nehmen!)

30. Sitzung vom 30. August 2007

Denn die von CDU und FDP getragene Landesregierung handelt so, wie sie es den Menschen im Land vorher gesagt und versprochen hat. Damit unterscheidet sie sich wohltuend von ihrer rot-grünen Vorgängerin,

(Beifall bei der FDP und der CDU)

die mehr Ankündigungsregierung als Vollstreckerin ihrer selbstgemachten Versprechungen war. Die schlüssige Konsequenz kennen wir: Im Jahr 2005 ist Rot-Grün hier im Land abgewählt worden.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Bei aller Ernsthaftigkeit überrascht mich aber, dass schon das bloße Nachdenken der Regierungskoalition von CDU und FDP, wie man die Bedeutung der Kommunalwahl 2009 aufwerten kann,

(Beifall von Ralph Sterck [FDP])

zu einer solchen Überreaktion wie dieser Aktuellen Stunde führt. Diese Überreaktion kann nur als Ausdruck von rot-grüner Panik verstanden werden.

(Beifall bei der FDP)

Anders kann man diese peinliche Resolution zur Aktuellen Stunde gar nicht werten. Ich darf aus der Resolution zitieren:

Der Rat der Stadt Köln lehnt Überlegungen der Landesregierung, im Jahr 2009 Bundestags- und Kommunalwahl terminlich zu trennen, ausdrücklich ab.

Was heißt „überlegen“? Überlegen heißt: nachdenken. Wie tief muss man sinken, den Rat der Stadt Köln dafür einzuspannen, der Landesregierung und den Fraktionen von CDU und FDP das Nachdenken zu verbieten, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der FDP und der CDU - Andreas Köhler [CDU]: Ulli, das ist wie in der DDR! Da durfte man auch nicht nachdenken!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Börschel zu?

Ulrich Breite (FDP): Nein, jetzt nicht. - Der Rat kann nach unserem Verständnis Gesetzesinitiativen oder beschlossene Gesetze des Landes ablehnen.

(Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]: Hinterherhoppeln!)

Ein Denkverbot zu erteilen, wie es die Resolution vorsieht, ist schlicht lächerlich.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU)

Darum kehren wir zurück zur Wahrheit und zur Realität.

(Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]: Und zum Nachdenken!)

Den Termin der Kommunalwahl legt das Innenministerium unter Berücksichtigung rechtlicher und verfahrenstechnischer Erwägungen durch Erlass fest. Das war unter SPD-Innenministern so, und das wird auch unter dem FDP-Innenminister so bleiben. Basta!

(Heiterkeit)

Der Tag der Bundestagswahl wird vom Bundespräsidenten bestimmt. Das war schon immer so. Wir Liberale wollen das auch so beibehalten.

(Zurufe: Basta! – Heiterkeit)

- Basta!

(Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit einem Basta sind schon andere auf die Nase gefallen!)

In der Vergangenheit wurde diese Entscheidung im Zeitraum von Dezember bis Februar vor dem Wahltermin veröffentlicht. Vielleicht sollte man der SPD und den Grünen hier im Kölner Rat einmal einen Kalender schenken; denn nach Adam Riese wäre der früheste Termin der Entscheidung im Dezember 2008. Wir schreiben heute aber den 30. August 2007. Vor diesem Hintergrund besteht für den Innenminister überhaupt keine Veranlassung, die Kommunalwahlen bereits jetzt zu terminieren. Mithin ist weder über die Bündelung der Termine an einem Tag noch über die Trennung gegenwärtig entschieden oder zu entscheiden.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, denken dürfen wir Liberale und Christdemokraten dennoch.

30. Sitzung vom 30. August 2007

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Aber nicht jeden Blödsinn!)

Davon lassen wir uns weder von Rot-Grün noch von geschwätzigen, SPD-gefügigen Ministerialbeamten abhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Die Bundestagswahl bindet viel Aufmerksamkeit der Menschen, zumal nach der Regierungsphase einer Großen Koalition. Bei einem gemeinsamen Wahltermin könnte die Kommunalwahl weitgehend aus dem öffentlichen Bewusstsein ausgeblendet werden.

(Martin Börschel [SPD]: Warum wollen Sie es mit der Europawahl zusammenlegen, Herr Breite?)

Das ist eine Tatsache, die selbst Rot-Grün nicht verleugnen kann. Anders als SPD und Grüne hält die FDP die Kommunalwahl in NRW für so bedeutsam, dass sie in der öffentlichen Wahrnehmung nicht durch andere Wahlereignisse, insbesondere mit einer solchen Bedeutung - diese wurde ja gerade vom Kollegen Börschel angesprochen -, beeinträchtigt werden sollte. Man kann sicherlich überlegen, Wahltermine zusammenzulegen. Aber die Bundestagswahl ist von so großer Bedeutung, weil es darum geht, wer die Kanzlerschaft ab 2009 innehat: Wird es weiterhin Frau Merkel sein, oder kommt vielleicht doch Herr Beck, wer weiß es? Das passt meiner Meinung nach nicht zu unserem Kommunalwahltermin in NRW. Darum sehen wir das anders. So sieht es im Übrigen auch der Städte- und Gemeindebund, der uns darin ausdrücklich unterstützt, diesen Wahltermin zu ändern, und so sehen es auch Politikwissenschaftler.

Ich komme zum Schluss. Wie dem auch sei: Nachdenken ist erlaubt. Eine Resolution gegen das Nachdenken, so wie sie hier vorliegt, ist aberwitzig. Weder ist jetzt die richtige Zeit dafür noch ist hier der richtige Ort dafür. Darum lehnen wir diese Resolution ab. Danke schön.

(Beifall bei Teilen der FDP
und der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Für die Linke hat sich Herr Detjen gemeldet.

(Zuruf von Manfred Rouhs [pro Köln])

Ihre Wortmeldung liegt mir aber noch nicht vor. Sie melden sich. Herr Rouhs, bitte.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Stellungnahme von Herrn Bürgermeister Müller habe ich mit einem gewissen Amusement zur Kenntnis genommen, hat er doch auf die wunderbare und auch so erfolgreiche Arbeit von Oberbürgermeister Schramma verwiesen. Wenn diese Arbeit auch in Ihrer Partei insgesamt als so positiv bewertet werden würde,

(Zuruf bei der CDU: Das wird sie!)

dann verstehe ich nicht, warum in dem Moment, wenn an die CDU die Frage gerichtet wird, wer für Ihre Partei 2009 als Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters aufgestellt wird, nichts zu hören ist.

(Josef Müller [CDU]: Das werden Sie ja sehen!)

Dazu herrscht Schweigen im Walde. Da müsste doch aus tausend Kehlen der Name Fritz Schramma kommen, er kommt aber nicht. Es wird erst einmal gar kein Name genannt, aber bei Leuten, in deren Doppelname Adenauer steht, laufen die Telefone heiß. Das zur Kenntnis zu nehmen, ist schon witzig.

Man kann mir ja allerlei unterstellen und nachsagen, aber nicht, dass ich im Umgang mit CDU und SPD ein Mensch des Ausgleichs wäre, also jemand, der auf Konsens aus ist. Das ist wahrlich nicht so. Aber ich muss zugestehen, dass in der Sache selbst beide Seiten hierin ein Stück weit Recht haben; denn natürlich ist es so, dass eine überregionale Wahl wie eine Bundestagswahl die kommunalen Fragen überlagert. Ich darf Ihnen noch ein Zusatzargument für Ihre künftige Debatte auf Landesebene liefern: Bei so einer Wahl spielen die überregionalen visuellen Medien, das Fernsehen, eine ganz zentrale Rolle. In ARD und ZDF wird natürlich das, was hier in Köln auf kommunalpolitischer Ebene passiert, nicht thematisiert. Darüber wird nicht berichtet, und das rückt in den Hintergrund. Dass das Weltgeschehen und die Kanzlerfrage die kommunalpolitischen Sachfragen überlagern werden und dass über die Kommunalwahl dann nicht mehr gesprochen wird, ist zweifellos richtig.

Richtig ist aber auch, dass eine Entkopplung der Wahlen hohe Kosten verursacht, und zwar nicht

30. Sitzung vom 30. August 2007

nur für das Land, sondern auch für den Steuerzahler; dieses Argument kann man den Roten und den Grünen für ihre weitere Debatte noch mit auf den Weg geben. Die Steuerzahler werden zusätzlich belastet, weil die Parteien dann auch zweimal in ganz Nordrhein-Westfalen Wahlkampf führen müssen. Den Wahlkampf führen Sie zunächst einmal aus Ihrer Parteikassee, aber Sie lassen sich das danach über die Wahlkampfkostenerstattung vom Steuerzahler ausgleichen. Je höher Ihre Ausgaben sind, desto höher ist auch die Wahlkampfkostenerstattung. Das bedeutet: Letzten Endes wird dem Bürger doch wieder in die Tasche gegriffen für die vielen Plakate und anderen Werbemittel, die Sie in diesem Fall landesweit zweimal unter die Leute bringen. Das heißt, das treibt die Kosten noch weiter nach oben.

Deshalb muss man eine Richtungsentscheidung treffen: Ist man bereit, den Nachteil der Überlagerung kommunaler Themen mit zig Millionen Euro Aufwand aufzuwiegen? Wie positioniert man sich hier? Wie setzt man seine Prioritäten? Ich bin prinzipiell der Auffassung, dass man versuchen sollte, sich sparsam zu verhalten und die Steuergeldverschwendung einzudämmen, wo immer es geht. Das sollte eigentlich für einen Politiker, der für das große Ganze verantwortungsbewusst handelt, selbstverständlich sein.

Pharisäerhaft ist es, wenn Herr Börschel hier so tut, als würde seine Partei eine völlig neutrale und sachorientierte Position einnehmen, während sich die CDU und die FDP interessenorientiert verhalten würden. Anders wird ein Schuh daraus; denn beide Streitparteien verhalten sich ausschließlich interessenorientiert. Sie können natürlich davon ausgehen, dass bei einer Überlagerung der kommunalen Themen durch die Bundestagswahl SPD und Grüne ein bisschen besser abschneiden. Deswegen sind sie ja so sehr darauf aus, dass eine höhere Wahlbeteiligung zustande kommt; denn ihre Klientel würde sich womöglich nicht bemüßigt fühlen, da sie ja nicht so „strukturkonservativ“ ist wie die Anhänger von CDU und FDP, zweimal an die Urne zu gehen und auch bei der Kommunalwahl die Stimme abzugeben. Sprich: Ein gewisser Teil der roten und der grünen Klientel bleibt dann lieber zu Hause und macht sich einen schönen Sonntag, statt kommunal zu wählen, während die pflichtbewussten CDU- und FDP-Anhänger sagen: Wenn Wahltag ist, gehen wir auch an die Urne und geben unsere Stimme ab. Das sind genau die Effekte, auf die die beiden Lager hier spekulieren. Insofern ist natürlich auch das

Verhalten von SPD und Grünen strikt interessenorientiert und keineswegs am Gemeinwohl ausgerichtet.

Meine Damen und Herren, wir hatten Ihnen zu Beginn der Ratsdebatten schon einmal ins Stammbuch geschrieben, dass sich die Fraktion pro Köln, die ausschließlich am originären Bürgerinteresse orientiert ist,

(Ulrich Breite [FDP]: Oh!)

an Ihren Ränkespielen nicht beteiligt. In diesem Theater, um einen früheren grünen Slogan aufzugreifen, spielen wir nicht mit und werden uns deshalb, wenn es um die Resolution geht, der Stimme enthalten, obwohl wir einen profilierten Standpunkt haben, den ich Ihnen hier gerade kundgetan habe.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Detjen für die Linke, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Müller! Im Jahr 2009 wird es nicht zwei, sondern drei Wahlen geben. Das haben Sie vorhin nicht richtig gebracht. Es gibt die Europawahl, es gibt die Bundestagswahl, und es gibt, wenn Sie es denn so wollen, noch extra die Kommunalwahl. Das sind nach Adam Riese drei Wahlen

(Andreas Köhler [CDU]: Hat er auch gesagt! Haben Sie wieder nicht zugehört? Herr Detjen, haben Sie auf halben Wege wieder die Ohren zugetan?)

und nicht zwei, wie Sie behauptet haben.

Herr Müller, Sie haben in Ihrem Redebeitrag relativ deutlich gemacht, dass es Ihnen überhaupt nicht darum geht, den Bürgern mehr Einflussmöglichkeiten zu geben. Sie haben deutlich gesagt, worum es Ihnen geht: Sie wollen in Köln ganz gezielt einen Wahlkampf gegen Rot-Rot-Grün führen. Aber warum wollen Sie das? Sie wollen Ihre eigene Zerrissenheit kaschieren, indem Sie gegen Rot-Rot-Grün antreten.

(Andreas Köhler [CDU]: Machen Sie sich mal lieber Gedanken um Ihre Partei!)

30. Sitzung vom 30. August 2007

Meine Damen und Herren, Rot-Rot-Grün mit wechselnden Mehrheiten im Rat der Stadt Köln steht doch gut da: Wir haben den Köln-Pass eingeführt, wir haben 100 Ausbildungsplätze geschaffen, wir haben verhindert, dass die Bäder geschlossen werden, usw. Sogar die CDU musste sich ereifern, dabei mitzumachen.

(Andreas Köhler [CDU]: Busspur!
Toller Erfolg!)

Wir werden uns in diesem Wahlkampf überhaupt nicht an die Wand stellen lassen, im Gegenteil: Ihre innere Zerrissenheit wird dann wieder zum Vorschein kommen. Ihre innere Zerrissenheit zeigt sich ja auch daran, dass Sie noch nicht einmal Oberbürgermeisterkandidaten benannt haben. Deswegen ändern Sie die Gemeindeordnung und schaffen die Stichwahl ab. Das ist ja eine „lex Schramma“.

(Lachen bei der CDU)

Das ist doch das, was Sie betreiben. Sie werden sich noch wundern, meine Damen und Herren von der CDU.

(Andreas Köhler [CDU]: Herr Detjen, Sie müssen ja eine Angst vor der CDU haben!)

Wissen Sie, wem dieser dritte Wahltermin nutzen wird? Der wird der FDP nutzen,

(Winrich Granitzka [CDU]: Das gönnen wir Herrn Sterck!)

weil im Wahlkampf die innere Zerrissenheit der CDU deutlich werden wird, und der wird pro Köln nutzen. Das ist doch ganz klar.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das gönnen wir denen nicht!)

Deswegen schleimt pro Köln mit Aussagen, sie seien überparteilich, herum. Die werden das Lachen auf ihrer Seite haben, weil Sie von der CDU denen in die offenen Arme arbeiten. Das ist Ihre Politik. Das wird gut sein für die äußerste Rechte, die Ihnen Stimmen abnehmen wird. Ihre Zerrissenheit werden Sie nicht in einem Jahr heilen können. Deswegen kann ich nur sagen: Wenn dem so ist und Sie das durchziehen wollen, lasst uns gemeinsam Wahlkampf gegen die Rechtsextremen hier in Köln organisieren,

(Josef Müller [CDU]: Nein, mit Ihnen machen wir nichts gemeinsam!)

damit die nicht groß werden. Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln - Andreas Köhler [CDU]: Und gegen die Linken!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wenn ich es richtig verstanden habe, wurde beantragt, eine Resolution zu verabschieden. Liegt der Text vor? - Eigentlich ist das nicht zulässig. Normalerweise geht die Sache in die Verwaltung, oder sie hat sich erledigt. Aber es war hier schon des Öfteren üblich, dass die Verwaltung beauftragt wird. Ich sehe den Text jetzt aber auch zum ersten Mal; hier heißt es:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt den Oberbürgermeister der Stadt Köln, nachfolgende gemeinsame Resolution an die Landesregierung Nordrhein-Westfalen weiterzuleiten

- ich bin ja oft auf dem Weg nach Düsseldorf; Herr Börschel, Sie hätten sie auch selbst mitnehmen können -

(Zuruf bei der SPD: Das ist ja ungehörig!)

- habt Ihr denn den letzten Humor verloren?; weiter heißt es -

und in aller Dringlichkeit darauf hinzuwirken, einen gemeinsamen Termin für die Bundestags- und Kommunalwahl im September 2009 beizubehalten:

So lautet der erste Absatz der Resolution und, wie ich annehme, auch der Beschluss. Auf dem Papier folgt dann die Resolution selbst.

Darüber stimmen wir jetzt ab. Wer dafür ist, dass der Oberbürgermeister das machen soll, sollte nun seine Hand heben. - Das sind die Stimmen von der SPD, den Grünen und der Linken. Gibt es hierzu Gegenstimmen? - Dagegen sind die CDU, die FDP und der Oberbürgermeister. Enthaltungen? - Die gibt es bei pro Köln und bei Frau May.

(Karl Klipper [CDU]: Was ist mit Herrn Müser?)

- Bei Nichtteilnahme von Herrn Müser; das hatte er vorhin zu Protokoll gegeben.

30. Sitzung vom 30. August 2007

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 1. auf:

1. Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

Zu 1.1:

1.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig 40 Porträt-Fotos von Thomas Ruff Ds-Nr.: 0726/007

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Es ist einstimmig angenommen.

Zu 1.2:

1.2 Annahme einer Schenkung „Waschlapfen II“, 1965 von Konrad Lueg, an die Stadt Köln, Museum Ludwig, durch Herrn Dr. Kasper Fischer Ds-Nr.: 0725/007

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das auch einstimmig angenommen.

Zu 1.3:

1.3 Schenkung zur Ergänzung des Ratssilbers Ds-Nr.: 0822/007

Der Rat bedankt sich bei Herrn Frank Schaar, Vorstandsvorsitzender der Converium Rückversicherung AG (Deutschland), für die Stiftung eines kompletten Ratssilbergedecks, bestehend aus 14 Besteckteilen im Wert von 3 830,75 Euro, ebenso bei Herrn Horst Will von SAP für die Stiftung eines Bechers und eines Brottellers im Werte von 1 252,97 Euro sowie bei Herrn Professor Dr. Norbert Seidel für die Stiftung eines Bechers im Wert von 540 Euro. Der Rat nimmt die Schenkungen als Ergänzung des Ratssilbers mit großem Dank an. Gibt es hierzu Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von einigen Grünen. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von einigen Grünen ist es mit großer Mehrheit so angenommen. Ich darf mich im Namen des Rates bei den Stiftern ganz herzlich bedanken.

(Beifall)

Mit Ihrem Einverständnis ziehe ich den Tagesordnungspunkt 9.8. vor und darf diesen nun aufrufen:

9.8 Ausbau des Hafens Köln-Godorf Ds-Nr.: 0671/007

Zu Wort gemeldet haben sich zunächst Herr Granitzka, Herr Waschek, Frau Dr. Müller und Herr Repgen. In dieser Reihenfolge werden die Kollegen nun sprechen.

Winrich Granitzka (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits in den 60er-Jahren hat die damalige Köln-Bonner Eisenbahnen AG als Vorgängerin der HGK die Fläche, über die wir heute zu entscheiden haben, als Erweiterungsgebiet ausgewiesen und angekauft. Das ist nun 40 Jahre her. In den letzten 20 Jahren hat der Rat in dieser Sache äußerst kontrovers darüber diskutiert. Es hat in dieser Zeit drei Gutachten gegeben, die allesamt ein Ergebnis hatten: Der Ausbau des Godorfer Hafens ist notwendig. Gleichwohl wurden diese Gutachten damals aus den verschiedensten Gründen, auch von meiner Fraktion, nicht akzeptiert. Nun liegt ein viertes Gutachten vor, auf das wir uns verständigt haben. Meine Damen und Herren, wir haben heute die Möglichkeit, aus einer Vision ein konkretes Projekt zu machen.

Sie können mir glauben, dass uns die Entscheidung für den Ausbau des Godorfer Hafen nicht leicht gefallen ist. Ich selbst, aber auch viele meiner Kollegen haben Gespräche und Diskussionen mit vielen Menschen nicht nur im Kölner Süden, sondern überall in der Stadt geführt. Ich will gar nicht verhehlen, dass auch in meiner Fraktion zunächst kontrovers argumentiert und diskutiert wurde. Wir haben uns aber darauf verständigt, dem Ausbau des Godorfer Hafens zuzustimmen, wenn aufgrund des Gutachtens von Professor Baum - dieser wurde vom Rat hier beauftragt - die Wirtschaftlichkeit nachgewiesen würde.

Das vorliegende Gutachten - das stelle ich für die CDU-Fraktion fest - bietet uns hierfür eine breite Entscheidungsgrundlage. Ich sage dies, auch wenn dem einen oder anderen sicherlich noch Zweifel geblieben sind. Neben der Wirtschaftlichkeit der Investition spricht der wachsende Bedarf an entsprechenden Transportkapazitäten im Kölner Süden für einen Ausbau. Alle großen Industriebetriebe haben Bedarf an Transportkapazitäten angemeldet. Bei einem Hafenausbau bleibt den Kölnerinnen und Kölnern eine Menge Lkw-Verkehr von und zum

30. Sitzung vom 30. August 2007

Niehler Hafen erspart. Die Feinstaubproblematik, der CO₂-Ausstoß und die Emissionen spielen sicherlich auch für andere hier im Rat eine große Rolle.

Darüber hinaus sind deutliche Beschäftigungseffekte zu erwarten, die dem Wirtschaftsstandort Köln zugute kommen. Nicht zuletzt deswegen hat neben der IHK auch der DGB strikt und vehement den Ausbau des Godorfer Hafens gefordert.

Meine Damen und Herren, die von den Ausbaugegnern inzwischen in Auftrag gegebenen Gegengutachten sind für uns in der Summe nicht überzeugend. Es gibt das eine oder andere Argument, auf das man eingehen kann, aber in der Summe sind sie nicht überzeugend. Wir haben hier im Rat am 6. Februar - ich habe es schon gesagt - den Beschluss gefasst, das Gutachten von dem achtköpfigen hochkarätigen Team von Herrn Professor Baum von der Universität Köln durchführen zu lassen. Rund vier Monate später lag das umfassende und überzeugende Werk vor.

Mittlerweile gibt es Gegengutachten, die von zwei anderen Gutachtern in sechs Wochen aus dem Hut gezaubert wurden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist für uns kein Indiz für Seriosität und Objektivität solcher Gutachten. Wenn ich dort zum Beispiel lese, dass wir den Godorfer Hafen deswegen nicht ausbauen sollten, weil die anderen deutschen Binnenhäfen bereits Erweiterungsabsichten geäußert haben, ist das aus meiner Sicht gerade ein Argument dafür und nicht dagegen. Wie soll die HGK konkurrenzfähig bleiben, wenn sie auf diesem Markt nicht selbst aktiv werden darf?

Köln verfolgt ein bipolares Hafenkonzept mit den beiden Polen Niehl und Godorf und rangiert damit auf Platz zwei in Deutschland. Wir sollten alles tun, diesen Status zu halten. Das prognostizierte Wachstum in Containerverkehr und der daraus resultierende Wirtschaftsfaktor würden geradezu an Köln vorbeifließen, wenn wir jetzt nicht handelten.

Als weiteres Argument wird, wie schon ganz am Anfang der Diskussion - ich habe dazu Hunderte von E-Mails bekommen -, angeführt, man sollte doch besser den Hafen Niehl ausbauen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben schon am Anfang festgestellt, dass der Niehler Hafen bereits voll ausgelastet ist und keinerlei

Wachstumspotenzial im Containerverkehr mehr bietet. Auch wenn man nachhaltig und immer wieder fordert, ein Hafenbecken zuzuschütten, ändert das nichts an dieser Feststellung.

Auch die Vorwürfe, Herr Professor Baum hätte veraltete Zahlen zugrunde gelegt und wie „Kai aus der Kiste“ über uns ausgeschüttet, haben sich als haltlos herausgestellt und wurden zurückgewiesen. Wir haben das erneut prüfen lassen: Die Zahlen sind belastbar und aktuell.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist immer leicht, Gutachter zu finden, die meinen, ein bestehendes Gutachten bewerten und zu für den Auftraggeber genehmen Ergebnissen zu kommen. Es wird in allen Fällen immer von einer Prognose ausgegangen. Aber, meine Damen und Herren, schauen Sie sich doch die Prognosen an, zum Beispiel die der Wetterdarstellung: Die einen sagen, die Flüsse trocknen aus und es wird keine Schifffahrt mehr auf dem Rhein geben; die anderen sagen, wegen des Schmelzens der Polkappen wird demnächst der Rhein vor die Tore des Doms spülen. Das kann ich nicht bewerten, sage Ihnen aber: Die CDU-Fraktion hat dieses Gutachten bewertet. Für uns ist die Wirtschaftlichkeit nachgewiesen, die Beschäftigungseffekte sind überzeugend, im Kölner Süden besteht nachhaltig ein Bedarf dafür, und der Wirtschaftsstandort Köln und die Bürger Kölns werden davon profitieren. Aus diesem Grund werden wir hier und heute dem Gutachten zustimmen und für den Ausbau des Godorfer Hafens stimmen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke, Herr Granitzka. Herr Waschek für die SPD, bitte.

Johannes Waschek (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich hoffe sehr, dass ich heute hier zum letzten Mal zum Thema Ausbau des Godorfer Hafens sprechen muss. Die Einstellung der Sozialdemokraten zum Godorfer Hafen hat sich vom Beginn der Debatte vor mehr als 20 Jahren bis heute nicht geändert. Wir haben immer betont und bleiben auch heute im Gegensatz zu anderen dabei: Wir sind gegen eine Hafenerweiterung in Godorf, wenn die Wirtschaftlichkeit nicht nachgewiesen ist. Seit 20 Jahren wird diese Debatte geführt. Damit reiht sich dieser Plan in die ungelösten Probleme dieser Stadt vorbildlich ein.

30. Sitzung vom 30. August 2007

Zu Beginn meiner Ratstätigkeit Mitte der 90er-Jahre stand zum Beispiel schon die Untertunnelung der Nord-Süd-Fahrt auf der Agenda. Das Problem ist bis heute ungelöst.

(Karl Klipper [CDU]: Das hätten wir doch machen können, wenn ihr zugestimmt hättet! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Nord-Süd-U-Bahn hat auch so lange gebraucht!)

Die Verlegung des Großmarktes steht ebenfalls schon seit langem auf der Agenda.

(Karl Klipper [CDU]: Ja, da hättest Du auch zustimmen können!)

Da wurde ein großes Szenario, genannt ESI, von der Verwaltung und interessierten Politikern entworfen, und es passierte jahrelang nichts. Der neue Wirtschaftsdezernent verfolgt dankenswerterweise

(Lachen bei der CDU)

- darüber können Sie ruhig lachen; so ist es nun mal; Ihr Dezernent war dazu nicht fähig - dieses Ziel nun konsequent.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Als ein weiteres Beispiel langjähriger Planung, Verzögerung und Aneinanderreihung von Workshops und Wettbewerben kann man den Rheinauhafen nennen,

(Lachen bei Ulrich Breite [FDP] - Karl Klipper [CDU]: Dem habt Ihr auch nicht zugestimmt! - Unruhe)

der sich nun tatsächlich der Vollendung nähert und Köln zu einem Highlight verhelfen wird. Das kann man heute sagen. Es gibt noch mehr Beispiele wie etwa den Breslauer Platz. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Köln kann es sich in Zukunft nicht leisten, 20 Jahre lang Planungen vor sich her zu schieben und nicht zu einer Entscheidung geschweige denn zu einer Verwirklichung zu kommen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Aber so stellt sich Köln leider immer wieder in der Öffentlichkeit dar: schwerfällig, nicht entscheidungsfreudig und auch selbstgefällig nach dem Slogan: Mir mache dat schon.

(Zuruf von Dr. Helge Schlieben [CDU])

So lief es auch mit der Ausbauplanung für den Godorfer Hafen. Lange dümpelte diese Entscheidung vor sich hin, insbesondere weil die CDU keine Entscheidung treffen konnte, fragte sie sich doch, was die Leute vor Ort, was die Industrie und was die IHK sagen würden. Auch die FDP, sonst bei wirtschaftlichen Entscheidungen immer vorneweg, entschied sich schon frühzeitig gegen den Hafen in Godorf.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]:
Wirtschaftsfeindlich!)

Endlich entschied die Politik insgesamt, nach Abschluss des Planfeststellungsverfahrens, ein Gutachten über die Wirtschaftlichkeit dieses Projektes erstellen zu lassen, und - da waren sich alle einig - danach sollte endgültig entschieden werden. Alle Argumente, die Herr Granitzka hier angeführt hat, kann ich voll unterstreichen.

Meine Damen und Herren, der in der Fachwelt anerkannte Gutachter Professor Baum mit seinem Team hat nun sein Gutachten vorgelegt. Er kommt zu dem Ergebnis, dass unter Berücksichtigung aller ökonomischen, verkehrlichen und ökologischen Belange das Nutzen-Kosten-Verhältnis aus gesamtwirtschaftlicher Sicht 2,5 beträgt. Das heißt, jeder investierte Euro bringt 2,50 Euro Nutzen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/
Die Grünen]: Super!)

- Natürlich ist das super. Das wüssten Sie, wenn Sie die Unterlagen lesen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wenn es stimmen würde, ja!)

- Das ist so.

(Zuruf von Dietmar Repgen [FDP])

Selbst wenn die EU-Mittel nicht fließen, was bei diesem Faktor unterstellt ist, beträgt das Verhältnis immer noch 2,1. Es sind 17 Projekte im Bundesverkehrswegeplan mit einem Wert von 1,7 in den vordringlichen Bedarf eingestellt worden. Das heißt: Der Godorfer Hafen ist prädestiniert dafür und sollte gebaut werden.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Nun werden im Citizen-Gutachten gerade diese Daten infrage gestellt. Es wird allerdings nicht zur Kenntnis genommen, dass sich Professor Baum auf aktuelle Daten bezieht. Diese beziehen sich auf den Planfeststellungsbeschluss des

30. Sitzung vom 30. August 2007

Regierungspräsidenten und das aktuellste Gutachten von PLANCO, die Seeverkehrsprognose 2007. Abgeschätzt auf die Region und heruntergebrochen auf die Stadt Köln sind das die aktuellsten Daten, die zur Verfügung stehen.

Falsch ist auch, dass die HGK nichts für den Ausbau der Containerkapazitäten in Niehl getan hat. Das Containeraufkommen in den Kölner Häfen ist in den letzten zehn Jahren um circa 13 Prozent angestiegen.

(Zuruf: Pro Jahr!)

- Pro Jahr. - Im Citizen-Gutachten wird allerdings nur das Jahr 2005 angeführt, in dem es einen leichten Rückgang gab. Nicht gesagt wird, dass in diesem Jahr eine neue Kranbrücke gebaut worden ist, die für höhere Kapazitäten ausgelegt war und damit die Kapazität in Niehl erhöht hat. Insgesamt stehen heute 100 000 Quadratmeter Containerfläche zur Verfügung mit fünf Containerbrücken und zehn mobilen Umschlaggeräten.

Tatsache ist, dass 30 Prozent des Containeraufkommens in Niehl mit dem Ziel Kölner Süden abgewickelt werden. Diese 30 Prozent werden nach dem Ausbau des Godorfer Hafens dort angelandet. Damit werden freie Kapazitäten in Niehl geschaffen. Schon heute würde die HGK mehr Containerumschlag machen, wenn sie denn könnte. Im Wasserstraßenverkehrs- und Hafenkonzept des Landes Nordrhein-Westfalen 2005 wird der Ausbau des Hafens Godorf ausdrücklich gefordert. Man kann davon ausgehen, dass im neuen Konzept, das noch in diesem Jahr veröffentlicht wird, diese Forderung bestehen bleibt, geht doch die Landesregierung laut Gutachten der IVV GmbH & Co. KG aus dem Jahr 2006 davon aus, dass sich die Containeraufkommen von Rotterdam bis 2030 verdreifachen und von Antwerpen verdoppeln werden. Diese Mengen können auch beim geplanten Ausbau des Eisernen Rheins nicht von der Bahn bewältigt werden und schon gar nicht von zusätzlichen Lkws.

Von den Hafengegnern wird auch angeführt, dass der neue Jade-Hafen bei Wilhelmshaven Container aus den ARA-Häfen abzieht. Klar ist allerdings, dass dieser neue Hafen den überlasteten Hafen Hamburg entlasten wird und damit das Containeraufkommen der ARA-Häfen nicht wesentlich verringern wird. Diese Zahlen zeigen auf, dass es zum Ausbau des Godorfer Hafens keine Alternative gibt, wenn Köln als zweitgrößter

Binnenhafen weiterhin seine Spitzenposition halten will.

Damit will ich es mit der technischen Seite bewenden lassen, möchte aber noch etwas zum Ausgleich und zur Betroffenheit der Anwohner sagen, weil ich selbst auch nicht weit von dieser Stelle entfernt wohne und mich als Betroffener fühle. Meine Damen und Herren, viele meinen ja, ich sei der größte Befürworter des Hafenausbaus und würde allein die Interessen der HGK und der Industrie im Auge haben. Aber nehmen Sie mir einmal ab, auch ich bin ein Mensch, naturverbunden und mit Blick

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

- ja, lachen Sie ruhig - auf den möglichen Erhalt von naturnahen Landschaften. Ich habe natürlich Verständnis dafür, dass die Anwohner alle rechtlichen Möglichkeiten nutzen wollen, die unser Rechtsstaat bietet, um ihre Interessen durchzusetzen. Es ist doch selbstverständlich, dass sie das tun. Ich habe mich auch immer dafür eingesetzt, dass vor Ort im Stadtbezirk 2 viele Ausgleichsmaßnahmen vorgenommen werden. Ich bitte darum, dass die HGK bei Verwirklichung ihres Ausbauprogramms mit Baubeginn sofort auch den Ausgleich, der in Sürth vorgesehen ist, beginnt.

Das soll es gewesen sein. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Es wird Sie natürlich nicht wundern, dass wir dieser Vorlage zustimmen werden.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Für die Fraktion der Grünen Frau Dr. Müller, bitte.

Dr. Sabine Müller (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für diejenigen von Ihnen, die im Kölner Norden oder im Westen oder gar auf der Schäl Sick leben, hat die Entscheidung über den Hafenausbau in Godorf möglicherweise wenig Bedeutung.

(Josef Müller [CDU]: Wir haben in Porz den Flughafen!)

Aber wenn Sie im Kölner Süden leben oder dort 2009 Wahlkampf machen dürfen oder wenn Sie dort Freunde oder Verwandte haben oder wenn Sie einfach nur ein klein wenig umweltpolitisches

30. Sitzung vom 30. August 2007

Gespür besitzen, vielleicht auch den christlichen Gedanken der Bewahrung der Schöpfung in sich tragen,

(Zurufe bei der CDU: Oh!)

dann machen Sie sich bitte klar, welche Bedeutung Ihre Entscheidung für oder gegen die Menschen, Tiere und Pflanzen haben kann, die sich entweder im Naturschutzgebiet Sürther Aue oder in den umliegenden Stadtteilen angesiedelt haben.

Diese Menschen sind fest entschlossen, ein Bürgerbegehren auf den Weg zu bringen, um Ihnen, sehr verehrte Ratskolleginnen und -kollegen von der SPD und auch von der CDU, erneut die Möglichkeit zu geben, Ihre angekündigte Entscheidung, ein Naturschutzgebiet zu zerstören, noch einmal zu überdenken. Wir werden diese Menschen darin unterstützen.

Glauben Sie bitte bloß nicht, die Demonstranten draußen oder die verbliebenen Zuhörer auf der Tribüne seien nur eine kleine renitente Gruppe. Das sind sehr viele Menschen. Wenn Sie bei einer der Veranstaltungen in Sürth gewesen wären, wüssten Sie das. Dieser Widerstand, diese Demonstranten vor dem Rathaus kommen aus der Mitte der Gesellschaft. Das waren früher einmal Ihre Wählerinnen und Wähler, meine Damen und Herren von der SPD und von der CDU.

Die Idee und die Planung zum Ausbau des Godorfer Hafens sind schon fast historisch zu nennen. Viele Jahre lang hielt sich die Kölner CDU-Fraktion bedeckt. Man war zerstritten und wollte seine Klientel im Kölner Süden nicht verlieren. Es gab auch einmal einflussreiche Männer in der Rodenkirchener und Sürther CDU, bevor Herr Schramma Oberbürgermeister wurde. Nun aber gibt es offensichtlich eine Ratsmehrheit für den Ausbau des Godorfer Hafens.

Am 6. Februar diesen Jahres beschloss der Rat folgerichtig mit den Stimmen der SPD und der CDU die Vergabe eines Gutachtens zur Ermittlung der Wirtschaftlichkeit des Hafenausbaus an eine Gruppierung um Professor Baum. Wir Grünen kannten schon im Februar das Ergebnis. Man hätte sich diese 90 000 Euro auch sparen oder sinnvoller einsetzen können, als sie für ein interessengeleitetes Gefälligkeitsgutachten auszugeben, worauf die CDU nun ihre Zustimmung zum Hafenausbau gründet.

Dieses Gutachten suggeriert nämlich, dass für den Logistikstandort Köln und insbesondere für das Wohl der Allgemeinheit die Zerstörung beziehungsweise Versiegelung des Naturschutzgebiets am Godorfer Hafen hinzunehmen sei. Das regionale Nutzen-Kosten-Verhältnis beträgt stolze 2,5; bundesweit werden 1,6 erreicht. Die interne Rentabilität erreicht fantastische 13,7 Prozent. Jeder seriöse Finanzexperte schüttelt darüber den Kopf. Das sind völlig unübliche Rentabilitätswerte für Hafenausbauprojekte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Verlierer dabei wären - so steht es in dem Gutachten - lediglich die unmittelbaren Anwohner in einem Radius um den Hafen von etwa 600 Metern - das sind etwa 150 Personen - sowie ein paar Zauneidechsen, Zwergfledermäuse und weitere streng geschützte Tier- und Pflanzenarten. Dagegen könne man nichts machen.

Wichtige Trends wie der Klimawandel wurden erst gar nicht untersucht; das hatte ich bereits im Februar hier thematisiert. Der Klimawandel wird uns zukünftig lange Perioden mit Niedrigwasser sowie verstärkte Hochwasserereignisse beschicken. Die Extreme werden in beiden Richtungen zunehmen. Die Binnenschifffahrt wird häufiger als bisher zum Erliegen kommen, zumal der Rhein in wenigen Jahren kein Gletscherwasser mehr in den Sommermonaten führen wird und im Winter mehr Niederschlag in Form von Regen statt von Schnee fällt.

Für Herrn Professor Baum ist das alles Kaffeesatzleserei, wie er im „Kölner Stadt-Anzeiger“ zitiert wird. Er gehört zu den Ewiggestrigen, die die Folgen des Klimawandels auf die See- und Binnenschifffahrt schlichtweg ignorieren. So erklären sich auch seine absurden Annahmen hinsichtlich der Auslastung und des wirtschaftlichen Nutzens.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Keine Risiken, kein Wettbewerb, Wohlstand für alle, nach uns die Sintflut. So ein Gutachten gehört in die historische Mottenkiste der 60er- und 70er-Jahre des 20. Jahrhunderts, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

30. Sitzung vom 30. August 2007

Eine Prüfung dieses Gefälligkeitsgutachtens und das Aufzeigen von Alternativen mit der Maßgabe einer moderaten Erweiterung des Containerumschlags in Köln wurden im Juli 2007 von den Grünen, dem BUND, dem NABU und zahlreichen Bürgerinitiativen eingeleitet. Fazit dieses Prüfgutachtens der Wuppertaler Citizen Consult ist, dass der Eingriff in Natur und Landschaft unnötig ist. Wichtige Daten und Zahlen wurden von Professor Baum nicht empirisch ermittelt - dazu hatte er wahrscheinlich zu wenig Zeit -, sondern einfach bei der HGK abgefragt.

Die 60 Millionen Euro könnten nach Citizen Consult viel nachhaltiger in den Logistikstandort Köln investiert werden. Wenn Sie sich einmal die Geschäftsberichte der HGK seit 2003 anschauen, sehen Sie, welche Umsatzsteigerungen im Bereich des Schienengüterverkehrs erzielt werden. Hier sind die höchsten Wachstumsraten zu verzeichnen: im Gütertransitverkehr, auf der Schiene. Hier lässt sich in den kommenden Jahren viel Geld verdienen. Hierhin müssten Investitionen und Geldmittel fließen.

Ich komme zum Schluss. Ich möchte daran erinnern, dass wir Grüne immer langfristig denken. Uns macht wirklich Sorge, wie wir langfristig das Problem Containerverkehr, der unsere Straßen und Schienen schon jetzt an die Grenze der Belastbarkeit bringt, lösen. Diese Containerflut kann ja nicht ins Unendliche wachsen. Auch wir müssen darauf vorbereitet sein, dass dieses Wachstum ebenso wie unsere Rohstoffe begrenzt ist und dass der Transport über Zehntausende von Kilometern auf Wasser, Schiene und Straße zukünftig spürbar teurer wird. Wer nur an Wachstum und billigen Transport denkt und das als volkswirtschaftliche Lösung predigt, handelt in hohem Maße unverantwortlich gegenüber seinen Nachkommen. Irgendwann in den nächsten Jahren werden die Grenzen der Belastbarkeit und des Wachstums für Mensch und Natur endgültig erreicht sein. Eigentlich sind sie jetzt schon spürbar, aber wir machen weiter so wie bisher: Wir versiegeln Naturschutzgebiete und missachten den Grundsatz der Nachhaltigkeit. Bedenken Sie bitte auch diesen Aspekt, wenn Sie eine verantwortungsvolle und nachhaltige Entscheidung hier und heute treffen wollen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Reppen, bitte, für die FDP.

Dietmar Reppen (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Bürgerinnen und Bürger auf der Tribüne!

(Karl Klipper [CDU]: Oh!)

- Ja, da staunen Sie; ich denke daran. - Schon in der Sitzung des Rates im Februar waren wir sehr skeptisch, als wir zusammen mit den Kollegen von der Fraktion Die Grünen mit dem Versuch, den Untersuchungsauftrag für das Wirtschaftlichkeitsgutachten präziser zu fassen, gescheitert sind. Schon damals war uns bewusst, dass wir das, was wir von Anfang an wollten und was eigentlich auch der Geist des Beschlusses des Hauptausschusses vom Januar 2006 war - so haben wir diesen immer aufgefasst -, nicht bekommen würden, nämlich ein unabhängiges, seriöses Wirtschaftlichkeitsgutachten.

(Beifall bei Teilen der FDP und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Was ist an einem Gutachten unabhängig und seriös, das als maßgeblichen Quellenfundus nur auf das Datenmaterial der HGK zurückgreift, welches zum Teil auch noch veraltet ist? Was ist an einem Gutachten unabhängig, das bereits auf der ersten Seite erkennen lässt, dass es nicht etwa im Auftrag des Rates erstellt wurde, was ursprünglich Konsens zwischen den vier Fraktionen CDU, SPD, Grüne und FDP war, sondern im Auftrag der HGK? Was ist an einem Gutachten unabhängig und seriös, bei dem der fundamentale Fehler begangen wird, eine im Planfeststellungsbeschluss festgeschriebene maximal zulässige Kapazität von 120 000 Containern gleichzusetzen mit dem von Anfang an und ab dem ersten Betriebstag permanent vorhandenen Auslastungsgrad eines erweiterten Hafens Godorf?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Von 100 Prozent!)

Ein 100-prozentiger Auslastungsgrad - meine Damen und Herren, lassen Sie sich das einmal auf der Zunge zergehen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Gibt es nur im realen Sozialismus!)

Das erinnert nicht an ein seriöses Gutachten, sondern eher an ein Märchen aus tausend und einer Nacht.

(Beifall bei Teilen der FDP)

30. Sitzung vom 30. August 2007

Über die Qualität des Baum-Gutachtens wurde bereits von meinen Vorrednern gesprochen. Es sind die mangelhafte Qualität und die Tatsache, dass das Gutachten mit seinen zweifelhaften Ergebnissen offensichtlich interessengeleitet ist, die uns in unserer Haltung bekräftigen, nach wie vor den Hafenausbau in Godorf abzulehnen. Ein Hafenausbau in Godorf ist wirtschaftlich unsinnig, aus Sicherheitsgründen problematisch und ökologisch fragwürdig.

Sehen Sie sich einmal die Nutzen-Kosten-Relation an. Wir haben das auch untersucht. Die Kosten sind deutlich zu niedrig angesetzt. Wenn man andere Zahlen aus vorangegangenen Gutachten ansetzt, ist das deutlich zu sehen. Der Nutzen ist zu hoch angesetzt. Heraus kommt die traumhafte Quote von 2,5, die auch schon die möglicherweise zu realisierenden Zuschüsse von Bund und EU beinhaltet. Die Betonung liegt hier auf „möglicherweise“. All das ist ziemlich unsicher. Herr Baum sagt in seinem Gutachten: Die Quote sinkt bei Wegfall der EU-Zuschüsse auf 2,1. Er sagt aber nicht, wie es aussieht, wenn der Bund die 28 Millionen nicht spendiert, die er hier eingerechnet hat. Da gibt es keine Abstufung. Vielmehr bewegt man sich dann schnell - das können wir Ihnen prophezeien - in Richtung einer Nutzen-Kosten-Quote, die mit einem Nutzen überhaupt nichts mehr zu tun hat.

Ich möchte daran erinnern: Grundlage für die Frage „Ausbau des Godorfer Hafens: ja oder nein?“ ist das gute alte bipolare Hafenkonzept der Stadt Köln aus dem Jahre 1988. In seinem Kern sagt es, dass sich die Stadt Köln künftig im Bereich der Hafenvirtschaft auf die Häfen Niehl I und Godorf konzentriert. Die übrigen Häfen sollten aufgegeben respektive einer anderen Nutzung zugeführt werden. Im Ansatz war diese Festlegung aus damaliger Sicht a priori kein Fehler - im Jahre 1988, meine Damen und Herren. Aber inzwischen sind fast 20 Jahre ins Land gegangen, und die Welt hat sich verändert wie vielleicht nie zuvor in einem Abschnitt von 20 Jahren.

Wissen Sie noch, liebe Kolleginnen und Kollegen, worüber 1988 gesprochen wurde? Ich kann Ihnen eine Auswahl nennen:

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, bitte!)

- Generalsekretär Michail Sergejewitsch Gorbatschow betont, dass jeder sozialistische Staat

sein gesellschaftliches System frei wählen kann.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das gilt auch für die HGK! - Lachen bei Teilen der FDP und des Bündnisses 90/Die Grünen)

- Die niederländische Fußballnationalmannschaft gewinnt durch einen 2:0 Sieg über die UdSSR die Fußballweltmeisterschaft 1988.
- Steffi Graf gewinnt im Tennis alle vier Grand-Slam-Turniere und das Olympiaturnier dazu.
- Der Kölner Rat beschließt das bipolare Hafenkonzept.

(Heiterkeit bei Teilen der FDP und des Bündnisses 90/Die Grünen)

An diesem Konzept, meine Damen und Herren, wurde seit 20 Jahren nichts geändert. Es hat den Mauerfall überlebt. Fünf Jahre danach trat der europäische Binnenmarkt in Kraft, und das Thema Globalisierung war damals für uns noch so weit weg wie heute der 1. FC Köln von seiner nächsten deutschen Fußballmeisterschaft.

(Beifall bei Ulrich Breite [FDP])

Seitdem wurde nie mehr darüber nachgedacht, wie man in Köln die Kräfte bündeln kann, wie man die Beschränktheit auf Köln auflösen kann zugunsten einer regionalen wirtschaftlichen Betrachtung des Hafengeschäfts, wie wir es im Energiebereich mit der Gründung der Rheinenergie vollzogen haben, um uns für die veränderte Zukunft aufzustellen. Es wurde nie ernsthaft darüber diskutiert, ob es nicht Sinn macht, die Hafensparte der HGK, die nur circa 15 Prozent des gesamten Geschäftsvolumens ausmacht, auszugliedern zugunsten einer regionalen Kooperation der Binnenhäfen in der Rheinschiene, um im Wettbewerb nicht ein Fragezeichen, sondern ein Ausrufezeichen gegen Duisburg zu setzen. Diese Überlegungen sind im Ansatz stecken geblieben oder wurden nie ernsthaft angestellt. Das, meine Damen und Herren, ist keine Zukunftspolitik. Die HGK und die Stadtwerke als Mutterkonzern haben schlichtweg die Entwicklung verschlafen.

(Martin Börschel [SPD]: Eher die FDP!)

Ein Ausbau des Godorfer Hafens ist ein kläglich-er Versuch, Köln als Einzelkämpfer im Hafenvettbewerb zu positionieren, ein Versuch, der

30. Sitzung vom 30. August 2007

zum Scheitern verurteilt ist. Godorf hat seine berechnete Zukunft als petrochemischer Spezialhafen. Niehl könnte als Containerhafen ausgebaut werden, wenn nicht hafenauffine Betriebe konsequent verlagert würden und das nicht mehr gebrauchte Hafenecken 4a zugeschüttet werden würde, um zusätzlichen Raum zu schaffen, der für den Containerumschlag genutzt werden könnte. Alle diese Dinge wären möglich, wenn ein politischer Wille da wäre und die Sensibilität dafür, wirtschaftlich das Richtige zu tun.

(Martin Börschel [SPD]: Das muss man mal der FDP ins Stammbuch schreiben!)

Leider lassen CDU und SPD diese Eigenschaften komplett vermissen. Hinzu kommt, dass heute eine CDU abstimmt, durch die abermals ein tiefer Riss der Uneinigkeit geht.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist das einzig Richtige, was Sie bisher gesagt haben!)

Auch heute wird den Bürgerinnen und Bürgern in Köln, insbesondere denen im Kölner Süden, vorgeführt: Die CDU ist kein verlässlicher Partner.

(Martin Börschel [SPD]: Damit haben Sie Recht! - Winrich Granitzka [CDU]: Das werden wir noch sehen! Was für ein dummes Zeug!)

Das werden die Kölnerinnen und Kölner bei der nächsten Kommunalwahl zu bewerten wissen. Da sind wir ganz sicher.

Ich komme zum Schluss. Sie haben gleich letztmalig die Chance, das Ruder noch herumzureißen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

(Winrich Granitzka [CDU]: Bleiben Sie mal bei Ihren Wahrheiten!)

Geben Sie sich einen Ruck und stimmen Sie mit uns für die Ablehnung des Hafenausbaus in Godorf. Lassen Sie uns danach ernsthaft das bipolare Hafenkonzept von 1988 zumindest auf einen aktuellen Stand bringen und über Kooperationen am Rhein nachdenken. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Für pro Köln Herr Schöppe, bitte.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebes Publikum! Herr Granitzka, ich konnte es gar nicht fassen. Ich dachte eben, ich wäre in der Bezirksvertretung. Dort hat Herr von Dreusche, Fraktionsvorsitzender der SPD, ein ähnlich trauriges Bild abgegeben. Er äußerte sich in etwa so: Ich sehe ja ein; das ist alles schade, aber, wir stimmen doch dafür; denn der Hafen muss ja unbedingt sein.

Sie haben einen schönen Satz gesagt, Herr Granitzka: Es ist immer leicht, ein passendes Gutachten zu finden beziehungsweise zu bekommen. Die Aussage stimmt – wunderbar. Die kann man aber auch auf Sie beziehungsweise auf die CDU münzen. Sie haben Ihre Entscheidung von dem Gutachten abhängig gemacht. Jetzt haben Sie ein Gutachten, das Ihnen passt. Nun kommt ein weiteres, ein fünftes - Sie sprachen ja immer nur von vier Gutachten -, und dieses fünfte Gutachten passt Ihnen nicht. Deswegen nennen Sie es unseriös. Aufgrund dessen gilt es für Sie nicht, sondern es zählt lediglich das vierte Gutachten.

Was zum Beispiel in dem Gutachten nicht berücksichtigt wird, ist, dass in diese Nutzenrechnung - der Nutzen der Hafenerweiterung soll groß sein - zum Beispiel auch die Lkw-Bahn-Verladungen einfließen. Das sind Lkw-Bahn-Verladungen, die man auch am Eifeltor machen könnte, die aber nicht unbedingt in der Sürther Aue stattfinden müssen.

Zur Beschäftigung, die daraus so schönerweise entstehen soll: Wer sagt Ihnen denn, dass die Beschäftigung unbedingt hier geschaffen wird? Der Hafenausbau wird womöglich europaweit ausgeschrieben werden müssen. Wer weiß, wer diese Ausschreibung gewinnt? Wenn eine holländische Firma oder wer auch immer den Auftrag erhält, dann hat diese die Beschäftigung, was ja schön für die wäre. Aber wir können dann doch nicht sagen, wir brauchen den Hafen der Beschäftigung wegen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Godorf liegt in Deutschland und nicht in Holland!)

- Wenn es europaweit ausgeschrieben werden muss, Herr Granitzka, kann den Auftrag auch eine holländische Firma bekommen. Sie dürften wissen: Holland gehört zu Europa.

30. Sitzung vom 30. August 2007

Zu Ihrer Zerrissenheit kann ich Ihnen empfehlen, zu dieser Gelegenheit wieder einen Sonderparteitag durchzuführen, wie Sie es auch zur Moscheefrage gemacht haben. Wer weiß, vielleicht entscheidet dieser Sonderparteitag dann auch anders - in der Moscheefrage ist ja auch anders entschieden worden, als Sie ursprünglich dachten -, sodass wir zu guter Letzt keinen Hafenausbau in Godorf bekämen.

Zur Frage des Bedarfs: Der Ausbau muss Ihren Aussagen zufolge unbedingt sein, weil der Bedarf im Kölner Süden da ist. Aber: Die direkt anliegende chemische Industrie will nichts von der Hafenerweiterung wissen, ganz im Gegenteil: Sie sieht sich durch die Hafenerweiterung gefährdet.

Was mich natürlich auch irritiert, Herr Waschek, ist, wenn Sie erklären, Verständnis zu haben für den Widerstand der Bürger und auch dafür, dass diese dagegen klagen wollen. Ich bitte Sie, das sind ganz normale rechtsstaatliche Selbstverständlichkeiten. Man muss nicht unsere Zeit rauben, indem man Verständnis für Selbstverständlichkeiten zeigt; das muss nicht sein.

(Zuruf von Johannes Waschek [SPD])

Es war hier von Bürgerbegehren die Rede. Ich kann den Bürgern versprechen: Damit haben wir Erfahrung. Ich biete Ihnen gerne meine Unterstützung an; da sind wir mit dabei. Wir stimmen natürlich gegen die Erweiterung des Godorfer Hafens und für die Sürther Aue.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sieh mal einer an: Herr Börschel und Herr Granitzka, da gibt es wieder die Große Koalition aus dem Jahre 2005, die doch so dahingegangen ist.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das fürchten Sie doch, Herr Detjen!)

- Ich fürchte sie nicht, aber schön wäre sie nicht, das gebe ich zu.

(Martin Börschel [SPD]: Sie war auch nicht schön, Herr Detjen! - Heiterkeit)

- Sie war auch nicht schön, sagt Herr Börschel. Also: Welcher Glanz in unseren Hütten heute zu diesem Thema!

20 Jahre haben Sie gebraucht, um den Ausbau des Godorfer Hafens durchzusetzen. Schauen wir mal, ob es heute reicht.

Uns wird immer gesagt, die Linke müsse doch für den Ausbau des Godorfer Hafens sein, weil dieser Arbeitsplätze schafft.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das sagt der DGB!)

- Das sagt der DGB. - Wir haben uns die Entwicklung der Arbeitsplatzzahlen einmal angeschaut. Der Umschlagumsatz ist in den letzten Jahren ständig gestiegen, während die Zahl der Arbeitsplätze deutlich gesunken ist. 2003 waren es 633, 2004 waren es 602, 2005 waren es 584, also insgesamt 49 Arbeitsplätze weniger. Das ist die Arbeitsmarktpolitik. Insofern ist die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen der HGK kein Argument. Hier wird eine ganz andere Politik verfolgt: Es werden Arbeitsplätze abgebaut. Deswegen können wir dieses Argument nicht akzeptieren.

Die Linke hatte anlässlich der Ratsdebatte im November 2005 die HGK aufgefordert, alle Möglichkeiten des Hafenausbaus zu prüfen. Wir haben deutlich gemacht, dass wir generell eine Hafenerweiterung der HGK befürworten. Trotzdem ist und bleibt Godorf für uns ein schlechter Standort. Wenn Ihnen die Arbeitsplätze wirklich so am Herzen liegen, wie Sie immer argumentieren - Sie sprechen immer von mehr als 100 Arbeitsplätzen -, hätten Sie vor Jahren Stück für Stück den Niehler Hafen ausbauen können. Dann wären die Beschäftigtenzahlen der HGK deutlich gestiegen und nicht gesunken. Das haben Sie aber nicht gemacht.

(Martin Börschel [SPD]: Herr Detjen, wer sagt Ihnen denn, dass man das nicht auch noch machen kann?)

Vielmehr haben Sie sogar noch vor kurzem, als es um die Ansiedlung von NKT ging, vorgeschlagen, NKT im Niehler Hafen anzusiedeln.

(Zuruf)

- Natürlich ist das kommuniziert worden. Der Wirtschaftsdezernent selbst hat das ins Gespräch gebracht. Wenn man heute bei der HGK nachfragt, wie das denn zu erklären sei, dann

30. Sitzung vom 30. August 2007

erhält man die Antwort: Im Niehler Hafen gibt es keine Erweiterungspotenziale. Das ist eine verlogene Argumentation

(Martin Börschel [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

bezüglich der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Das stimmt einfach nicht. Deswegen werden wir die von Ihnen angeführten Arbeitsmarktargumente nicht akzeptieren.

Sie, meine Damen und Herren von der SPD und von der CDU, haben jetzt einfach Panik bekommen, weil ganz offensichtlich ist, dass Duisburg kräftig ausbaut und Duisburg auf jeden Fall die Container magnetisch anziehen wird. Deswegen sagen Sie: Wir müssen jetzt in Köln unbedingt dagegenhalten. Wir befürchten, dass das viel zu spät ist und dass das, was Sie jetzt betreiben, ein Flop wird. Meine Damen und Herren, wir wissen doch alle, wie es zu den verschiedenen Flops hier in Köln in letzter Zeit kam. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, wie wir aus der Messe Gewinne in die Kultur gepumpt haben, und zwar in einem erheblichen Umfang. Heute sieht die Realität so aus, dass wir schon in naher Zukunft die Messe mit 20 Millionen Euro finanzieren müssen.

Ich würde auch gerne die 10 Millionen Euro von der HGK in den Stadthaushalt einstellen, so wie es im Gutachten beschrieben ist. Aber ich glaube, das ist eine Situation, die nicht eintreten wird. Eher wird eine andere Entwicklung eintreten: Wir hinken hinterher. Ein langsamer Ausbau in Niehl - da teile ich die Position der Grünen - wäre schon vor längerer Zeit der richtige Weg gewesen. Deswegen werden wir diesem Antrag nicht zustimmen. Wir unterstützen die Gegner des Ausbaus des Godorfer Hafens, hier und heute. Danke schön.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und morgen! - Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Dr. Müser, bitte.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Granitzka, Sie haben sich auf das vorliegende Gutachten berufen und insbesondere auf die Seriosität des Gutachters und

die mangelnde Seriosität des Gegengutachtens hingewiesen. Aus meiner bescheidenen Erfahrung heraus kann ich Ihnen versichern: Es kommt nicht auf die Seriosität des Gutachters an, sondern auf die Seriosität des Gutachtens. Das ist ein himmelweiter Unterschied.

Ich habe dieser Tage gerade ein Gutachten von dem renommierten Verwaltungsrechtler Professor Finkelnburg über die Ansprüche auf Anschlussförderung durch die öffentliche Hand im Wohnungsbau in Berlin auf dem Tisch gehabt, das vor fünf Jahren erstellt wurde. Dieses Gutachten ist heute nur noch Makulatur. Sie wissen, dass die öffentliche Hand einfach ausgestiegen ist und dass aufgrund dieser falschen Wertung jetzt Tausende von einfachen Bürgern Bankrott gehen. Deswegen liegt es an uns, dieses Gutachten zu bewerten. Die Bewertung hat nicht durch den Gutachter zu erfolgen, sondern durch die Politik.

Ich sehe offenkundige Defizite in dem Gutachten. Einige hat Herr Reppen hier schon richtig aufgeführt:

- die unreflektierte Übernahme der Daten von der HGK, was sowohl den Preis als auch die Mengen angeht,
- kein Benchmarking der Erträge, weder mit den HGK-eigenen Aktivitäten noch mit irgendwelchen Wettbewerbern.

Herr Klipper hat es sich nicht nehmen lassen, als ich ihn im Stadtentwicklungsausschuss darauf aufmerksam gemacht habe, dass die HGK einen wesentlich niedrigen Ertrag ausweist, mir vorzuwerfen, ich würde eine Nebelkerze zünden und ich hätte die Spartenrechnung nicht berücksichtigt. Genau das, Herr Klipper, hätte ich von einem Herrn Baum erwartet, dass er nämlich genau diese Benchmarks in einem Gutachten verwendet und erklärt, woher diese Differenzen kommen.

Auch gab es keine Betrachtung von wirtschaftlichen Risiken. Meine Damen und Herren, wir finden kein einziges wirtschaftliches Risiko. Das ist schon bemerkenswert. Wenn es eine unternehmerische Beteiligung wäre, würde § 107 Abs. 5 der Gemeindeordnung das sogar zwingend vorschreiben. Nur weil es hier um eine finanzielle Beteiligung und nicht um eine unternehmerische Beteiligung geht, verzichten wir gänzlich darauf. Es kann doch nicht sein, dass wir uns damit zufrieden geben.

30. Sitzung vom 30. August 2007

Weitere Fragen, die sich aus dem unmittelbaren Wettbewerbsumfeld ergeben, sind auch nicht beantwortet worden. Wie will die HGK an diesem Standort die Serviceleistungen anbieten, die unbedingt für die Wettbewerbsfähigkeit rund um die Containerumladung notwendig sind? Aus dem Prospekt zur Teilprivatisierung des Hamburger Hafens wissen wir, dass die Stadt Hamburg allein drei Seiten Chancen und Risiken aufgelistet hat. Sind denn die Kölner schlauer als die Hamburger? Haben die Hamburger keine Erfahrung, dass sie so viele Risiken sehen, während man in Köln weiß, dass es keine Risiken in diesem Geschäft gibt? Ich denke, dem ist nicht so. Wie passt die Diversifizierung in Godorf mit dessen Bedeutung, mit dessen Kernfunktion als sicherer Spezialhafen für die Chemie- und Mineralölindustrie zusammen? Herr Repgen hat schon ausführlich darauf hingewiesen, dass hier Kooperation statt Gegeneinander angesagt wäre.

Wie passt der Ausbau in Godorf mit der nicht hafenauffinen Nutzung in den anderen Hafengeländen zusammen? Herr Waschek, Ihren Aussagen ist heute dieses und morgen jenes zu entnehmen. Es gibt keinen konzeptionellen Zusammenhang zwischen den Dingen, sondern hier wird immer nur nach Tagesgeschäft geurteilt. - Das Bessere ist der Feind des Guten.

Das alternative Investment, Ausbau des Niehler Hafens, wurde auch nicht betrachtet. Es mag durchaus sein, dass es nicht so gut dasteht wie ein Investment in den Godorfer Hafen, aber Herr Baum äußert sich gar nicht erst dazu.

Auch wäre eine Stellungnahme der HGK zu dem Gegengutachten beziehungsweise dem Gutachten von Citizen nicht schlecht gewesen für unsere Debatte.

Wir finden keine Aussagen zur Bedeutung des Auengebietes als letztes Fragment der Kaltluftentstehungsschneise Sürther Aue, Sürther Feld, über den Forstbotanischen Garten bis in den Vorgebirgspark in die Stadt hinein. Das ist ein ganz wichtiges Argument, das vor einem halben Jahr noch ausführlich in der Presse diskutiert wurde und jetzt überhaupt nicht mehr aktuell ist, obwohl wir bereits jetzt eine 5 Grad höhere Temperatur in der Stadt haben als im Umland, geschuldet dem Zubau von ehemaligen Kaltluftentstehungsschneisen.

Meine Damen und Herren, die Anwohner in Sürth haben ein Recht auf Lebensqualität, und

die Bürger Kölns haben ein Anrecht darauf, dass sehr sorgfältig abgewogen und mit ihrem Geld umgegangen wird. Bezüglich des Hafenausbaus sehen wir sehr viele kritische Aspekte, die überhaupt nicht beleuchtet worden sind, weswegen wir diesem Ausbau natürlich nicht zustimmen werden. Danke schön.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses
90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Müser. Als Letzte in der ersten Runde spricht Frau May, bitte.

Petra May (fraktionslos): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Eine Frage ist hier noch nicht gestellt worden, die ich für entscheidend halte. Deswegen melde ich mich an dieser Stelle zu Wort. Ich möchte daran erinnern: Aller guten Dinge sind drei. Aber es gibt auch eine schwarze Serie. Die schwarze Serie in Köln ist KVB, Messe und - - Was ist das Dritte? Wir hatten bei der Messe und der KVB auch Gutachten und Wirtschaftlichkeitsprüfungen, aber die Dinge sind ganz anders ausgegangen.

Die entscheidende Frage, die man sich hier stellen muss, ist: Kann es sich die Stadt leisten, wenn die günstigen Prognosen, die hier so beschworen werden, nicht eintreffen? Verkraften das die Stadtwerke? Verkraftet das der städtische Haushalt, wenn nichts eingebracht wird? Diese Frage ist nicht beantwortet worden. Kann es sich die Stadt leisten, wenn nicht eintrifft, was prognostiziert worden ist?

Aus diesem Grund stimme ich den Kollegen zu, die sich kritisch mit der Planung auseinandergesetzt haben. Ich denke, es gibt nur ein Nein für den Ausbau des Godorfer Hafens, wenn diese Frage nicht beantwortet werden kann.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau May. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Schon als das Gutachten beauftragt wurde, wurde deutlich, dass CDU und SPD diesen

30. Sitzung vom 30. August 2007

Auftrag dahin gehend beschnitten hatten, dass die Wettbewerbssituation bewusst nicht untersucht werden sollte und auch nicht die Folgewirkungen des Klimawandels. Das hat uns schon stützig gemacht. Was uns aber vor allem stützig gemacht hat und was sich dann auch durch die Literaturarbeit von Herrn Baum und von seinen Kollegen zieht, ist, dass es keinerlei empirische Untersuchungen gibt, die genau dieses Defizit wettmachen.

Wenn man sich die Dinge genauer anschaut, stellt man fest, dass dieses Gutachten von der HGK gelenkt worden ist. Das ist in etwa so, als wenn der Kölner Stadtrat einen Drogendealer beauftragen würde, eine Beratungsstelle für Drogensüchtige aufzubauen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/
Die Grünen)

Ich möchte mich noch einmal mit zwei, drei Argumenten auseinandersetzen.

Das erste Argument sind die Arbeitsplätze. Es stimmt uns besonders traurig, dass auch der DGB und der ansonsten den Dingen doch sehr aufgeschlossene DGB-Vorsitzende diesem vermeintlichen Argument aufsitzen und dadurch die Situation entsteht, dass Gewerkschaftsfunktionäre plötzlich eine Auffassung vertreten, wie wir sie aus den späten 70er-Jahren kennen. Man braucht sich nur den Planfeststellungsbeschluss und das Gutachten von Professor Baum und anderen genauer anzuschauen. Man stellt dann fest, dass ein wesentlicher Faktor bei der Ermittlung des volkswirtschaftlichen Nutzens die direkten und indirekten Beschäftigungseffekte darstellen, die durch den Bau und den Betrieb des Hafens ausgelöst werden sollen. Dauerhaft aber werden durch den Betrieb des Hafens und durch zusätzliche regionale Beschäftigungen maximal 98 Personen zusätzlich beschäftigt, also 98 Arbeitsplätze geschaffen. Wenn man das ins Verhältnis setzt zur Summe, die investiert wird, stellt man fest, dass das eine verschwindend geringe Zahl ist.

Das zweite Argument war - das war sehr auffällig - die sehr starken regionalen wirtschaftlichen Effekte. Man geht offensichtlich davon aus, dass die gesamte Investitionssumme in dieser Region vergeben wird. Es gibt sicherlich Kollegen in der HGK und auch im Rat, die glauben, dass die Dinge so laufen werden. Seitdem wir aber wissen, dass wir in der Europäischen Union Ausschreibungspflichten unterliegen, ist die Wahr-

scheinlichkeit, dass das gesamte Auftragsvolumen - davon geht Baum in seiner Rechnung aus - in der Region vergeben wird, nicht sehr groß.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/
Die Grünen, der FDP und bei pro Köln)

Herr Baum hat in seinem Gutachten die betriebswirtschaftliche Rentabilität untersucht und sagt, dass sich durch den Umschlag von 120 000 TEU wasserseitig und 86 000 TEU landseitig jährliche Erträge von über 5 Millionen Euro erzielen lassen. Laut Geschäftsbericht der HGK von 2006, den jeder von uns hat, werden in den Kölner Häfen 509 860 TEU insgesamt verladen. Auch wenn man unterstellen würde, dass die neuen Containerterminals in Godorf durch technologische Weiterentwicklung etwas effizienter arbeiten, erscheint es absolut unrealistisch, mit einer Containerumschlagskapazität von 206 000 TEU mehr Gewinn zu erzielen als der gesamte Bereich der Häfen der HGK in 2006 erzielt hat. Das kann einfach nicht sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ähnliches gilt für den Bereich der Schütt- und Stückgüter. Dort soll mit einer Kapazität von 590 000 Tonnen im Jahre 2013 mehr Gewinn erzielt werden, als die HGK 2006 mit über 10,7 Millionen Tonnen Gesamtumschlag hatte. Zum Vergleich: Der gesamte Duisburger Hafen, als größter europäischer Binnenhafen, erzielte in 2006 mit 787 000 TEU Containerumschlag und 49,7 Millionen TEU Gesamtumschlag ein Betriebsergebnis von 4,1 Millionen Euro vor Ertragssteuern, also weniger, als nach den Schätzungen des Gutachters Baum in Godorf durch ein einziges Hafenbecken erreicht werden soll. Wer sich diese Dinge anschaut, kann eigentlich nur zu der Auffassung kommen, dass dieser Hafenausbau offensichtlich schöngerechnet werden soll. Ich könnte das hier noch fortsetzen, aber die Zeit bleibt mir nicht.

Was ist das Fazit? Als Fazit bleibt - dankenswerterweise hat Herr Repgen in aller Deutlichkeit darauf hingewiesen und es belegt -: Die HGK AG ist von ihrer Geschäftsstrategie her ein Fossil. Dort entwickelt sich nichts weiter. Jetzt stellt sich natürlich die Frage, warum das so ist. Eigentlich müsste jeder in der Lage sein, dazuzulernen oder aber durch politische Kräfte zum Dazulernen animiert zu werden.

30. Sitzung vom 30. August 2007

Bei der Abstimmung sind zwei Dinge zu überlegen:

Das eine sind Gesichtsverlust und Prestige. Es gibt viele, die ein Problem haben, nach 20 Jahren umzuschwenken oder dazuzulernen. Wir müssen aber die wirtschaftlichen Folgewirkungen betrachten und überlegen, ob es richtig sein kann, in den alten Gräben zu verharren.

Das Zweite ist Spekulation, und zwar Immobilienspekulation. Tatsache ist, dass der Deutzer Hafen ebenso zur schicken Marina gemacht werden soll wie der Rheinauhafen. Dazu müssen ein paar Firmen verlagert werden. Die sollen in den Niehler Hafen, von dem wir ja wissen, dass dort genug Platz ist; denn da sind 18 Hektar zu mobilisieren. Das haben unsere Gutachter noch einmal zusammengestellt, und zwar aufgrund von Unterlagen aus HGK-beauftragten Gutachten. Diese Gutachter haben sich auch ihre Gedanken gemacht, sie haben die nur nicht veröffentlicht. Diese sind in das Baum-Gutachten nicht eingeflossen. Also: Da sollen die Verlagerungen hin. Dann ist es natürlich klar und logisch, dass man sagt: Wenn man überhaupt Containerumschlag haben will, machen wir den in Godorf. Ob der Hafen dafür geeignet ist oder nicht, lassen wir mal dahingestellt sein. Das heißt, es gibt hier völlig hafenfremde Motive. Wir müssen uns nun die Frage stellen: Kann das richtig sein, wenn man den Logistikstandort Köln wirklich stärken will? Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
sowie von Teilen der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich mache Ihnen einen Vorschlag. Vonseiten der HGK ist Herr Dr. Bender hier. Es sind einige Zahlen genannt worden, die mir offenkundig nicht richtig zu sein scheinen beziehungsweise vonseiten des Unternehmens anders dargestellt werden können. Deswegen gestatten Sie, dass ich erst einmal Herrn Dr. Bender das Wort erteile.

Dr. Rolf Bender (HGK): Danke schön, Herr Oberbürgermeister. Ich hoffe, Sie verstehen, dass ich jetzt nicht auf Euro und Cent eingehen will, sondern nur auf die Einwendungen, die hier gemacht worden sind, wobei Sie mir verzeihen mögen, dass ich nicht alles mitgeschrieben habe. Sollten noch Fragen offen bleiben, können Sie sie gerne noch einmal stellen.

Zum Ersten: Ich komme zur Sicht des Unternehmens HGK. Die HGK hätte nie ein Gutachten gebraucht, um bestätigt zu finden, dass die Maßnahme Erweiterung des Hafens Godorf unternehmerisch und für den Logistik- und Wirtschaftsstandort Köln sinnvoll ist. Das Gutachten ist auf Initiative des Rates der Stadt Köln durch die HGK in Auftrag gegeben worden. Die Feststellungen des Gutachters sind eindeutig. Was die Aktualität der Daten angeht, so sind alle Prognosedaten sehr aktuell. Sie entstammen dem Jahr 2007. Was die Angaben angeht, die die HGK zum Gutachten geliefert hat, so sind dies Marktdaten, die heute für die HGK gelten. Etwas Aktuelleres, meine Damen und Herren, kann es gar nicht geben. Diese Daten sind selbstverständlich wegen der Langfristbetrachtung indexiert und in die Zukunft hochgerechnet worden. Das ist ein wissenschaftlich allgemein anerkanntes und übliches Verfahren.

Zu den hier erhobenen Vorwürfen, in Niehl wäre nichts geschehen und man hätte im Prinzip die ganze Sache in Niehl machen können, muss ich Ihnen sagen: Niehl platzt aus allen Nähten. Der Hafen Niehl ist vollkommen ausgelastet. Diejenigen, die der Meinung sind, ein Hafen würde nur noch daraus bestehen, dass er Container umschlägt, irren. Ein Hafen wird erst dadurch zu einem Hafen, dass er auch Möglichkeiten bietet, Massengut und Stückgut umzuschlagen, und dass er den Kunden, die am Wasser Umschlag machen, auch die Möglichkeit bietet, ihre Güter im Hafen sehr nah am Wasser zu lagern. Das ist eine Aufgabenstellung, die der Hafen Niehl heute per excellence erfüllt. Schauen Sie sich die Situation in Niehl an: Es gibt keine Fläche, die frei ist. Alle Flächen sind belegt, bis auf einige Randgrundstücke, die aber nicht verwertbar sind.

Godorf und Niehl schließen sich nicht gegenseitig aus, sie stehen nicht in Konkurrenz zueinander, sondern sind ergänzend zueinander zu betrachten. Das, was das Gutachten bestätigt hat - das weiß die HGK schon lange -, ist der Bedarf im Süden Kölns, der über die Hafenerweiterung in Godorf gedeckt werden soll. Eine Verlagerung nach Niehl wäre unter diesem Gesichtspunkt gar nicht relevant, weil wir den Ausbau des Hafens Godorf gerade deshalb haben wollen, um den Kölner Süden mit den Containern zu bedienen, die heute in Niehl umgeschlagen werden und die dann mit dem Lkw durch die Stadt nach Godorf befördert werden müssen. Das soll verhindert werden. So erklärt sich auch die 100-prozentige Auslastung ein Jahr nach der Fertigstellung. Das Transport-

30. Sitzung vom 30. August 2007

aufkommen, das in Godorf erwartet wird, haben wir schon heute. Es ist in Niehl vorhanden, es blockt in Niehl die Kapazitäten des Containerumschlags und führt dazu, dass wir Container, die nach Köln hinein sollen, gar nicht mehr annehmen können. Wir haben von unserer Betreibergesellschaft, der CTS, Brandschreiben ins Haus bekommen, in denen wir darum gebeten werden, dringend für den weiteren Ausbau in Niehl zu sorgen, weil man den Kunden abschlägige Antworten geben muss, weil man sie nicht mehr abfertigen kann. Das ist die Situation in Köln; das ist die Realität in Köln.

Das erklärt sich auch dadurch, dass wir in einer globalisierten Welt leben, die immer mehr zur Arbeitsteilung greift. Alle Experten sind sich einig, dass die Transport- und Logistikbranche wachsen wird. Durch das Hafenkonzzept Nordrhein-Westfalen ist uns bestätigt worden, dass Köln einer der drei wesentlichen Standorte in Nordrhein-Westfalen sein wird, auf den das Land Nordrhein-Westfalen auch zukünftig setzt, um dem weiter wachsenden Transportaufkommen gerecht werden zu können.

Es ist auch die Frage der Rendite angesprochen worden. Diese scheint vordergründig hoch, aber sie erklärt sich dadurch, dass wir in Godorf zu 90 Prozent ein sehr wertschöpfungsstarkes Geschäft betreiben, nämlich Containerumschlag. Wenn Sie die Rendite in Godorf mit der Rendite des Hafens Duisburg oder der Durchschnittsrendite des Hafens Niehl vergleichen, dann ist dieser Vergleich nicht aussagekräftig, weil Sie berücksichtigen müssen, dass wir in Niehl mehrere Geschäfte mit unterschiedlich hohen Wertschöpfungen haben. In Niehl werden Grundstücke vermietet, wertvolle und weniger wertvolle Grundstücke, und in Niehl werden Lagergeschäfte gemacht. Das ist nicht vergleichbar mit der Wertschöpfung eines Containerterminals.

Wir haben in Niehl auch Containerumschlag, aber die HGK profitiert von diesem Containerumschlag nur insoweit, als sie Mieterträge für die Zurverfügungstellung ihrer Anlagen erhält.

(Karl Klipper [CDU]: Und die Gewinne!)

- Die erhält sie aber nur zu einem Anteil von 15 Prozent, mit dem die HGK an der CTS beteiligt ist.

(Karl Klipper [CDU]: Die CTS macht insgesamt nur 1 Million Euro Profit!)

Die gesamte Wertschöpfung des Containerumschlags liegt beim Betreiberunternehmen. Wenn man Duisburg vergleicht, muss man wissen, dass Duisburg mehr noch als die HGK ein Hafen ist, in dem nur Flächen vermietet werden. Deswegen sind dort auch die Renditen bei weitem nicht so hoch, wie sie hier im erweiterten Bereich Godorf erwartet werden. Wenn Sie vergleichen wollen, dann müssen Sie sich die Unternehmen in Duisburg ansehen, die Containerumschlag in Duisburg machen. Das sind die DUSS und andere privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen, die da ihren großen Profit machen und auch sehr viel Gewinn an ihre Anteilseigner ausschütten.

Dem Unternehmen ist vorgeworfen worden, wir wären hafengewirtschaftlich gesehen ein Fossil und würden keine Weiterentwicklung betreiben. Meine Damen und Herren, seit 1997 haben wir in Niehl Folgendes gemacht: Wir haben den Westkai in Betrieb genommen und einen Kran 1 am Hafenbecken 1 errichtet. Wir haben 2000 den Stapelkai 2 in Betrieb genommen und einen Kran 18 neu errichtet, wir haben 2001 eine Komplettanierung des Krans 17 am Stapelkai durchgeführt. Wir haben 2005 einen Kran 19 neu in Betrieb genommen und den Stapelkai 1 wieder erweitert, und zurzeit laufen Sanierungen der Flächen am Stapelkai 1. Wir haben in den letzten Jahren insgesamt rund 100 000m² Containerumschlagflächen in Niehl neu geschaffen. Wir sind auch weiterhin dabei, weitere Flächen zu schaffen, da der Bedarf dafür vorhanden ist. Wenn uns also jemand vorwirft, wir würden uns nicht weiterentwickeln und wir würden nicht die Zeichen der Zeit erkennen, dann muss ich diesen Vorwurf ganz entschieden zurückweisen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Auch die Maßnahme Godorf ist die schlichte Erkenntnis, dass wir im Süden einen leistungsfähigen Hafenstandort brauchen. Die Gründe dafür habe ich erläutert. Wenn Sie noch Fragen an mich haben, werde ich diese selbstverständlich gerne beantworten.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Eine Frage wird schon angezeigt. Frau Dr. Müller, bitte.

Dr. Sabine Müller (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Dr. Bender, zwei Fragen hätte ich noch. Die eine betrifft den Containershuttle, den es ja

30. Sitzung vom 30. August 2007

einmal von Niehl nach Godorf gab und der relativ schnell wieder eingestellt wurde. Ich hatte zwar schon des Öfteren nachgefragt, aber bisher konnte mir niemand schlüssig erklären, warum das nicht fortgeführt wurde. Meine Vermutung ist, dass es einfach keine dringende Nachfrage gab oder bessere Angebote aus Bonn oder Neuss eingetroffen sind oder andere Verkehrsträger diese Nachfrage besser bedient haben. Ich bezweifle, dass pro Jahr 120 000 TEU umgeschlagen werden.

Meine zweite Frage betrifft das vormals geplante Steinkohlekraftwerk. Auch dieses hätte mehr Umschlag in Niehl bedeutet. Sie sagen aber, dass dieser überhaupt nicht mehr in Niehl möglich sei. Ich kann mich nicht erinnern, dass es im Vorfeld eine Absage gab, dass in Niehl gar nicht mehr umgeschlagen werden könnte, um damit ein Steinkohlekraftwerk der Rheinenergie zu bedienen. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen.

Dr. Rolf Bender (HGK): Beim Containershuttle müssen wir zwei Dinge auseinanderhalten: Wir haben einen Shuttle über die Eisenbahn, der von Niehl nach Godorf fährt und dafür sorgt, dass die Container, die in Niehl ankommen, aber im Süden gebraucht werden, zum Terminal im KCG Knapsack-Gelände gefahren werden.

Der Containershuttle, den Sie vermutlich meinen, betrifft den Schiffsverkehr, den wir einmal für drei oder vier Monate von Godorf nach Niehl durchgeführt haben. Dem lag ein provisorischer Containerumschlag mit einem ganz normalen Balancekran und nicht mit einer modernen Containerbrücke zugrunde. Dieses Geschäft ist auf Initiative der Firma CTS zustande gekommen, weil der Bedarf im Süden vorhanden war. Allerdings hat die CTS dieses Geschäft schnell wieder eingestellt, weil es wirtschaftlich nicht ergiebig genug war. Der Containerumschlag mit einem traditionellen Balancekran ist auf wirtschaftliche Weise nicht zu erbringen. Deswegen ist diese Geschichte gestorben. Aber gerade dieser Containershuttle über das Wasser hat bestätigt, dass eine Nachfrage nach Containerumschlag im Kölner Süden vorhanden ist. Es hat uns damals sehr Leid getan, dass wir dieser Nachfrage nicht nachkommen konnten.

Bezüglich des Kohlekraftwerks meinen Sie wohl die Überlegungen der Rheinenergie, im Hafen Niehl ein solches Kraftwerk zu bauen. Das wäre für die HGK ein sehr gutes Geschäft gewesen;

denn dieses Kohlekraftwerk hätte laufend Nachschub an Kohle gebraucht und diese Kohle wäre über das Wasser gekommen. Von daher hätten wir gegen die Ansiedlung eines solchen Kohlekraftwerks überhaupt nichts einzuwenden gehabt. Etwas Hafenaffinieres als ein Kraftwerk, in dem laufend Kohle in unendlich großen Mengen verbraucht wird, gibt es nicht, und etwas Besseres kann einem Hafen nicht passieren.

(Dr. Sabine Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Platz steht den Containern zur Verfügung!)

- Frau Müller, ich hatte es eben schon einmal gesagt: Ein moderner Hafen zeichnet sich nicht nur dadurch aus, dass er Container umschlägt, sondern er muss auch Möglichkeiten bieten, Massengut umzuschlagen. Denken Sie einmal an die Entwicklungen, die im Bereich der Kraftwerke in Deutschland geplant sind und wo diese Kohlekraftwerke errichtet werden sollen. Diese Kraftwerke werden befeuert mit Importkohle, die aus Übersee kommt. Die Importkohle muss ins Land hinein; sie kommt über das Wasser ins Land. Deswegen richten sich alle Häfen, die zukunftsgerichtet denken, darauf ein, zukünftig verstärkt Kohle umzuschlagen zu können.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herzlichen Dank, Herr Dr. Bender. Als Nächster hat sich Herr Gey von der CDU-Fraktion gemeldet.

Herbert Gey (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Das Thema Godorfer Hafen ist eine unendliche Geschichte. Seit über 20 Jahren wird an diesem Projekt herumgebastelt, mit unterschiedlichen Regieleistungen und mit unterschiedlichen Fehlleistungen. Ich denke, heute wird diese Geschichte endgültig ein Ende finden. Das begrüße ich sehr.

Es ist für den Wirtschaftsstandort Köln von höchster Bedeutung, dass die Konkurrenzfähigkeit der Kölner Häfen gegenüber anderen Rheinanliegern gesichert wird. Jetzt muss ich Herrn Detjen zitieren, der den Koalitionsvertrag vom 10. Dezember 2004 angesprochen hat. Wir als CDU haben in diesem Koalitionsvertrag gesagt: Wenn es wirtschaftlich nachweisbar ist, dann werden wir diesem Hafenausbau zustimmen. Diese Zustimmung hatten wir also an diese Bedingungen geknüpft. Jetzt ist erwiesen, dass

30. Sitzung vom 30. August 2007

der Ausbau wirtschaftlich ist. Also stimmen wir dem zu.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist es nicht!)

- Ich denke, Sie, Frau Moritz, werden dem vorliegenden Gutachten von Baum nie zustimmen können, aber wir sind der Meinung, dass es stimmt, dass es Wirtschaftlichkeit beweist. Wir haben das in unserer Fraktion diskutiert, gelegentlich auch sehr kontrovers.

Einige Leute hier meinen, man könnte das Gutachten durch Auseinanderdröseln von Kleinigkeiten - Rechenkünstler Frank hat hier beispielsweise Zahlen auf den Tisch gelegt - infrage stellen. Das konnte Herr Dr. Bender hier sehr eindrucksvoll widerlegen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Der ist ja gar nicht darauf eingegangen!)

Normalerweise hätte es gar keiner Diskussion mehr bedurft, nachdem uns Herr Dr. Bender sehr eindrucksvoll bewiesen hat, dass dieser Hafen wichtig und unabdingbar ist, wenn man für den Wirtschaftsstandort Köln nicht einen Rückstand in Kauf nehmen will. Sie können ruhig einige Kleinigkeiten herausziehen und andere Prognosen dagegenstellen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass der Ausbau des Hafens für uns wirtschaftlich ist. Das stellen wir nicht infrage.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: So, wie die Nord-Süd-Stadtbahn auch wirtschaftlich ist! Die Nord-Süd-Stadtbahn hat auch ein tolles Kosten-Nutzen-Verhältnis! In Köln hat das alles seine Tradition!)

Letztendlich haben wir in der Fraktion natürlich auch Ihr Gutachten beziehungsweise das Papier von Citizen Consult kritisch diskutiert. Aber es hat an unserer Meinung nichts mehr geändert. Dass das von meiner Fraktion geschlossen so gesehen wird, ist für mich eine ganz große Freude. Als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses stehe ich insbesondere dahinter, dass dieser Ausbau stattfindet.

Lassen Sie mich zum Schluss Folgendes festhalten: Die Zustimmung zum Ausbau beweist die Verantwortung der CDU-Fraktion für die Kölner Wirtschaft und die Standortpolitik mit dem weitgehenden Blick für die Region; denn auch die Region ist betroffen. Wir werden auf die HGK

zugehen, meine Damen und Herren, und sie bitten, über die Ausgleichsmaßnahmen hinaus zeitnah Wohnumfeldverbesserungen vorzunehmen, damit es den Bürgern und Bürgerinnen in den betroffenen Ortsteilen etwas leichter fällt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Die werden sich über jede Lärmschutzwand freuen!)

Mit Blick auf die Entwicklung der Wirtschaft der Kölner Häfen und die strukturelle Veränderung der gesamten Logistikbranche appelliere ich daher an alle Mitglieder des Rates, der Verwaltungsvorlage zuzustimmen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Ein Thema ist hier überhaupt noch nicht angesprochen worden. Die HGK beziehungsweise ihr Gutachter ging davon aus, dass das enorme Wachstum an den Seehäfen, an den ARA-Häfen, automatisch dazu führt, dass eine unglaubliche Wachstumsprognose für die Binnenschifffahrt abzuleiten ist. Das ist in keiner Weise belegbar. Nach unseren Kenntnissen hat die Binnenschifffahrt als Verkehrsteil am wenigsten von diesem wahnsinnigen Containerumschlagwachstum in den Seehäfen profitiert. Die Wachstumsraten liegen zwischen 1 und 2 Prozent. Der größte Profiteur ist die Bahn, nicht die Binnenschifffahrt. Dieser Automatismus, dass viele Container in den ARA-Häfen automatisch als Kollateralschaden ein Wachstum im Godorfer Hafen induzieren, stimmt unserer Meinung nach nicht.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Dr. Bender, bitte. Sie sind direkt angesprochen worden.

Dr. Rolf Bender (HGK): Frau Moritz, es ist sicherlich richtig, dass, wenn man sich die drei Verkehrsträger anschaut, heute das größte Aufkommen bei der Straße liegt, dann folgt die Eisenbahn, danach kommt die Binnenschifffahrt. Auf der anderen Seite sind sich alle Experten

30. Sitzung vom 30. August 2007

darüber einig, dass das wachsende Aufkommen in der Zukunft nur bewältigt werden kann, wenn alle drei Verkehrsträger gemeinsam in diese Aufgabe eingebunden werden und darin ihren Platz übernehmen.

Sie als Vorsitzende der Fraktion der Grünen setzen sich maßgeblich dafür ein, dass keine weiteren Straßen mehr gebaut werden. Sie machen es schwer, dass weitere Neubaustrecken gebaut werden, die von der Eisenbahn genutzt werden können.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das erschweren wir überhaupt nicht! Im Gegenteil, wir setzen auf die Schiene! Sie sind völlig falsch informiert!)

- So ist meine Wahrnehmung, die ich einfach einmal so wiedergeben will. Ich kann es aber auch anders darstellen.

Ich denke, wir sind uns darin einig, dass es in Zukunft kaum noch möglich sein wird, vermehrt neue Straßen und neue Eisenbahnstrecken zu bauen. Das heißt, das Einzige, worauf wir in der Zukunft setzen können, um das Transportaufkommen zu bewältigen, wird die Wasserstraße sein. Sie hat Kapazitäten frei und ist noch aufnahmefähig. Von daher können wir, glaube ich, sehr zuversichtlich sein, dass die Wasserstraße in Zukunft ihren Beitrag leisten wird, um dem wachsenden Transportaufkommen Rechnung zu tragen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich habe noch eine Wortmeldung von Herrn Rouhs, bitte.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Welch' Geistes Kind manche Kräfte in der Kölner Kommunalpolitik sind, hat soeben Herr Gey deutlich werden lassen, indem er sich locker hier vor die Versammlung stellte und verkündete: Für uns ist der Hafenausbau wirtschaftlich. Was heißt das? Sind Fragen zu Sinn und Wirtschaftlichkeit Mehrheitsentscheidungen der CDU-Fraktion zugänglich, oder sind sie es nicht? Offenbar ist das ja nicht der Fall. Die CDU-Fraktion hat sich ebenso wie die SPD-Fraktion etwas zurechtgedichtet, und die Menschen im Kölner Süden müssen nun darunter leiden.

Es gibt zwei gegensätzliche Gutachten und unterschiedliche Prognosen hinsichtlich der wirtschaftlichen Sinnhaftigkeit des Godorfer Hafenausbaus. Wie sich das alles einmal in 20 oder 30 Jahren bilanziert, ist chaostheoretisch heute schwer berechenbar. Das weiß zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein Mensch genau. Was aber feststeht, meine Damen und Herren, ist die Tatsache, dass, wenn Sie jetzt hier durchmarschieren, die Sürther Aue unwiederbringlich zerstört wird. Was feststeht und nicht diskutiert werden kann, ist der Umstand, dass den Menschen im Kölner Süden ein wertvolles Stück Lebensqualität weggenommen wird. Das ist das Einzige in dieser ganzen Debatte, was zum gegenwärtigen Zeitpunkt wirklich verbindlich feststeht und sicher ist, unabhängig von der Frage, was sich die Kölner CDU-Fraktion in ihren Reihen zurechtdichtet und hier von Herrn Gey zum Besten geben lässt.

Wenn in der Kölner Kommunalpolitik unsinnige Entscheidungen gegen die Bürgerinteressen gefällt werden, kann ich ohne Weiteres sehen, wie solche Entscheidungen zustande kommen, wessen Interessen dahinterstehen, wer hier anschiebt und wer dafür sorgt, dass ein solcher Unfug gemacht wird. Denken wir nur an Ehrenfeld und den Bau der Großmoschee. Ihre Interessenlage ist klar. Dahinter stehen die DITIB und die türkische Regierung. Sie wollen sich an geeigneter Stelle lieb Kind machen; das ist alles sehr durchsichtig. Den Ehrenfeldern wird die Großmoschee vor die Haustür gesetzt.

Aber welcher Teufel reitet Sie, nach zwei Jahrzehnten kontroverser Debatte und einer völlig unklaren Sachlage jetzt den Menschen im Kölner Süden die Zerstörung eines Refugiums, die Zerstörung ihres Zugangs zum Rhein, anzutun? Ich befürchte, meine Damen und Herren, das wird noch zehn oder 20 Jahre dauern, bis zutage gefördert wird, welcher Teufel Sie da geritten hat, welche Interessen hier federführend waren und wie hinter den Kulissen gedrückt und geschoben worden ist. Das ist wirklich beschämend und für mich nicht mehr nachvollziehbar, meine Damen und Herren.

Ich muss auch sagen, die Politikverdrossenheit - diese wurde im Rahmen der Aktuellen Stunde heute schon angesprochen, als es um die Kommunal- und Bundestagswahl ging - wird durch solche unsachgerechten Entscheidungen gegen den Bürgerwillen völlig zu Recht immer größer werden. Ich kann mir nur wünschen, dass die Menschen im Kölner Süden Ihnen bei der Kom-

30. Sitzung vom 30. August 2007

munalwahl 2009 auf Ihr Verhalten hin die richtige Antwort geben.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Hafenbefürworter! Es ist doch gut, wenn man sich einmal mit einigen Dingen etwas konkreter auseinandersetzt. Das Bundesamt für Güterverkehr - Herr Dr. Bender wird mir zustimmen, dass es keine Untergliederung der Grünen ist - gibt regelmäßig statistische Mitteilungen heraus, so zum Beispiel auch 2006. Dort heißt es:

Bereits in den letzten Jahren ist der Anteil der Eisenbahn vor allem im Bereich der Seehafenhinterlandverkehre

- damit haben wir ja hier zu tun -

stetig gewachsen. Dies kann unter anderem auf die Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs und auf den Ausbau internationaler Schienennetze zurückgeführt werden. Hierdurch sinken die Kostenvorteile des Binnenschiffs, zumal die Bahn erheblich schneller transportieren kann. Aufgrund dessen hat die Binnenschifffahrt in den letzten Jahren auf bestimmten Strecken Marktanteile verloren.

Ich will nicht weiter vorlesen, sondern Ihnen deutlich machen: Ihre Aussage, man möge alle drei Verkehrsträger im intramodalen Verhältnis fördern, mag vielleicht ein Wunsch sein, aber die Marktrealitäten sind anders. Aus diesem Grund sind wir der Auffassung, dass die Aussagen, die im Baum-Gutachten getroffen worden sind, den tatsächlichen Entwicklungen nicht standhalten.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Dr. Bender, bitte.

Dr. Rolf Bender (HGK): Wie eben schon gesagt, Herr Frank, das ist eine Momentaufnahme, die sich zurzeit so darstellt. In den vergangenen Jahren war es immer einmal so, dass der eine Verkehrsträger etwas stärker zu Buche schlug

und der andere etwas schwächer. Nur: Wir wollen eine Maßnahme in Köln - ich hoffe, dass sie gemacht wird -, die die nächsten 30, 40 Jahre den Standort stärken soll. Wir müssen in die Zukunft schauen und uns überlegen, wie sich das Aufkommen der Verkehrsträger in Zukunft entwickeln wird. Man muss beileibe kein Prophet sein, um angesichts der knappen Schienenverkehrsstrecken und der ebenso knappen Straßenverhältnisse prognostizieren zu können, dass die Wasserstraße in Zukunft deutlich zulegen wird.

Wenn man sich heute die Planungen der Binnenschifffahrt anschaut, die darauf abzielen, Container dreilagig zu fahren, dann ist das ein Indiz dafür, dass auch die Transportbranche genau in diese Richtung denkt. Die investieren ihr eigenes Geld und würden es niemals in neue Schiffe investieren, wenn sie nicht zutiefst der Überzeugung wären, dass sich das auf Dauer rechnet. So ein Schiff ist, wenn es einmal gebaut ist, ein Investitionsgut, das 30 bis 40 Jahre hält.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Bender. Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Herr Möring, bitte.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Wenn es jetzt in der Tat keine weiteren Wortmeldungen gibt, würde ich gerne die Gelegenheit nutzen zu einer Erklärung, die ich auch im Namen meiner Fraktionskollegin Carola Blum und meiner Kollegen Karl Jürgen Klipper und Dr. Michael Paul abgeben möchte.

Ein Ausbau des Godorfer Hafens stellt für den Kölner Süden, insbesondere für die Orte Sürth, Godorf, Weiss und Immendorf eine enorm belastende Veränderung des Wohn- und Lebensumfeldes dar. Die bisher schon vorhandene massive Einschränkung der Lebensqualität durch die chemische Industrie und mit ihr verbundenen Unternehmen wird durch einen Ausbau des Godorfer Hafens nicht nur gesteigert, vielmehr werden auch Schutz- und Rückzugsräume wie zum Beispiel das Naturschutzgebiet Sürther Aue vernichtet und fallen als Erholungsraum für Mensch, Fauna und Flora unwiederbringlich fort.

(Zuruf von der FDP: Hört! Hört!)

Seit 20 Jahren wird über den Ausbau des Hafens nach verschiedensten Modellen diskutiert und

30. Sitzung vom 30. August 2007

gestritten. Wir haben uns dabei jederzeit mit und ohne politisches Mandat engagiert für die Belange und Interessen der Bevölkerung im Kölner Süden eingesetzt, und zwar nicht nach dem Sankt-Florians-Prinzip, sondern in der Überzeugung, dass die Nachteile eines Hafenausbaus an diesem Ort in keinem vertretbaren Verhältnis zum Nutzen für Köln und die Kölner stehen. So konnten zuletzt wirtschaftlich unsinnige Vorschläge wie ein Hafen der sogenannten vierten Generation erfolgreich verhindert werden.

Demgegenüber vertritt eine breite Öffentlichkeit die Meinung, der Ausbau des Hafens liege im Interesse der Stadt Köln und der Region. Sie erwartet vom Ausbau des Godorfer Hafens als weiteren Logistikstandort positive Impulse für den Wirtschaftsraum Köln mit zusätzlichen, dringend benötigten Arbeitsplätzen.

In dieser Situation haben sich die vier großen Parteien im Rat darauf verständigt, den Beschluss über den Hafenausbau abhängig zu machen vom Nachweis der Wirtschaftlichkeit durch ein Gutachten eines renommierten außenstehenden Fachmanns. Das nunmehr vorliegende Gutachten von Herrn Professor Baum entspricht formal und inhaltlich der Beschlusslage des Rates. Das Gutachten gibt aber unzweifelhaft Anlass zu Kritik - zur Kritik an der angewandten Methode, den benutzten Grunddaten, der Prognose über die zukünftige Entwicklung des Containerverkehrs und auch an den Aussagen zu den Auswirkungen auf die Ökologie. Wir haben erhebliche Zweifel, ob durch das Baum-Gutachten tatsächlich ein Nachweis darüber geführt ist, dass der Hafenausbau in der vorgestellten Größe wirtschaftlich ist.

Nach eingehender Diskussion über dieses Gutachten, über das Gegengutachten und weitere Stellungnahmen, die uns erreicht haben, ist die CDU-Fraktion trotz der von uns geäußerten Zweifel mehrheitlich zu der Auffassung gekommen, dass ein positives Ergebnis in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit zu erwarten ist. Im Interesse der Funktionsfähigkeit demokratischer Willensbildung akzeptieren wir dieses Ergebnis. Aus diesem Grund und in der Konsequenz des Ratsbeschlusses, getragen von CDU, SPD, Grünen und FDP, nach dem der Ausbau des Godorfer Hafens abhängig gemacht wird von einer positiven Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, folgen wir dem Votum unserer Fraktion und werden trotz erheblicher Bedenken in der Sache der Vorlage der Verwaltung zustimmen.

(Zuruf von der FDP: Warum?)

So viel zum Thema Zerstrittenheit in der CDU. Wir diskutieren ernsthaft und intensiv, und dann entscheiden wir.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Möring. Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Zur Geschäftsordnung: Ich beantrage nach § 25 Abs. 2 der Geschäftsordnung geheime Abstimmung.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Frank, wir waren darauf vorbereitet.

(Heiterkeit)

Herr Frank, wie Sie wissen, muss darüber ein Fünftel der Ratsmitglieder befinden. Das können wir aber schnell durch Abstimmung klären. Wer dem Antrag von Herrn Frank stattgeben will, bitte ich um Handzeichen. - Das ist mit Sicherheit mehr als ein Fünftel. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist dem Antrag mit deutlicher Mehrheit stattgegeben. Wir werden also geheim abstimmen.

Die drei benannten Ratsmitglieder, Herr Bartsch, Herr Dr. Bögner und Herr Helling, die den Stimmgang begleiten, bitte ich, sich jetzt bereitzuhalten. Es wird alphabetisch aufgerufen werden.

Meine Damen und Herren, die Frage, worüber jetzt konkret abgestimmt wird, brauche ich, glaube ich, nur dahin gehend zu beantworten, dass Ihnen in der Vorlage unter 9.8 ein Beschlussvorschlag - einschließlich Deckungsvorschlag und Alternativen - vorliegt. Der Beschlussvorschlag beinhaltet die vier Zeilen auf der ersten Seite, die Sie, wenn Sie mögen, noch einmal zur Kenntnis nehmen wollen. Das ist der Gegenstand der Abstimmung.

Zum Verfahren. Wenn Sie dafür sind, kreuzen Sie bitte auf dem Stimmzettel „Ja“ an. Wenn Sie dagegen sind, kreuzen Sie bitte auf dem Stimmzettel „Nein“ an. Wenn Sie sich der Stimme enthalten wollen, geben Sie einen leeren Stimmzettel ab; das heißt, kein Kreuz und auch kein

30. Sitzung vom 30. August 2007

schriftlicher Zusatz. Diese drei Möglichkeiten haben wir.

(Namensaufruf und Auszählung)

Meine Damen und Herren, ich darf das Ergebnis bekannt geben. An der Abstimmung haben von 91 Mitgliedern des Rates 88 Mitglieder teilgenommen. Zwei Mitglieder der CDU-Fraktion sind nicht anwesend: Herr Lierenfeld ist krank und hat sich entschuldigt; Herr Köhler ist ebenfalls krankheitsbedingt entschuldigt, er hat sich abgemeldet und ausgetragen. Ein Mitglied der SPD-Fraktion, Herr Ciesla-Baier, hat nicht mitgestimmt. Insofern kommen wir in der Summe auf 88 Mitglieder des Rates, die ihre Stimme abgegeben haben.

Es gibt keine Enthaltungen. 53 Mitglieder haben mit Ja gestimmt. 35 Mitglieder haben mit Nein gestimmt. Insofern ist diese Entscheidung eindeutig. Es gibt eine deutliche Zustimmung für den Ausbau des Godorfer Hafens.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Ich bin froh, dass diese Entscheidung heute mit einem so deutlichen Votum gefällt worden ist. Das ist eine wichtige Entscheidung für den Logistik- und Transportstandort Köln. Ich danke auch Herrn Dr. Bender, dass Sie uns am heutigen Tag hier Rede und Antwort gestanden haben. Vielen Dank.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2.1.1 auf:

2.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. August 2007 betreffend „Energetisches Bauen in Köln: Vorrang für Energiesparhäuser“ Ds-Nr.: A/0355/007

Ich darf Herrn Ott bitten, für die antragstellende Fraktion der SPD das Wort zu ergreifen.

Jochen Ott (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zu Beginn dieser Wahlperiode ist die SPD-Fraktion angetreten, die städtische Liegenschaftspolitik als Instrument der Strukturförderung und der Stadtentwicklung stärker als bisher zu nutzen und die Arbeit der Fachausschüsse besser miteinander zu vernetzen. Der vorliegende Ratsantrag ist ein gutes Beispiel für die Umsetzung dieses Ziels.

Die Antragsteller wollen angesichts der aktuellen Diskussion um einen besseren Klimaschutz, dass Rat und Verwaltung auf kommunaler Ebene alle ihre Möglichkeiten ausschöpfen, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Es reicht nicht, dass sich Angela Merkel im Eis für den Eisbären Knut einsetzt.

(Josef Müller (CDU): Die ist aber gut, die Angela Merkel!)

Es reicht auch nicht, dass Sigmar Gabriel als Retter und Pate von Knut fungiert. Vielmehr müssen wir vor Ort klare Zeichen setzen. Mit diesem Ratsantrag wollen wir ein klares Zeichen für den Klimaschutz in Köln setzen.

Um einen nachhaltigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, kommt neben der energetischen Gebäudesanierung insbesondere den Energieeinsparpotenzialen beim Neubau durch energetisch optimiertes Bauen eine große Bedeutung zu. Die Stadt Köln kann einerseits über die städtische Gebäudewirtschaft und andererseits über ihre Liegenschaftspolitik das energetisch optimierte Sanieren und Errichten von Gebäuden beeinflussen und fördern.

Beim Energieverbrauch der Haushalte und Wohnungen entfallen bei bestehenden Gebäuden durchschnittlich 75 Prozent des Verbrauchs auf die Heizung und 11,5 Prozent auf Warmwasser. Hier besteht ein hohes Einsparpotenzial, das aus Sicht der SPD-Fraktion und auch der Grünen genutzt werden muss. Wird dieses Einsparpotenzial genutzt, wird dies mit geringeren Energiekosten belohnt. Das macht sich auch im Geldbeutel der Hauseigentümer und der Mieter deutlich bemerkbar.

Die Mehrkosten bei der Realisierung energieeffizienter Standards amortisieren sich durch die eingesparte Energie relativ schnell. Außerdem werden Energiesparhäuser von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, KfW, gefördert. Nicht nur Privatinvestoren, sondern auch Kommunen und anderweitig öffentlich-rechtliche Institutionen sind berechtigt, für diese Energiesparhausmodelle KfW 40 - Passivhäuser - und KfW 60 Mittel zur zinsgünstigen langfristigen Finanzierung zu beantragen. Die bisherigen Erfahrungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau zeigen, dass Projekte mit KfW-Energiesparhäusern nicht zu finanziellen Nachteilen führen.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund wäre es beinahe fahrlässig, die kommunale

30. Sitzung vom 30. August 2007

len Möglichkeiten zur Förderung des energetischen Bauens nicht zu nutzen. Gerade in einer Zeit der CO₂-Debatte und der weltweiten Bemühungen um die Reduzierung dieses gefährlichen Treibhausgases kann Köln ein Zeichen setzen und seinen Anteil deutlich machen. Vor dem Hintergrund der weltweit zu verzeichnenden Umweltkatastrophen werden wir in den nächsten Jahren erleben, dass gesetzliche Maßnahmen zum Umdenken zwingen. Warum dann weiter warten?

Hinzu kommt, dass energetisches Bauen nicht nur unschätzbare Vorteile für unsere Umwelt hat, sondern auch Mieter und Hausbesitzer von solchen Maßnahmen finanziell erheblich profitieren. So sinkt der Kostenanteil für Heizenergie gegenüber einer Standardheizform mit Nah- und Fernwärme von circa 90 Cent auf 50 Cent pro Quadratmeter Wohnfläche. Gegenüber einer Beheizung und Warmwasserversorgung mit Strom mit Kostenbelastungen von bis zu 2,80 Euro sinkt der Kostenanteil ebenfalls auf die genannten 50 Cent pro Quadratmeter Wohnfläche. Rechnet man das auf eine Normalwohnung von etwa 80 Quadratmetern Wohnfläche, liegen die Einsparungen bei bis zu 184 Euro pro Monat.

Kombiniert man das energetische Bauen von KfW-60- und KfW-40-Häusern dann noch mit Solarenergie oder Erdwärme, werden geradezu fantastische Werte erzielt, die sich für Mieter, Hausbesitzer und für die Umwelt erst richtig rechnen. Die Nebenkosten für Heizung und Warmwasser sinken in dieser Kombinationsform auf 21 bis 25 Cent pro Quadratmeter Wohnfläche. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, dient unbestreitbar allen.

Deshalb plädieren für den Vorrang von Energiesparhäusern und werben um Ihre Zustimmung. An dieser Stelle wird einmal mehr deutlich: Soziale und ökologische Steuerung durch den Staat kann zum Wohl der Menschen und auch zum Wohl der Investoren gelingen. Deshalb bitten wir Sie, diesem Antrag zahlreich zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herzlichen Dank, Herr Ott. - Herr Brust? - Er will etwas später. Dann Frau Kirchmeyer, bitte.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Klimaschutz und Umweltschutz - das hört sich immer prima an. Aber das, was hier heute vorliegt, ist meiner Meinung nach ein etwas unüberlegter, bürokratischer Selbstschuss. Ich habe mir diese Förderrichtlinie gut angesehen und will versuchen, darzustellen, was das im Detail bedeuten kann.

Rechtlich gelten beim Neubau oder bei der Altbausanierung die Regelungen der Energieeinsparverordnung, EnEV, und zwar in der Fassung von 2007. Ein neues Regelwerk wird am 1. Oktober 2007 in Kraft treten. Die dort aufgeführten Höchstwerte des Jahresprimärenergiebedarfs und des spezifischen Transmissionswärmeverlustes sind zwingend einzuhalten. Jede zusätzliche bauliche oder haustechnische Maßnahme an einem Gebäude, die zu einer weiteren Reduzierung vorgenannter Höchstwerte führt, ist vor dem Hintergrund eines nachhaltigen Umweltschutzes grundsätzlich als positiv zu bewerten. Diese zusätzlichen Maßnahmen bedeuten jedoch zwangsläufig höhere Investitionen und somit höhere finanzielle Belastungen.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau, KfW, greift diese Gedanken auf und bietet eine Förderung von sogenannten KfW-60- und KfW-40-Energiesparhäusern an. Das Erreichen der in diesem Zusammenhang von der KfW definierten Grenzwerte ist möglich, wenn in Abhängigkeit von den örtlichen Gegebenheiten verschiedene bauliche Maßnahmen, unter anderem bis zu 45 Zentimeter starke Dämmung der Außenwände, Drei-Scheiben-Wärmeschutzverglasung, Luftdichtigkeit der Gebäudehülle, mit haustechnischen Maßnahmen kombiniert werden. Beispiele für derartige haustechnische Anlagen sind: Nah- oder Fernwärme auf der Grundlage erneuerbarer Energien, Holzpelletprimäröfen plus solare Wassererwärmung, Wärmepumpe plus solare Wassererwärmung, Lüftung mit Wärmerückgewinnung, Gasbrennwerttechnik, solare Wassererwärmung plus Lüftung mit Wärmerückgewinnung plus solare Heizungsunterstützung über Kombispeicher.

Es ist klar, dass diese Maßnahmen Geld kosten. Die KfW-Darlehen sind zwar günstiger als vergleichbare Darlehen, Zins und Tilgung müssen aber auch hier bezahlt werden. Dies kann auch unter Berücksichtigung der hohen Grundstückspreise - Köln zählt ja mit zu den teuersten Standorten - insbesondere für junge Familien ein

30. Sitzung vom 30. August 2007

erhebliches Problem darstellen und den Hausbau beziehungsweise Grundstückserwerb infrage stellen. Die KfW-Regelungen stellen keinen gesetzlichen Rahmen dar und werden zudem regelmäßig modifiziert.

Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb Umweltdefinitionen eines Kreditinstitutes, und zwar einer staatlichen Bank, pauschal zum Dogma erhoben werden sollen. Wie müsste man denn seitens der Stadt reagieren, wenn beispielsweise ein anderes Kreditinstitut ein eigenes Förderprogramm mit noch schärferen Umweltauflagen und noch günstigeren Zinssätzen auflegen würde? Würden die KfW-60/-40-Bedingungen ad acta gelegt und nunmehr städtische Grundstücksverkäufe an diese neuen Rahmenbedingungen geknüpft? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, wer soll das bei der Stadtverwaltung kontrollieren? Wie oft soll der Rat darüber entscheiden?

Der Ablauf im Rahmen der KfW-Förderung ist Folgender: Zunächst sind entsprechende Planungen und Berechnungen des Architekten sowie eines staatlich anerkannten Sachverständigen aus dem Fachbereich Wärme- und Schallschutz der KfW zur Genehmigung vorzulegen. Der Sachverständige führt dann während des Bauablaufs entsprechende Kontrollen vor Ort durch und bestätigt anschließend der KfW die Realisierung der geförderten Maßnahmen. Die KfW müsste nun wiederum der Kölner Stadtverwaltung die ordnungsgemäße Umsetzung bescheinigen.

Vor dem Hintergrund eines mindestens zwölfmonatigen Bauablaufs stellt sich die Frage, wer in der Stadtverwaltung ein oder mehrere Jahre nach Abwicklung von Grundstücksgeschäften die Umsetzung beziehungsweise Einhaltung der KfW-Grenzwerte kontrolliert und welche Strafmaßnahmen im Falle des Nichteinhaltens getroffen werden sollen. Soll das Gebäude dann wieder abgerissen und der Grundstückskauf rückabgewickelt werden? außerdem: Welche KfW-Grenzwerte sollen gelten, wenn das Grundstück nicht sofort, sondern zu einem späteren Zeitpunkt bebaut wird und sich dann die Fördergrenzwerte verändert haben? Wer soll das wiederum kontrollieren?

Problematisch erscheinen auch die unterschiedlichen Rahmenbedingungen für die Planung von KfW-60/-40-Gebäuden. In den Neubaugebieten der Stadt Hürth beispielsweise ist es relativ unproblematisch, den KfW-60-Standard zu

erreichen; dort existiert ein umfangreiches Fernwärmenetz, wobei die Wärme im Rahmen einer Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt wird. Dies wirkt sich gemäß den Kennwerten der EnEV positiv auf die Gesamtbilanz des Gebäudes aus. In zahlreichen Bereichen Kölns steht jedoch keine Fernwärme aus Kraft-Wärme-Kopplung, sondern ausschließlich Erdgas zur Verfügung - problematisches Erdgas, weil nicht regenerativ. Wer Glück hat, interessiert sich künftig für ein städtisches Grundstück im Bereich eines Fernwärmenetzes mit Kraft-Wärme-Kopplung. Wer Pech hat, muss deutlich höhere Investitionen finanzieren. Ein Gleichheitsgrundsatz ist hierbei nicht erkennbar; Grundstücksinteressenten erfahren je nach Standort eine deutliche Benachteiligung.

Ich halte fest: Die Regelungen der EnEV sind gesetzliche Regelungen, deren Einhaltung zwingend ist. Eine Verbesserung dieser Werte ist in jedem Fall sinnvoll, ebenso wie es die entsprechende Fördermaßnahmen der KfW sind. Der positiv besetzte Begriff „Förderung“ beinhaltet jedoch eine Freiwilligkeit und keinen Zwang. Die Umdeutung dieses Begriffs ist nicht nachvollziehbar. Der Verwaltungsaufwand steht in keinem Verhältnis zum Erfolg. Das eigentliche Kernproblem, nämlich der energetische Zustand der Altbauten, bleibt unberücksichtigt.

Fazit: Der Antrag setzt auf Dirigismus und Zwang statt auf marktwirtschaftliche Anreize. So wird Klimaschutz unnötig teuer und bürokratisch. Wir stimmen diesem Antrag nicht zu. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Kirchmeyer. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Dr. Müser.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Ott, wer will denn schon gegen Energiesparen sein? Wer will denn schon dagegen sein, dass man dabei an vorderster Stelle steht?

(Jochen Ott [SPD]: Sie wahrscheinlich!)

- Nein, da liegen Sie falsch.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist schön!)

Ich habe mir allerdings die Mühe gemacht, mich mit Fachleuten über diese Richtlinie unterhalten,

30. Sitzung vom 30. August 2007

gerade was die Kölner Situation angeht. Ich habe auch noch sehr gut im Ohr, wie Frau Moritz im Stadtentwicklungsausschuss für eine Nachverdichtung im Innenstadtbereich plädiert hat. Es stellt sich natürlich die Frage, inwieweit diese Vorstellung von KfW 40 als Vorschrift in nachverdichteten Bereichen, zum Beispiel Innenhöfen oder abgeschatteten Bereich, überhaupt umsetzbar sind. Das ist mehr als problematisch.

Unproblematisch ist es nur, wenn Sie auf einem freien Feld ein Haus in Südausrichtung errichten können. Dann können Sie eine Solaranlage draufsetzen und so viele Außenisolierungen anbringen, wie Sie möchten. In der Innenstadt ist das nicht immer möglich. Deswegen gibt es auch unterschiedliche Ausprägungen von Isolierungen. Auch die GAG kann bei den Renovierungsarbeiten nicht überall 40 Zentimeter Wärmedämmung auf den Außenfassaden anbringen. Bei den ganz normalen Siedlungsbauten sind es vielmehr zwischen 10 und 16 Zentimetern, je nachdem wie die Gegebenheiten sind. Wir reden hier also von 16 Zentimetern. Das ist der Standard, den die GAG zurzeit verwendet.

Für einen KfW-40-Standard müssten Sie nicht nur 40 bis 45 Zentimeter draufhauen, sondern gleichzeitig auch noch, wie von Frau Kirchmeyer angesprochen, die thermischen und solaren Anlagen vorrätig halten, um überhaupt in die Nähe einer Förderung zu kommen. Ansonsten erreichen Sie dies definitiv nicht. Wenn Sie ein Haus nach Norden ausgerichtet haben und auch noch ein paar Fenster drin haben wollen, schaffen Sie das einfach nicht.

Deswegen appelliere ich an Sie, diesen Antrag, der sehr gut gemeint ist und natürlich meine uneingeschränkte Zustimmung findet, in die entsprechenden Fachausschüsse zu verweisen und dort zu beraten, wie die Gegebenheiten, die in den einzelnen Lagen vorzufinden sind, angepasst werden können, damit Köln hier tatsächlich eine Vorreiterrolle spielt und nicht zusätzliche Hindernisse denjenigen in den Weg legt, die im Stadtgebiet bauen wollen. Danke schön.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Müser. Herr Klipper, bitte.

Karl Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich außerhalb des Themas anregen, dass wir bei gemeinsamen Anträgen eine Reihenfolge der

Redebeiträge bestimmen. Ich halte das für sinnvoller. Herr Brust, Sie warten noch, bis ich gesprochen habe, und danach geht das ganze Spielchen wieder hin und her. Ich würde darum bitten, dass wir bei gemeinsamen Anträgen eine bestimmte Reihenfolge festlegen und gegebenenfalls dann in eine zweite Runde gehen. Das ist nur eine Anregung.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Dialog ist doch erwünscht!)

- Ja, natürlich. Aber wenn ein gemeinsamer Antrag gestellt ist, will man die Intention beider antragstellenden Fraktionen mitbekommen.

Lassen Sie mich nun einige Worte zum Antrag sagen. Herr Ott, ich gratuliere Ihnen: Sie sind endlich in der Ökologie angekommen. Ich hätte mich gefreut, wenn das schon vor zehn Jahren passiert wäre, als wir das Stadthaus neu gebaut haben. Die Grünen und wir hatten damals beantragt, dieses Stadthaus mit Solarpaneelen an den Wänden auszustatten, um einen zusätzlichen Einspareffekt zu erzielen. Leider ist das von der SPD vor zehn Jahren abgelehnt worden. Das bedauere ich bis heute.

(Jochen Ott [SPD]: Tut mir leid, da war ich leider noch nicht dabei!)

- Ja, aber es war Ihre Partei.

Herr Müser, ich danke Ihnen dafür, dass Sie den Antrag gestellt haben, das Thema in die Fachausschüsse zu verweisen. Ich halte das für den richtigen Weg. Wir haben ein Wohnungsbauforum eingerichtet, in dem die Mieter und große Wohnungsbaugesellschaften vertreten sind, um die Interessenlage für Köln zu definieren. Ich würde es daher begrüßen, den Antrag in den Liegenschaftsausschuss zu verweisen, unter Mitberatung des Wohnungsbauausschusses und gleichzeitiger Expertenanhörung im Wohnungsbauforum. Dann gäbe es bestimmt eine breite Mehrheit für diesen Antrag.

Meine Fraktion stimmt mit Ihnen vollkommen überein: Wir müssen etwas für die Umwelt tun. Aber, Herr Ott - jetzt kommt der Konflikt, der dabei auftaucht -, das Programm der KfW, das pro Wohnung bis zu 50 000 Euro Mehrkosten verursacht, muss bezahlt werden. Gerade für Schwellenhaushalte ist es ein Ding der Unmöglichkeit, trotz der Einsparungen bei den Energiekosten bis zu 50 000 Euro aufzubringen. Deswegen möchte ich gerne die Meinung der Wohnungsbaugesellschaften dazu hören. Ich würde

30. Sitzung vom 30. August 2007

gerne die Expertise, ob es überhaupt möglich ist, so etwas zu machen, abwarten. Das muss man bei diesem Antrag wissen.

Wir haben jetzt zwei Beschränkungen. Einerseits haben wir den Antrag gestellt, dass von jedem städtischen Grundstück 25 Prozent für den öffentlichen Wohnungsbau reserviert werden müssen. Zusätzlich müssen jetzt für das Programm zur Energieeinsparung zusätzliche 50 000 Euro pro Wohnung vorgehalten werden. Ich halte das für kontraproduktiv, weil wir damit nicht erreichen, was alle Fraktionen hier wollen, nämlich mehr Wohnungsbau in Köln. Wir werden mit diesen Restriktionen - diese Kosten werden viele Mitbürger nicht tragen können - die Wohnungsbauzahlen nicht steigern.

Wie Herr Streitberger im letzten Wohnungsbauforum aufgezeigt hat, wurden nicht 3 500 bis 4 000 Wohnungen geschaffen. Mit diesem Programm werden wir noch unter 3 000 liegen. Ich gehe davon aus, dass wir mit diesen Restriktionen, die die städtischen Gesellschaften stark belasten werden, in Köln zukünftig insgesamt höchstens 2 500 Wohnungen bekommen. Das wird der Stadt nicht gut tun und wird zu Mietpreissteigerungen führen. Deswegen lehnen wir, wenn es keine Verweisung geben sollte, diesen Antrag ab. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Klipper. Ich nehme an, jetzt kommt Herr Brust ans Mikrofon und spricht noch einmal für die Antragsteller.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Klipper, ich denke, es ist sinnvoll, wenn am Anfang nicht zwei Redner dieselbe Rede halten.

(Karl Klipper [CDU]: Sie haben doch den Antrag gestellt!)

Ich halte es für sinnvoller, zuerst den Antrag zu begründen und abschließend auf die Fragen, die in der Diskussion aufgetaucht sind, einzugehen.

Ich kann die Bedenken, die von Herrn Müser und Frau Kirchmeyer geäußert worden sind, zerstreuen. Ich selbst habe im letzten Jahr ein KfW-40-Haus gebaut, und zwar im Bestand. Ich habe ein Dachgeschoss ausgebaut. Das, was Sie

befürchten - eine Dämmung von 40 Zentimetern -, bewegt sich völlig jenseits der Wirklichkeit. Ich habe 16 Zentimeter genommen und kam mit den Werten hin. Nur das Dach selber musste ich natürlich dicker dämmen und habe dafür 32 Zentimeter verwendet. Aber ein Dach so dick zu dämmen, ist kein Problem. Dafür brauchen Sie keine Fläche auf dem Nachbargrundstück.

Sie haben die Innenstadtlage angesprochen. Gerade in der Innenstadt haben wir in der Regel Fernwärme. Bei größeren Gebäuden kann man ein kleines Blockheizkraftwerk bauen oder auch Erdwärme verwenden. Dann kann man auch weniger dämmen.

(Karl Klipper [CDU]: Erdwärme? Wissen Sie, was das kostet?)

Wir haben in unseren Antrag ganz bewusst KfW 40 und KfW 60 aufgenommen, weil der Bauherr hier die freie Wahl hat: mehr Dämmung, regenerative Energien oder Abwärme aus KWK. Man kann verschiedene Dinge kombinieren, sodass es relativ günstig ist.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Wir machen es ganz bewusst anders als Ihre Parteifreunde in Frankfurt, Herr Klipper. In Frankfurt mit seiner CDU-Oberbürgermeisterin gibt es die verpflichtende Regelung: Passivhausstandard! Wenn in einer Großstadt Passivhausstandard gefordert wird, dann ist in der Tat eine dicke Dämmung vorgeschrieben.

(Karl Klipper [CDU]: Kennen Sie die Mietpreise in Frankfurt? Dagegen haben wir hier aber das Paradies!)

- Trotzdem hat Frau Roth den Passivhausstandard in Frankfurt zur Vorschrift gemacht. - Wir haben ganz bewusst gesagt: Das ist uns ein Schritt zu weit. Wir wollen, dass der Investor die Möglichkeit hat, selbst zu entscheiden, wie er die Ziele erreicht. Deswegen haben wir uns für die KfW-40- beziehungsweise KfW-60-Ziele entschieden.

Frau Kirchmeyer, Sie haben den bürokratischen Aufwand kritisiert. Auch hier haben wir ganz bewusst gesagt: Wir schreiben nicht den Passivhausstandard vor, damit die Verwaltung nachher nicht kontrollieren muss, ob dieser auch eingehalten worden ist. Vielmehr reicht es aus, wenn der Bauherr nachweisen kann, dass die KfW ihm das Geld gegeben hat. Das ist dann

30. Sitzung vom 30. August 2007

automatisch der Nachweis dafür, dass er richtig gebaut hat. Natürlich muss man das nachhalten. Aber ohne dass wir uns irgendwelche Mühen auferlegen, wird es nicht funktionieren.

Ich möchte einmal daran erinnern, was alles schon beschlossen worden ist:

Wir haben 1991 im Bundestag beschlossen, bis 2005 25 Prozent an CO₂ einzusparen. Im Ergebnis sind in Westdeutschland bis 2005 gerade einmal 3 Prozent erreicht worden, die übrigen Prozente waren bedingt durch das Absterben der Industrie im Osten. 2006 stieg der CO₂-Ausstoß wieder um 0,6 Prozent an. Das heißt, es gibt nicht einmal eine Trendwende, wenn wir so weitermachen wie bisher. Wir müssen drastischere Maßnahmen ergreifen, um in die richtige Richtung zu gehen.

Die Bundesregierung hat dieses Jahr beschlossen: Wir wollen bis 2020 40 Prozent erreichen. Man hat aber überhaupt keine Vorstellung davon, wie dieses Ziel erreicht werden soll, wenn wir uns weiter auf die Maßnahmen beschränken, zu denen jeder Ja und Amen sagen kann. Es gibt gar keine andere Alternative, als Maßnahmen durchzuführen, die auch ein bisschen wehtun. Wenn man nur einen Nachweis nach einem Jahr kontrollieren muss, ist das noch das geringste Übel.

Ich möchte auch daran erinnern, dass wir als Stadt Köln im 1987 beschlossen haben, uns am Klima-Bündnis der Städte und Gemeinden zu beteiligen. Damals haben wir uns verpflichtet, 50 Prozent CO₂ einzusparen. Darüber spricht heute niemand mehr. Wir sind weit weg davon, das jemals erreichen zu können, wenn wir so weitermachen wie bisher. 1998 hatte Köln gerade einmal 7 Prozent erreicht. Ich nehme an, dass das auch der heutige Stand ist, weil eben nichts mehr passiert ist.

Deswegen muss man Wege finden, wie man mit möglichst wenig Geld den größtmöglichen Effekt erzielt. Da hat die Bundesregierung das Richtige getan. Sie hat gesagt: Gerade im Gebäudebestand oder im Neubau können wir mit wenig Geld den größten Effekt erzielen. Dazu hat sie das KfW-Programm aufgelegt. Das war eine richtige Entscheidung vonseiten CDU und SPD.

(Jochen Ott [SPD]: So ist es! - Karl Klipper [CDU]: Das stimmt aber nicht! Wissen Sie, was das kostet? Da sind bis zu 50 000 Euro Mehrkosten für die-

sen Bereich vorgesehen - pro Wohneinheit, nicht einmal pro Haus! Wissen Sie, was das für einen Grenzanbieter bedeutet? - Gegenruf von Jochen Ott [SPD]: Was soll denn dieser Privatdialog? Das versteht doch keiner!)

- Herr Klipper weist darauf hin, dass es bis zu 50 000 Euro pro Haus mehr kosten könnte. Wir sind doch nicht die erste Gemeinde, die dieses Programm umsetzt. In Dortmund gibt es schon seit einem Jahr einen ähnlichen Beschluss und auch schon Erfahrungswerte, die besagen: KfW 40 kostet 6 bis 20 Prozent mehr. 6 bis 20 Prozent können Sie spielend durch die Einsparung bei Energie und einen günstigen Kreditzins bei der KfW gegenfinanzieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Auf die Lebensdauer eines Hauses gerechnet, ist das überhaupt kein Problem. Es gibt deswegen kein Problem, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir zunächst über den Verweisantrag, der sowohl von der CDU-Fraktion als auch von Herrn Dr. Müser gestellt worden ist, ab. Wer für die Verweisung ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, die FDP, pro Köln, Dr. Müser und meine Stimme. Gegenstimmen? - Von der SPD, den Grünen und der Linken. Damit ist die Verweisung abgelehnt.

Damit steht der ursprüngliche Antrag zur Abstimmung. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen und Die Linke. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist der Rest dagegen. Damit ist der Antrag angenommen.

(Beifall bei Teilen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 2.1.3:

2.1.3 Antrag der FDP-Fraktion vom 14. August 2007 betreffend „Koordinierungsstelle 'Jugendkriminalität' im Jugendamt“

30. Sitzung vom 30. August 2007

Ds-Nr.: A/0350/007

Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der Fraktion pro Köln vom 29. August 2007
Ds-Nr.: A/0383/007

Zunächst spricht dazu Herr Mendorf für die FDP.

Marco Mendorf (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben hier im Rat schon in den vergangenen Sitzungen sehr prominent über das Thema Jugendkriminalität gesprochen. Ich finde es auch gut so, dass man sich hier im Rat einer solchen Herausforderung so intensiv gestellt hat, wie man es getan hat. Ich finde es vor allem deswegen gut, weil wir auch zu guten Ergebnissen gekommen sind. Wir haben hier viele Anträge diskutiert und gemeinsam ein gutes Maßnahmenkonzept entwickelt, das wir, wie ich meine, sogar über die Parteigrenzen hinweg verabschiedet haben.

Wir haben uns in den Bereichen Prävention, Erziehungskompetenz und Bildungschancen eine ganze Menge vorgenommen und uns natürlich auch den Themen Grenzsetzung und Repressionen gestellt. Das ist auch notwendig; denn leider mussten wir in den letzten Jahren den Trend feststellen, dass es einen Anstieg der registrierten Jugendkriminalität in Köln gibt, dass die Täter jünger und die Taten immer gewaltbetonter werden. Hier können wir nur durch langfristige, tiefgreifende und bessere Prävention, gute Erziehungskompetenz von Eltern und Erziehenden und das Einräumen bester Bildungschancen nach vorne kommen.

Ich möchte hier noch einmal deutlich sagen: Wir haben im Haushalt der Stadt Köln, den wir gemeinsam verabschiedet haben, dem Bereich Familienbildung zusätzliche Gelder zur Verfügung gestellt. Dazu gehört auch die Gesundheitsprävention; denn nur gesunde Kinder können sich auch gesund und gewaltfrei entwickeln. Diese Themen - zum Beispiel die Frühfördersysteme - stehen heute noch auf der Tagesordnung: Wie können wir vernünftige Frühwarnsysteme verbessern und weiterentwickeln? - Morgen tagt der Kinderschutzbund und wird dazu ein Konzept vorstellen, das wir auch in Köln realisieren können und wollen.

Meine Damen und Herren, dazu gehört aber auch, Grenzen zu setzen. Gewalt, Diebstahl und

Raub sind keine Kavaliersdelikte. Das muss Kindern und Jugendlichen klargemacht werden. Hier haben wir über das Haus des Jugendrechts und das existierende Intensivtäterprogramm Maßnahmen entwickelt, die jetzt kurz vor der Umsetzung stehen. Genau dafür wünschen wir uns eine zentrale Stelle. Der Begriff „Kopfstelle“ ist irgendwo entwickelt worden; verwaltungstechnisch gibt es diesen Begriff meines Wissens nicht. Letztlich ist es aber so etwas wie eine Kopfstelle: eine Stelle, wo gedacht wird, wo Konzeptionen entwickelt und weiterentwickelt, aber auch gesteuert und umgesetzt werden, wo man handelt. Diese wünschen wir uns in der Verantwortung des Jugendamtes.

Es geht hier darum, über mobile Straßensozialarbeit auch handlungsfähig als Stadt zu sein. Es geht nicht nur darum, fest installierte Jugendangebote zu machen, die auch wir für notwendig halten, sondern auch darum, je nach Bedarfslage in Stadtteilen auch einmal ad hoc eingreifen zu können, mit Sozialarbeitern und Streetworkern vor Ort Präsenz zu zeigen, dort Jugendliche anzusprechen, um diese in Regelsysteme eingliedern zu können. All das muss erdacht, organisiert und gesteuert werden. Das wünschen wir uns in der Kompetenz des Jugendamtes.

Deshalb haben wir den Antrag auf Ratsebene gestellt, weil er eine Ergänzung und Konkretisierung der bisherigen Beschlusslage darstellt und sich vor allem an den Oberbürgermeister wendet, der hier die Kompetenz hat, diese Stelle einzurichten.

Wir bedanken uns sehr herzlich - das meine ich wirklich sehr ernst -, dass wir mit dem Oberbürgermeister jemanden haben, der politisch klar nach vorne denkt und auch haushaltspolitisch verantwortlich handelt, indem er in seinem Papier zum Haushalt 2008 schon 1 Million Euro vorgesehen hat. Das ist Geld, mit dem wir wirklich arbeiten können. Das ist Geld, mit dem wir dieses Maßnahmenprojekt auch wirklich realisieren können. Das zeigt: Hier in Köln wird nicht nur geredet, sondern auch gehandelt.

Wir meinen, dass das vernünftig gesteuert werden muss. Denken Sie bitte daran, dass wir in der Stadt Köln für den Bereich Gewalt- und Drogenprävention bereits eine Koordinierungsstelle haben; auch für den Bereich Suchtprävention gibt es eine Koordinierungsstelle. So etwas brauchen wir jetzt auch für den Bereich Kriminalität und Gewalt. Insoweit wünschen wir uns, dass Sie dieser Initiative zustimmen.

30. Sitzung vom 30. August 2007

(Beifall bei der FDP)

Falls hier die Meinung vertreten werden sollte, diesen Antrag in den Jugendhilfeausschuss zu verweisen, möchte ich mich dieser Diskussion durchaus nicht entziehen. Auch dort können wir darüber gerne weiter diskutieren. Entscheidend ist, dass wir in diesem Thema vorankommen. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Mendorf. Frau Wilden, bitte, für den Änderungsantrag.

Regina Wilden (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir beantragen, diese Koordinierungsstelle für Jugendkriminalität nicht nur beim Jugendamt, sondern gemeinsam beim Jugendamt und beim Interkulturellen Rat einzurichten.

Aus Antworten der Verwaltung auf Anfragen, zum Beispiel aus den Bezirksvertretungen Nippes und Porz, ergibt sich, dass die Beteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Deliktbereich Körperverletzung überproportional hoch ist. In den letzten Monaten sorgten Gewaltexzesse krimineller Jugendbanden in Köln immer wieder für Negativschlagzeilen. In vielen sozialen Brennpunktvierteln sorgen Jugendgangs für Beunruhigung und Schrecken bei den Bewohnern, wobei viele der Täter einen sogenannten Migrationshintergrund haben. Doch genauso zutreffend ist, dass sich aus anhaltender Massenzuwanderung und gescheiterter Integration erhebliche Gefahren für die innere Sicherheit in Köln ergeben.

Bei den kriminellen Jugendgangs handelt es sich eben nicht nur um ein soziales, sondern auch um ein ethnisches Problem. Die multikulturelle Gesellschaft ist in vielen Bereichen gescheitert. Die Opfer der Bandenkriminalität dagegen sind überwiegend Deutsche, während die Täter zumeist einen Migrationshintergrund haben.

Wer aus diesen Tatsachen, meine Damen und Herren, weiterhin nicht die richtigen Schlüsse ziehen will, wird die Probleme nie in den Griff bekommen.

(Beifall von Manfred Rouhs [pro Köln])

Ziel muss sein, Verbrechen zu verhindern und damit mögliche Opfer zu schützen. Dazu gehört auch die Erkenntnis, dass nicht nur in unserer Stadt, sondern auch in unserem Land zu viele Straftaten, zum Teil schwere Straftaten, aufgrund falscher Politik geschehen. Wer importiertes Verbrechen toleriert, statt diesem entgegenzuwirken, macht sich mitschuldig an der hohen Zahl der Opfer und an ihrem Leid.

In Köln, aber auch deutschlandweit - so weisen es unabhängige Untersuchungen zur Entwicklung der Jugendkriminalität in Deutschland aus - ist das Gros der Tätergruppen überwiegend jung, überwiegend männlich, allerdings mit zunehmend weiblicher Beteiligung, und zugewandert. Dementsprechend sollte der Interkulturelle Rat in die geplante Koordinierungsstelle einbezogen werden. Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Für die CDU-Fraktion spricht nun Frau Blum.

Carola Blum (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie vorhin von Herrn Mendorf vorgestellt, beantragt die FDP-Fraktion, im Jugendamt eine Stelle einzurichten, die das Thema Jugendkriminalität koordinieren soll. Aus Sicht der CDU-Fraktion ist das ein richtiger und wichtiger Antrag, um eine effektive Vorbeugung von Jugendkriminalität zu ermöglichen. Denn hierdurch kann die bereits beim Amt für öffentliche Ordnung angebundene Koordinierungsstelle zur Bekämpfung von Jugendkriminalität sinnvoll ergänzt und eine ganzheitliche Bearbeitung des Themenbereichs gewährleistet werden. Die dortige Koordinationsstelle befasst sich schwerpunktmäßig mit dem Aufbau und der Betreuung eines Behördennetzwerks, der Realisierung des Projekt „Netz des Jugendrechtes“ sowie der Einrichtung einer Verbindungsstelle zwischen Polizei und Stadtverwaltung. So könnten präventive und reaktive Bearbeitungsansätze nach Einrichtung der gewünschten Stelle beim Jugendamt wirksam ineinandergreifen.

Aus diesem Grund wurde von der CDU-Fraktion bereits ein Antrag in die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 11. September eingebracht, der die Einrichtung einer Vollzeitstelle zur Koordination von Gewaltprävention beim Amt für Kinder, Jugend und Familie zum Stellenplan

30. Sitzung vom 30. August 2007

2008 und - weitergehend als der Antrag der FDP-Fraktion - eine dortige Anbindung von mindestens vier zusätzlichen Streetworkern vorsieht.

Der nun hier im Rat vorgelegte Antrag der FDP-Fraktion sollte unserer Meinung nach ebenfalls im Fachausschuss für Jugendhilfe behandelt werden, um eine Einbeziehung externer Beteiligter, zum Beispiel der sachkundigen Bürger, in die Entscheidungsfindung zu gewährleisten. Die CDU-Fraktion bittet daher um einen Verweis in das Fachgremium. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Blum. Herr Dr. Heinen für die SPD-Fraktion, bitte.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz so sehen wir das nicht. Zunächst gab es einen gemeinsamen Antrag der FDP - die ja auch Antragsteller des jetzt diskutierten Antrags ist - sowie von SPD und Grünen vom 19. Juni 2007. Darin hatten wir aufgrund des Hearings einen Maßnahmenkatalog beschlossen, dem die CDU übrigens nicht zugestimmt hat, und ein Konzept vorgestellt. Dieses wiederum impliziert als Auftrag für die Verwaltung, alle zielführenden Überlegungen, die dem gerecht werden, in die Beratung des Jugendhilfeausschusses zur Abstimmung einzubringen. Das heißt, alle Überlegungen, die zu diesem Thema gehören - egal, welche es sind; das hat die Jugendverwaltung mit Trägern und Beteiligten, wie Staatsanwaltschaft und Polizei, zu klären -, die zielführend sind und zum besten Ergebnis führen, werden wir abwägen und dann im Gesamtkontext beschließen. Wenn wir hier jetzt einzelne Maßnahmen herauspflücken, ist das für die Sache und die Ernsthaftigkeit dieser Überlegungen nicht sinnvoll. Das ist eine Sache des Fachgremiums und der Fachkörperschaften.

Deswegen - da sind wir einer Meinung -

(Josef Müller [CDU]: Also sind wir alle einer Meinung!)

möchten wir den Antrag gerne in den Jugendhilfeausschuss zur Beratung der Gesamtkonzeption übergeben. Danke.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Heinen. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Demirel, bitte.

Özlem Demirel (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Jugendkriminalität ist zu wichtig für Schauanträge. Die FDP will mit der Koordinierungsstelle Jugendkriminalität erreichen, dass - ich zitiere -

die bei einem Fall von Jugendkriminalität zuständigen städtischen Verwaltungsstellen innerhalb der Jugendverwaltung, aber auch außerhalb besser und abgestimmter zusammenarbeiten können, damit Hilfsmaßnahmen, Kontrollen und gegebenenfalls Sanktionen ineinandergreifen können.

Die Frage ist: Brauchen wir eine solche Stelle in Köln? Wir stellen fest: Diese intensive Kooperation gibt es bereits. Sie mündete zum Beispiel in das Projekt „Amaro Kher“.

Für die im Moment im Zentrum der Berichterstattung stehenden sogenannten Intensivtäter gibt es auch ein eigenes Programm, in dem die Fallkonferenzen ein wesentlicher Bestandteil sind. Dort vernetzen sich neben der Polizei und der Staatsanwaltschaft die Jugendgerichtshilfe und das Schulamt.

Ein weiterer Punkt in dem Antrag lautet: Die Stelle soll dafür sorgen, dass - ich zitiere wieder -

der Wissensstand über den Fall bei allen zuständigen Stellen schneller und effektiver abgeglichen werden kann.

Die Jugendverwaltung wird allerdings von der Polizei über alle Fälle von Kinder- und Jugendkriminalität informiert. Soll im Jugendamt jetzt eine Stelle geschaffen werden, um die Organisationsabläufe innerhalb des Amtes zu optimieren? Das ist doch das laufende Geschäft der Verwaltung und trägt nicht gerade zum Bürokratieabbau bei, den die FDP sonst immer gerne propagiert. Wenn es aber um die Weitergabe von Informationen an städtische Stellen außerhalb des Jugendamtes geht, dann lassen Sie sich gesagt sein: Das geht so einfach nicht. Oftmals spricht

30. Sitzung vom 30. August 2007

aus berechtigten Gründen der Datenschutz dagegen. Auch das ist ein Ziel, das Ihre Partei gern zu vertreten vorgibt.

Wie gesagt, ein genereller Datenabgleich ist nicht möglich, lediglich im konkreten Einzelfall dürfen Daten weitergegeben werden. Das können Sie unter dem entsprechenden Paragraphen im SGB VIII nachlesen. Dieser Grundsatz ist auch mit der Ablehnung der Rasterfahndung durch das Bundesverfassungsgericht im Mai letzten Jahres bestätigt worden.

Sehr geehrte Damen und Herren von der FDP, wenn Sie Jugendkriminalität wirklich effektiv bekämpfen wollen, müssen Sie erst einmal wissen, was Sie mit dieser Stelle wollen. Das wird nicht deutlich. Es scheint eher ein Schauantrag zu sein. Einzelfallarbeit kann es wohl nicht sein; denn mit über 100 sogenannten Intensivtätern, den freien Trägern, die zum Teil für diese Hilfsmaßnahmen zuständig sind, 280 Schulen in Köln usw. würden Sie den armen Menschen auf dieser einen Stelle hoffnungslos überfordern.

(Marco Mendorf [FDP]: Zuhören! Ihr müsst zuhören, wenn ich es erkläre!)

Die wahllose Weitergabe von Daten ist rechtlich nicht möglich und ineffektiv. So können, wollen und werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen. Wir werden auch der Verweisung nicht zustimmen. Wir denken: Natürlich muss etwas in diesem Bereich getan werden, aber nicht mit Schnellschüssen oder irgendwelchen Schauanträgen.

(Marco Mendorf [FDP]: Schreib doch mal einen Antrag!)

- Ja, lange und wohlüberlegt kann man das machen, vielleicht sogar zusammen mit Ihnen, Herr Mendorf. Aber einen Schnellschuss greifen wir nicht auf. - Danke.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Zunächst ist über den Verweisungsantrag abzustimmen, der von mehreren Fraktionen gestellt worden ist. Darüber lasse ich zuerst abstimmen. Wer für den Verweis in den JHA ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die ganz große Mehrheit: CDU, SPD, Grüne, FDP, pro Köln, Herr

Dr. Müser, Frau May und meine Person. Gegenstimmen? - Gegenstimmen von der Linken. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das Thema in den JHA verwiesen, damit alle Dinge dort weiter beraten werden können.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 2.1.4 auf:

2.1.4 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Aufenthaltsverbote für das Kölner Stadtgebiet“ Ds-Nr.: A/0330/007

Hierzu spricht Frau Wolter.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Welcher Kölner Bürger kennt nicht folgende Situationen im Kölner Stadtbild: aggressive Bettler, Drogenhändler und -konsumenten auf offener Straße, pöbelnde Jugendgangs, Taschendiebe

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Jeder Faschist!)

und sogenannte Klaukids. Viele dieser Personen kommen gar nicht aus Köln, sondern von außerhalb. Der Aufenthalt auf Kölner Straßen und Plätzen kann einem durch dieses unerwünschte Problempublikum manchmal wirklich verleidet werden. Darüber beschwerten sich nicht nur viele Einheimische, sondern auch viele erwünschte Gäste aus dem Umland und zahlungskräftige Touristen aus dem Ausland.

Doch was tut die Stadt Köln gegen diese Missstände? Im Prinzip recht wenig. Man könnte manchmal sogar glauben, dass die Stadtspitze geradezu mit Absicht Anreize für das oben beschriebene Problempublikum schafft. Anders sind bestimmte politische und ordnungsrechtliche Entscheidungen nicht zu verstehen.

Die Fraktion pro Köln fordert dagegen ein konsequentes Vorgehen zur Verbesserung der Sicherheit und des allgemeinen Erscheinungsbildes auf öffentlichen Plätzen in der Domstadt.

Ich sage es nur ungern, aber in mancher Hinsicht können wir uns dabei etwas von unserer Landeshauptstadt Düsseldorf abgucken, so auch den Umgang mit unerwünschten auswärtigen Personen. Die Stadt Düsseldorf hatte dafür extra das Rechtsinstitut eines bis zu dreimonatigen Stadtverbots eingeführt. Düsseldorf hat mit diesem Stadtverbot in den Jahren 1997 bis 2003 gute Erfahrungen gemacht. Dadurch, dass in

30. Sitzung vom 30. August 2007

diesem Zeitraum gegen 2 700 Straftäter Stadtverbote verhängt und durchgesetzt wurden, konnte insbesondere eine große Zahl von Drogenhändlern aus der Stadt gedrängt und die Kriminalitätsentwicklung insgesamt spürbar eingedämmt werden.

Ein großer Teil der Straftäter, die heute Köln unsicher machen, reist gezielt in die Domstadt ein, um hier seinem kriminellen Handwerk nachzugehen. Außer für Drogenhändler gilt dies insbesondere für die Mitglieder ausländischer Banden, die in Köln in großem Stil Wohnungseinbrüche begehen. Diesem Täterkreis kann durch Stadtverbote für einen längeren Zeitraum und insbesondere auch bereits im Vorfeld einer Inhaftierung wirksam die Möglichkeit genommen werden, in Köln kriminell in Erscheinung zu treten.

Aus den genannten Gründen fordert die Fraktion pro Köln die Einführung des Rechtsinstituts eines Stadtverbots. Der Rat soll die Verwaltung beauftragen, eine dementsprechende Satzung auszuarbeiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen. Den Mitarbeitern des Ordnungsamtes soll dadurch ermöglicht werden, gegen auswärtige Personen, die die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Köln gefährden und den Tatbestand von Strafgesetzen verwirklicht haben, ein Stadtverbot von bis zu drei Monaten auszusprechen. Dafür bitten wir um Ihre Zustimmung. Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Die Verwaltung wird hierzu eine kurze Stellungnahme abgeben. Ich darf Herrn Stadtdirektor Kahlen bitten.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dem Antrag kann aus rechtlichen Gründen nicht gefolgt werden. Sie haben eben gehört - auch in der Antragsbegründung wurde darauf hingewiesen -, das sei in Düsseldorf bis zum Jahre 2003 praktiziert worden. Zu Ihrer Information: Das haben wir in Köln auch gemacht. Aber seit dem 9. Juli 2003 gibt es eine Änderung im Polizeigesetz. § 34 Abs. 2 Polizeigesetz Nordrhein-Westfalen gibt ausschließlich der Polizei die Möglichkeit, in einem konkret bezeichneten Bereich ein solches Aufenthaltsverbot auszusprechen. Diese Norm ist auch für Ordnungsäm-

ter nicht über eine Verweisungsnorm anwendbar. Dieses ist in § 24 Nr. 13 OBG NRW ausdrücklich ausgeschlossen worden. Dieser Antrag trifft nicht die rechtlichen Handlungsmöglichkeiten und wäre deshalb, sollte er beschlossen werden, für die Stadt nicht umsetzbar.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: So weit die rechtliche Auskunft. Wer dennoch für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist pro Köln. Enthaltungen? - Gibt es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.5 auf:

2.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln vom 27. Juni 2007 betreffend „Zustimmung der Aufsichtsratsmitglieder zu Dienstreisen städtischer Beteiligungsunternehmen“
Ds-Nr.: A/0299/007

Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der Fraktion pro Köln vom 29. August 2007
Ds-Nr.: A/0384/007

Änderungsantrag von Ratsmitglied Frau May vom 29. August 2007
Ds-Nr.: A/0386/007

Wir hatten vorhin entschieden, an dieser Stelle auch den heute eingegangenen Antrag unter Punkt 2.1.14 zu behandeln, den ich hiermit ebenfalls aufrufe:

2.1.14 Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion vom 29. August 2007 betreffend „Regularien für Aufsichtsratsreisen städtischer Beteiligungsgesellschaften“
Ds-Nr.: A/0939/007

Zunächst spricht für den Antrag unter Punkt 2.1.5 Herr Detjen für Die Linke.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Staatsanwaltschaft prüft die Unterlagen von 27 Aufsichtsratsreisen städtischer Unternehmen und des Verwaltungsrates der Sparkasse Köln-Bonn. Hundert Ermittlungsverfahren sind gegen Spitzenbeamte der Stadtverwaltung, Unternehmensvorstände, Arbeitnehmervertreter und auch

30. Sitzung vom 30. August 2007

gegen zahlreiche hier anwesende Ratsmitglieder eingeleitet. Die Kölner Staatsanwaltschaft steht kurz vor dem Abschluss der Ermittlungen.

(Josef Müller [CDU]: Wo haben Sie das denn her?)

- Herr Müller, hören Sie mir doch einfach einmal zu; Sie sind doch auch betroffen. - Nach unseren Informationen gab es von den 27 Aufsichtsratsreisen nur ganz wenige, die nach Ansicht der Staatsanwaltschaft sinnvoll waren.

(Karl Klipper [CDU]: Die haben auch keine Ahnung!)

Der überwiegende Teil der Reisen waren auf jeden Fall keine Dienstreisen, sondern nette Ausflüge, um es einmal ganz freundlich zu sagen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Detjen, ist das jetzt ein Zitat oder Ihre Meinung? Ich habe das jetzt nicht ganz zuordnen können.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Ich habe mit der Staatsanwaltschaft telefoniert, mich nach dem Sachstand erkundigt und - -

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ihre guten Verbindungen zum Rechtswesen will ich ja gar nicht bestreiten, sondern nur Ihre letzte Aussage über die Qualität dieser Reisen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Ich lese es noch einmal vor: Der überwiegende Teil der Reisen waren auf jeden Fall keine Dienstreisen, sondern nette Ausflüge. Das ist meine Aussage.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das ist also Ihre Aussage.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Ja, genau. Das ist meine Aussage, meine Interpretation. Das sehen Sie, Herr Oberbürgermeister, und viele Ratsmitglieder anders. Das haben wir ja gesehen. Sie meinen, Aufsichtsratsreisen sind üblich, kommunikativ und wichtig. Wir meinen, dass Aufsichtsratsreisen höchstens eine Ausnahme sein können und nur in dringenden Fällen nötig sind. Meines Erachtens haben wir Recht. Im Moment

finden gar keine Aufsichtsratsreisen mehr statt, weil Sie kalte Füße bekommen haben. Auch daran können Sie erkennen, dass sie überhaupt nicht nötig sind. Das ist Fakt. Insofern ist doch die Praxis, die jetzt gerade stattfindet, ein Beweis dafür, dass Aufsichtsratsreisen überhaupt nicht nötig sind.

(Josef Müller [CDU]: Das ist Quatsch!)

Wie war denn in vielen Fällen die gängige Praxis? Da hat ein Gremium getagt und hat zum Anfang oder vielleicht auch am Ende des Jahres die Frage diskutiert: Wo fahren wir denn dieses Jahr hin? Das war oft die Praxis.

(Josef Müller [CDU]: Woher wissen Sie das denn? Sie sind doch gar nicht dabei gewesen!)

Dann gab es Reisen, die für Sie privat vielleicht ganz nett, aber für das städtische Beteiligungsunternehmen sicher nicht notwendig waren. Welcher Geist bei Ihnen in Bezug auf die Aufsichtsratsreisen herrscht, hat der Oberbürgermeister im Interview mit dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 27. Juni meines Erachtens offenbart. Ich zitiere.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Sie müssen mich erstmal fragen, ob Sie mich zitieren dürfen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Darf ich Sie zitieren, Herr Oberbürgermeister?

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ja, ausnahmsweise.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Das ist sehr freundlich von Ihnen. - Ich zitiere jetzt:

Aber wir müssen uns ein bisschen von der Neid-Diskussion lösen. Mancher Politiker betrachtet so eine Reise auch gerne mal als ein Bonbon für die viele ehrenamtliche Arbeit, die er leistet. Auf so einer Reise kommt man ja auch mal untereinander ins Gespräch.

Sehen Sie, genauso ist es.

30. Sitzung vom 30. August 2007

(Josef Müller [CDU]: Ganz genau! -
Weiterer Zuruf von der CDU: So ist es!)

Herr Müller hat gesagt: Genau so ist es.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Sie haben mich richtig zitiert.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Das ist aber kein Grund für eine Aufsichtsratsreise: um mal ins Gespräch zu kommen.

(Widerspruch von der CDU)

Es geht ja noch weiter. Der Redakteur, der das Interview geführt hat - ich glaube, es war Herr Berger vom „Stadt-Anzeiger“ -, wandte dann ein:

Dazu muss man aber nicht bis nach Florenz fliegen...

Der Oberbürgermeister erwiderte: Das Bergische Land würde auch reichen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Um ins Gespräch zu kommen, ja. Aber Sie müssen mich schon richtig zitieren. Das ist nicht der ausschließliche Grund, sondern ein Nebeneffekt. Wenn man diesen Nebeneffekt, so wie Sie es jetzt darstellen, als einzigen Grund einer solchen Reise erklärt, dann würde auch das Bergische Land reichen. Da haben Sie völlig recht. Das ist Logik und nicht Dialektik.

(Beifall bei der CDU)

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Aber, um zu meinem Redebeitrag zurückzukommen, man kann sich darüber unterhalten, wie groß dieses Bonbon sein soll. Und dann sind wir wieder bei der diskutierten Frage: Fahren wir nach Florenz oder ins Bergische Land?

Wir meinen - das ist der klare Unterschied -: Bonbons sind überhaupt nicht nötig, weil die Ratsmitglieder eine Aufwandsentschädigung bekommen. Diese Aufwandsentschädigung muss reichen.

Der Gipfel dieses Interviews, Herr Oberbürgermeister, war Ihre Aussage - ich darf Sie doch zitieren, Herr Oberbürgermeister? -:

Die Stadt kostet meine Reisen nichts.
Im Gegenteil. Sie verdient noch daran.

Damit haben Sie das Problem, wie ich finde, verniedlicht. Dazu haben Sie auch viele Leserbriefe bekommen. Das muss man ganz klar sagen.

Auf dieser Ebene möchte ich diese Diskussion nicht führen, Sie aber führen sie auf dieser Ebene mit Ihrem Änderungsantrag. Sie haben sich bewegt, gar keine Frage. Es soll eine Form entwickelt werden, wie Transparenz geschaffen wird. Aber der Grundkonsens Ihres Antrags ist: Diese Aufsichtsratsreisen sind nötig. Das bleibt so.

(Helmut Jung [CDU]: Ja!)

Ich meine, meine Damen und Herren, die Aufsichtsratsreisen des letzten Jahres haben doch gezeigt, dass sie überhaupt nicht nötig waren.

Ein letztes Argument. Fragen Sie sich doch einmal, ob Sie mit diesen unnötigen Aufsichtsratsreisen, die Sie unternommen haben, nicht sogar Schaden an den städtischen Beteiligungsunternehmen angerichtet haben. Meines Erachtens ist es nämlich so.

(Widerspruch bei der CDU)

- Doch, natürlich. Schauen Sie sich doch die Realität an. Was ist passiert? Es ist Ihnen gelungen, in die Negativschlagzeilen zu kommen. Auf jeden Fall haben Sie damit für ein Negativimage der städtischen Beteiligungsunternehmen gesorgt. Deswegen werden wir bei unserem Antrag bleiben. Wir sind der Meinung: So kann es nicht weitergehen. Aufsichtsratsreisen sind im Allgemeinen nicht nötig und sollten nur in Ausnahmefällen gemacht werden. Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Für den anderen Antrag - -

(Martin Börschel [SPD]: Es gibt doch noch zwei Anträge!)

- Ja, so können wir es auch machen. Dann spricht jetzt Herr Rouhs.

(Zuruf von der CDU: Das ist die richtige Kombination! Die Qualität ist ja dann gleich!)

30. Sitzung vom 30. August 2007

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Schoser, Sie irren: Es kommen nicht die gleichen Worte. Im Gegenteil: Ich habe vor, Herrn Detjen hier deutlich kontra zu geben, wenn er glaubt, dass mit der Umsetzung seines Antrags eine ernstzunehmende Besserung der Verhältnisse in Köln erreicht werden könnte.

Vorab möchte ich aber darauf hinweisen, dass Äußerungen, wie sie hier in den Raum gestellt worden sind, sogenannte Lustreisen würden ja der Stadt wirtschaftlich überhaupt keinen Nachteil zufügen, sachlich keine Basis haben; denn es liegt auf der Hand, dass Aufwendungen, die die stadtnahen Unternehmen für solche Reisen tätigen, auch in deren Bilanzen eingehen. Die Stadt erwartet zu Recht, dass die Unternehmen Gewinne an die Kommune ausschütten. Diese Gewinne werden jedoch durch die einschlägigen Reisen, die hier unternommen worden sind, geschmälert. Insofern entsteht dem Kölner Steuerzahler sehr wohl ein unmittelbarer Schaden.

Nur: Transparenz in Gestalt einer Beratung im Finanzausschuss oder im Rat wird nicht abhelfen. Warum das überhaupt nichts hilft, können Sie hier plastisch am Beispiel von Oberbürgermeister Fritz Schramma sehen. Was macht Herr Schramma? Er sagt - das vertritt er hier im Rat auch öffentlich; er kann auch gar nicht anders -: Es gab keine einzige Lustreise, jede einzelne Reise war dienstlich veranlasst, jeder dienstliche Anlass kann anhand der Punkte x, y, z nachgewiesen werden. Genau das würden alle künftig wieder Reisenden - natürlich auch in dem Fall, Herr Detjen, wenn Ihr Antrag angenommen würde - hier im Stadtrat und auch im Finanzausschuss auch sagen. Dann sitzen die Vertreter der Fraktionen, die sich selber eine solche Reise zukommen lassen wollen, im Finanzausschuss beisammen, klopfen sich wechselseitig auf die Schulter und sagen: Die Reise in die Toskana ist sachlich zwingend geboten; da müssen wir hin. Dann zählen sie Gründe dafür auf und dann wird gereist.

Das Einzige, was dem einen Riegel vorschiebt, wäre eine Regelung, die vorsieht, dass die Teilnehmer solcher Reisen, soweit es sich um kommunale Mandatsträger handelt, die Kosten der Reisen selber zu tragen haben. Dann würde deren Anzahl eine Tendenz gegen Null aufweisen. Das erscheint mir auch sachlich geboten; denn derjenige, der in die Toskana oder nach St. Petersburg fährt, auch wenn diese Reise mit

einer dienstlichen Angelegenheit eines stadtnahen Unternehmens zu tun hat, nimmt auf jeden Fall mit persönlichem Gewinn an dieser Reise teil. Warum soll er diesen persönlichen Gewinn nicht ausgleichen durch die Übernahme der Reisekosten? Es wird ja dem Einzelnen nicht vorgeschrieben, dass er fahren muss. Die Fraktionen können ja untereinander ausklüngeln - das tun Sie ja sonst auch immer -, wer solvent genug ist, um an solchen Reisen teilzunehmen, und wer es möchte oder wer gerade nicht. Dann ist mal der eine oder andere an der Reihe. Der Steuerzahler muss sich dann nicht mehr ärgern, weil jeder selbst bezahlt. Das wäre eine tragfähige Regelung. Darauf zielt unser Änderungsantrag ab. Deshalb bitte ich Sie, diesem Änderungsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau May, bitte.

Petra May (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Der Aufsichtsrat ist ja das Kontrollorgan, damit es keinen Missbrauch in der Gesellschaft gibt. Aber die Frage ist: Wer kontrolliert die Kontrolleure? Diese Frage ist hier zu beantworten.

Ich kann verstehen, dass Herr Detjen diesen Ansatz gewählt hat. Aber sich selbst zu kontrollieren, ist problematisch, widersprüchlich und auch nicht mit unserem Rechtsdenken vereinbar. Wenn das betreffende Aufsichtsratsmitglied auch im Finanzausschuss sitzt, müsste es über die eigene Reise befinden. Das könnte einen Wissenskonflikt geben. In einen solchen Wissenskonflikt kann man keinen laufen lassen.

Um mehr Transparenz zu schaffen und um Missbrauch zu verhindern, habe ich vorgeschlagen, diese Reisen in die Geschäftsberichte beziehungsweise in die Teilnehmungsberichte einzubringen. Das ist rechtlich möglich. So hätte auch die sogenannte „vierte Gewalt“, die da hinten auf den Bänken sitzt, die Chance, sich einen Überblick zu verschaffen und müsste nicht immer heimlich mit dem einen oder anderen Mitreisenden telefonieren, um von irgendwelchen Eskapaden zu erfahren. Die hat es auch schon in der Vergangenheit gegeben. Die Diskussion über Aufsichtsratsreisen ist kein neues Thema; es kommt alle Jahre wieder. Da man Dinge aber

30. Sitzung vom 30. August 2007

schnell vergisst, ist es wichtig, jetzt eine längerfristige Regelung festzulegen.

Ich habe erfahren, dass die großen Fraktionen auch einen Antrag gestellt haben, der vieles umfasst. Unter Buchstabe c) heißt es im letzten Satz: „Der Bericht wird dem Aufsichtsrat und dem Finanzausschuss des Rates vorgelegt. Ergebnisse werden in geeigneter Form veröffentlicht.“ Ich würde die antragstellenden Fraktionen darum bitten, sofern dies möglich ist, meine Anregung zu übernehmen, sodass es heißt: „... in geeigneter Form wie in den Geschäftsberichten oder in den Beteiligungsberichten ...“. Dann bräuchte ich meinen Antrag hier nicht aufrechtzuerhalten und würde mich Ihrem Antrag anschließen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau May. Es wurde zu allen Anträgen unter Punkt 2.1.5 gesprochen. Zum Antrag der vier großen Fraktionen wird nun Herr Börschel sprechen.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, ich kann das vom Platz aus machen, weil der Antrag im Wesentlichen selbsterklärend ist. Es ist allemal am Besten - darin sind sich die Antragsteller einig -, Regularien für Dienstreisen der Aufsichtsräte transparent und für jeden nachvollziehbar festzulegen. Dafür bietet sich aus unserer Sicht unser selbst geschaffenes Instrument des Leitfadens an. Die vier antragstellenden Fraktionen sind der Auffassung, dass es allemal besser ist, das Heft des Handelns selbst in die Hand zu nehmen, als darauf zu warten, dass uns andere, sei es das Innenministerium oder der Gesetzgeber, Regularien oder gesetzliche Grundlagen geben. Das müssen wir selbst tun. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt.

Zu Ihrer Bitte, Frau May: Der Prüfantrag zur Veröffentlichung unter Buchstabe c) unseres Antrags ist allumfassend. Jede denkbare Form von Veröffentlichung soll darin enthalten sein.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Dr. Müser.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe auch eine Anregung für

Ihren Antrag, den ich ansonsten sehr gut finde. Hier wird mit dem Ältestenrat etwas vorweggenommen, was man ihm, wie ich denke, freistellen sollte, nämlich, wie in Punkt a) ausgeführt, seine eigenen Reisen zu billigen. Frau May hat das schon richtig ausgeführt. Dass ein Organ sich selber kontrolliert, ist eine sehr seltene Regelung. Hier könnte man genauso gut dem Ältestenrat die Freiheit lassen, selbst zu entscheiden, wer dieses Organ ist.

Deswegen schlage ich folgende Änderung vor: „Aufsichtsratsreisen sollen von einem Drittorgan auf Grundlage eines detaillierten Reiseprogramms ...“ Damit hätte der Ältestenrat die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, wer dieses Organ ist. Danke.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das geht rechtlich gar nicht!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Der Ältestenrat kann, wenn überhaupt, nur Empfehlungen aussprechen. Entscheiden muss am Ende der Rat. Das ist so nicht möglich.

Ich würde vorschlagen, jetzt die einzelnen Anträge durchzugehen. Ich beginne mit den Änderungsanträgen.

Zunächst zum Änderungsantrag von pro Köln. Wer für den Änderungsantrag von pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln selbst. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Nun zum Antrag der Linken. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion Die Linke. Enthaltungen? - Gibt es nicht. Auch dieser Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Nun zum Änderungsantrag von Frau May. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Frau May. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Antrag mit noch größerer Mehrheit abgelehnt.

Jetzt zum gemeinsamen Antrag der vier Fraktionen CDU, SPD, Grüne und FDP. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind alle vier antragstellenden Fraktionen plus Oberbürgermeister. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Beim Rest des Rates. Damit ist dieser Antrag angenommen. Wir werden versuchen, in dem entsprechenden Gremium, dem Ältestenrat, und anhand der Leitfaden- und

30. Sitzung vom 30. August 2007

Ehrenkodexkultur das entsprechend einzufordern.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.6 auf:

2.1.6 Antrag von Ratsmitglied Petra May vom 15. August 2007 betreffend „Informationsrechte der Ratsmitglieder - Ortstermine, Workshops, Fachinformationsreisen der Ratsmitglieder“ Ds-Nr.: A/0354/007

Frau May möchte mit diesem Antrag die Verwaltung beauftragen, eine neue Regelung zu erarbeiten, die es jedem Ratsmitglied, insbesondere auch jedem Fachausschussmitglied mit beratender Stimme, ermöglichen soll, sich zu informieren. Eine Notwendigkeit für eine solche Regelung dürfte nicht bestehen, da bereits die Gemeindeordnung vorsieht, dass alle Ausschussmitglieder, egal ob mit beratender Stimme oder mit Stimmrecht, gleiche Informationsrechte haben. Sollte dies im Einzelfall nicht erfolgt sein, so dürfte es sich um ein Versehen handeln. Ein Bedürfnis für die Erarbeitung einer neuen Regelung oder die Notwendigkeit der Ermittlung der Verfahrensweisen anderer Kommunen sehe ich daher nicht. Deswegen möchte ich Ihnen, Frau May, nachdem ich das noch einmal öffentlich zu Protokoll gegeben habe, vorschlagen, Ihren Antrag zurückzuziehen. Sind Sie damit einverstanden?

Petra May (fraktionslos): Herr Oberbürgermeister, gestatten Sie mir eine Nachfrage?

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ja, bitte.

Petra May (fraktionslos): Es handelt sich hier nicht nur um Reisen, sondern auch um Ortstermine und Workshops. Es ist in der Vergangenheit geschehen, dass man von Ortsterminen und Workshops ausgeschlossen worden ist. Heißt das, was Sie sagen, dass das demnächst nicht mehr so ist, dass man also als Mitglied in einem Ausschuss wie die anderen auch eine Einladung zu den Ortsterminen und Workshops erhält und man auch an Reisen des Fachausschusses und an Fachexkursionen teilnehmen kann?

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das heißt es grundsätzlich nicht. Was ich Ihnen grundsätz-

lich zugestehen kann und was auch selbstverständlich ist, ist, dass Sie wie alle anderen Ratsmitglieder über alle diese Dinge informiert werden. Es gibt aber - so habe ich mir berichten lassen - Ausschüsse und Arbeitskreise, die intern beschließen, Reisen zu unternehmen, Exkursionen zu machen, Workshops anzubieten usw. Bei diesen Unternehmungen gibt es bestimmte Kriterien, die von diesem Ausschuss oder Arbeitskreis festgelegt werden, um die Zahl der Mitreisenden oder Teilnehmer zu beschränken. Das ist manchmal notwendig. Mir ist mitgeteilt worden, dass das ein Ausschuss oder Arbeitskreis auch autark machen kann. Wenn nur eine bestimmte Anzahl von Teilnehmern mitfahren kann, sind natürlich zunächst einmal diejenigen, die stimmberechtigt sind, vorzuziehen. Das, was Sie jetzt fordern, ist also nicht inkludiert. Ich kann Ihnen das nur für das Informationsrecht zusagen.

Petra May (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Leider kann ich Ihnen in diesem Punkt nicht recht geben. Denn wenn es so wäre, müsste man das nachvollziehen können. Dass bestimmte Gruppen oder bestimmte Ratsmitglieder von der Teilnahme ausgeschlossen werden, ist aber noch nicht einmal nachvollziehbar, das kann man nirgendwo nachlesen, sodass man sich nur bei Ihnen, bei der Bezirksregierung oder sonst wem beschweren kann.

Es ist noch nicht einmal transparent, wo die Entscheidung gefällt wird. Auf meine Frage, wo entschieden wurde, dass der Stadtentwicklungsausschuss die nicht stimmberechtigten Mitglieder nicht mehr mitnimmt, hieß es: im Gestaltungsbeirat. Darauf habe ich erwidert: Im Gestaltungsbeirat kann aber nicht für den Stadtentwicklungsausschuss beschlossen werden. Ich habe die Niederschrift der Mai-Sitzung des Gestaltungsbeirats gelesen. Darin stand, dass sich Herr Klipper darum kümmern möge. Das heißt, es gibt keine Grundlage, die transparent und nachvollziehbar ist, warum wer fahren darf und wer nicht, vor allem wenn man bedenkt, dass es sich bei den Reisen beziehungsweise Fachexkursionen des Stadtentwicklungsausschusses um Reisen handelt, bei denen man mitfahren möchte, um sich zu informieren, zumal man die Kosten dafür selbst übernimmt.

Information kann nicht nur heißen: schriftliche Information durch die Verwaltung. Es muss heißen: mündlich, vor Ort, nah an der Problematik. Sonst bräuchte ich auch keine Aufsichtsratsreisen zu machen. Diese könnte ich mir dann

30. Sitzung vom 30. August 2007

auch sparen. Wenn ich als Ratsmitglied nicht die Möglichkeit habe, mich vor Ort in den entsprechenden Städten über deren Planungen und Bebauungspläne zu informieren, wenn mir dieses Recht als Ratsmitglied nicht gegeben wird, dann brauche ich auch keine Aufsichtsratsreisen mehr zu machen und kann mich zu Hause von der Verwaltung oder Geschäftsführung informieren lassen.

Auch bei Workshops muss ich mich als Ratsmitglied kundig für den Rat machen und nicht nur der Sachkundige Einwohner oder der Sachkundige Bürger. In Hamburg waren Sachkundige Einwohner und Sachkundige Bürger dabei, da waren sogar Fraktionsmitarbeiter dabei. Die durften alle mitfahren.

(Barbara Moritz
[Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

- Ich habe die Liste derjenigen, die letztes Jahr mitgefahren sind.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Letztes Jahr waren Sie doch auch mit!)

- Die Reise im letzten Jahr war ausgezeichnet, informativ und hat die Arbeit für den Rat bereichert. Vielleicht ist sie einigen zu viel gewesen; ich will hier keine Namen nennen. Manche waren vielleicht am zweiten Tag nicht mehr so konzentriert, weil sie die Nacht auf der Reeperbahn verbracht haben.

(Zurufe und Unruhe)

Das ist dann aber Ihre Privatsache. Sie bezahlen ja auch dafür. Ich werde, wie gesagt, keine Namen nennen, obwohl ich es tun könnte. Da das privat finanziert wird, ist das bei einer solchen Veranstaltung möglich, bei einer Aufsichtsratsreise nicht.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich bitte um Ruhe im Saal. Frau May hat das Recht, dieses Ansinnen vorzutragen. Ich bitte Sie, ihr zuzuhören.

Petra May (fraktionslos): Meine Damen und Herren! Das Thema ist viel zu wichtig; denn ich sehe noch ein anderes Ansinnen dahinter. Dazu muss ich sagen: Das erwarte ich von Demokraten nicht; von Demokraten erwarte ich mehr. Wenn das Ganze - danach sieht es aus - dazu

dient, pro Köln auszuschließen und gleichzeitig auch andere Ratsmitglieder nicht fahren zu lassen, halte ich das für kontraproduktiv. Das ist nicht die Art und Weise, wie man sich mit pro Köln auseinandersetzen sollte. Ich finde, das darf nicht demokratisch tragfähig sein.

Aus diesen Gründen - Dinge sind nicht nachvollziehbar; ich kann mich nicht informieren; ich weiß nicht, wo Entscheidungen gefällt werden; das Ganze darf sich nicht Fachexkursion des Stadtentwicklungsausschusses nennen - werde ich, mag der Rat auch mehrheitlich dagegen stimmen, meinen Antrag stellen und ihn an die Bezirksregierung zur Prüfung weiterreichen. Wenn ich dort nicht weiterkomme, gibt es immer noch die Möglichkeit, das gerichtlich klären zu lassen. Das ist einem einzelnen Ratsmitglied nicht möglich.

Es darf eigentlich nicht sein, dass es Ratsmitglieder erster und zweiter Klasse gibt. Aber das scheint hier doch so zu sein. Es ist ja nicht nur so, dass man bei Informationsveranstaltungen nicht dabei ist. Als einfaches Ratsmitglied erhält man auch eine ganze Menge Einladungen nicht. Dazu gehört auch, dass manche Ratsmitglieder einen Messeausweis bekommen und andere eben nicht. Es gibt eine ganze Menge Unterscheidungskriterien. Wie gesagt, der Gesetzgeber, das Grundgesetz und die Gemeindeordnung, sieht keine Unterscheidung in erste und zweite Klasse vor.

Als einfaches Ratsmitglied habe ich auch nicht die finanziellen Möglichkeiten, wie sie eine große Fraktion hat. Auch die Änderung der finanziellen und räumlichen Ausstattung steht jetzt auf dem Prüfstand. Das heißt, mir bleibt nichts anderes übrig, als die Bezirksregierung einzuschalten.

Sie werden sich dagegen aussprechen. Das können Sie machen. Aber denken Sie daran: Das kann auch in die genau entgegengesetzte Richtung gehen. Die Gemeindeordnung und das Grundgesetz gelten auch für den Kölner Rat. Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Liebe Petra, um das noch einmal klar zu sagen: Ich habe eben nur deswegen dafür plädiert, dass Du Deinen Antrag zurückziehst, weil ich hoffte, dass sich Dein Ansinnen damit erledigt ist.

30. Sitzung vom 30. August 2007

Ich sage es noch einmal ganz deutlich und klar: Grundsätzlich gibt es - das muss es geben - ein weitgehendes Informationsrecht für jedes Ratsmitglied, auch für die kleinen Gruppen. Mir ist mitgeteilt worden, dass es eine transparente, nachvollziehbare Aufstellung von Kriterien in bestimmten Arbeitskreisen gegeben haben soll. Wenn es anders sein sollte, bitte ich, mich darüber konkret zu informieren. Ich kann dem nur nachgehen, wenn ich etwas Konkretes weiß; ich habe andere Informationen bekommen. Dann werde ich dafür sorgen, dass das transparent gemacht wird. Dieses Recht steht jedem Ratsmitglied zu.

Angenommen, ein Bus hat nur 20 Plätze, aber 50 Teilnehmer möchten mitfahren, dann muss im Vorfeld darüber diskutiert werden, welche 20 von den möglichen 50 mitfahren. Das wird demokratisch abgestimmt. Diese Abstimmung ist dann auch nachvollziehbar und transparent, sodass man sie auch erklären kann. Ansonsten ist es so, wie Du es dargestellt hast: Du willst Deine Reise selbst bezahlen, und Du willst Dich informieren, dann ist Dir dieses Recht nicht zu verwehren. Das ist grundsätzlich so.

Wenn es einen konkreten Fall gibt, bitte ich, mir in Zukunft sofort davon Kenntnis zu geben; dann gehe ich dem konkret nach. Bisher liegen mir andere Informationen vor. Deswegen hatte ich Dir das Angebot gemacht, Deinen Antrag zurückzuziehen. Ich würde den nicht ablehnen, um das ganz klar zu sagen, sondern würde sagen: Er ist redundant, weil die Verwaltung dazu steht - ich sage das hier auch ganz öffentlich -, dem sofort nachzugehen, sollte es in Zukunft einen solchen Fall geben.

Herr Rouhs und Herr Dr. Müser hatten sich noch zu Wort gemeldet.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sie versuchen jetzt natürlich, den Eindruck zu erwecken, dass Sie nichts zu verbergen hätten. Wenn dem so wäre, könnten Sie den Antrag von Frau May doch einfach annehmen. Damit hätten Sie eine klare Entscheidung getroffen.

Es ist bei Ihnen die Tendenz zu beobachten, den Willen des Wählers geringzuschätzen. Sie hätten das Kommunalwahlergebnis von 2004 gerne rückgängig gemacht. Ihr Katzenjammer wird nach 2009 noch größer werden.

(Zuruf von der CDU: Das kennen wir jetzt schon auswendig!)

Sie müssen deshalb natürlich die Hürden für Ausschlüsse immer höher hängen. Je größer Ihr Problem wird, desto höher müssen Sie die Hürden hängen. Sie denken auf Landesebene schon darüber nach, wieder eine Sperrklausel einzuführen. Damit werden Sie sich vielleicht Herrn Dr. Müser vom Hals schaffen, uns werden Sie damit nicht los, weil dem die politische Entwicklung in dieser Stadt entgegensteht. Deshalb greifen Sie in die Trickkiste.

Ich weiß nicht, wie oft Sie mittlerweile die Geschäftsordnung geändert haben aufgrund der Tatsache, dass die Fraktion pro Köln in diesem Gremium und in den Bezirksvertretungen vertreten ist. Ich weiß nicht, wie oft Sie das in Zukunft noch beabsichtigen. Irgendwann stoßen Sie einmal an sachliche Grenzen. Fakt ist, dass Sie damit jeden ausschließen, der in einer kleineren Formation in den Gremien der kommunalen Selbstverwaltung in Köln politisch aktiv ist. Das ist ein Kurs - da bin ich mir ganz sicher -, den Sie auf Dauer nicht durchhalten; denn er ist offensichtlich und leicht durchschaubar undemokratisch,

(Beifall bei pro Köln)

und er läuft darauf hinaus, dass Sie eines ad absurdum führen: Sie bezeichnen sich - das sind Ihre eigenen Worte - als *die* demokratischen Fraktionen.

(Helmut Jung [CDU]: So ist es!)

Wie grenzen sich denn demokratische gegen undemokratische Fraktionen ab? Etwa dadurch, dass demokratische Fraktionen sich intransparent machen, dass sie sich abschotten, dass sie einen Klub bilden, indem sie insbesondere den Zugang zu bestimmten Informationen oder auch zu der Möglichkeit, sich Informationen aktiv zu beschaffen, limitieren? Oder dadurch, dass sie das exakte Gegenteil tun und versuchen, ein bisschen Transparenz und Chancengleichheit walten zu lassen?

Sie versuchen, nur Ihre Positionen als materiell-demokratisch, jede abweichende Meinung jedoch als materiell-antidemokratisch hinzustellen, womit man natürlich alles machen kann. Damit können Sie die perfekte Diktatur schaffen.

(Beifall bei pro Köln)

30. Sitzung vom 30. August 2007

Auch in der Präambel der SED - die Linkspartei weiß das - stand allerlei von Demokratie. In der Verfassung der DDR stand allerlei von Demokratie. Da gab es Blockparteien, die zur politischen Debatte zugelassen waren. Die anderen waren zur Debatte eben nicht zugelassen. Das Ganze nannte sich sogar Deutsche Demokratische Republik. Das ist doch ein Witz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei pro Köln)

Ich will Ihnen nicht unterstellen, dass Sie mit dem Ausschluss oppositioneller Gruppen von Exkursionen der Fachausschüsse eine Art von „DDR light“ etablieren wollen. Sie möchten wahrscheinlich irgendetwas vor unseren kritischen Augen verbergen. Das ist die einzige Schlussfolgerung, die man legitimerweise aus den Verhältnissen ziehen kann. Falls Sie meinen, diese Schlussfolgerung wäre falsch, dann seien Sie bitte so gut und nehmen diesen Antrag von Frau May schlicht und ergreifend an. Damit wäre diesem Eindruck vorgebeugt.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Dr. Müser.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In Ergänzung zu dem Vortrag von Frau May, die natürlich vollkommen Recht hat, möchte ich Sie an zwei Sachverhalte erinnern; zumindest an einem waren Sie selbst beteiligt. Zum einen geht es um den Großmarkt, den Sie um 6 Uhr mit Mitgliedern des Stadtentwicklungsausschusses und des Wirtschaftsausschusses besichtigt haben. Das ist intern unter irgendwelchen Leuten ausgeklüngelt worden.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Nein, dazu hat es eine Einladung gegeben.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Nein, dazu hat es definitiv keine Einladung gegeben.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Natürlich)

Ich habe bei Ihrer Verwaltung nachgefragt. Der zuständige Mitarbeiter hat auch im Nachhinein zugegeben, - -

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Warum sollte ich ein Interesse daran haben, Frau May nicht mitzunehmen? Ich gehe gerne mit Frau May zum Großmarkt.

(Heiterkeit - Petra May [fraktionslos]:
Dann machen wir das aber noch!)

Das, was Sie behaupten, nämlich das sei ausgeklüngelt worden, ist nicht richtig. Das ist mir jedenfalls nicht - -

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Ich sage Ihnen noch einmal: Das ist unter irgendwelchen Leuten intern, außerhalb der Gremien, ausgehandelt worden - von mir aus nehme ich den Begriff „klüngeln“ zurück -, und im Nachhinein ist der Stadtentwicklungsausschuss darüber informiert worden. Ich bin erst im Nachhinein, Stunden später, durch eine Pressemitteilung von der Stadtverwaltung darüber informiert worden und habe mich dann bei der Verwaltung erkundigt, wann die Einladung herausgegeben worden sei. Darauf hat man mir mitgeteilt, dass es dazu keine Einladung gab, sondern dass das intern geregelt wurde. Das ist nun einmal der Fakt.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich sehe im Moment weder den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses noch den des Stadtentwicklungsausschusses noch den Dezernenten, der dafür zuständig ist. Herr Frank, können Sie zur Aufklärung beitragen?

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich bin auch der Meinung, dass hier jeder seine Informationen bekommen sollte. Aber ich glaube langsam, hier läuft eine Paranoia. Da ich selbst daran teilgenommen habe, kann ich Folgendes dazu sagen: Die Ausschüsse Wirtschaft und Stadtentwicklung sind offiziell eingeladen worden, mit dem Herrn Oberbürgermeister und dem Wirtschaftsdezernenten den Großmarkt zu besichtigen. Die Gründe sind klar; darüber haben wir hier zig Mal diskutiert. Über den E-Mail-Verteiler haben alle Mitglieder - ich habe das gesehen - eine Einladung bekommen. Herr

30. Sitzung vom 30. August 2007

Müser, Sie sind doch kein beratendes Mitglied des Wirtschaftsausschusses.

(Widerspruch von Dr. Martin Müser [Kölner Bürger-Bündnis] - Gegenruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war doch vor der Atomisierung!)

Ich weiß, dass diese Einladung per E-Mail versandt wurde; viele Sachen laufen über E-Mail-Verkehr. Ich habe die E-Mail-Adressen aller Beteiligten gesehen. So, wie das gelaufen ist, war es völlig in Ordnung. Man kann sich ja über bestimmte Sachen unterhalten, aber man sollte nicht versuchen, Dinge zu suchen, die es gar nicht gibt. Das kommt mir wirklich wie eine Verschwörungstheorie vor.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Sterck hat sich noch gemeldet.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich dem anschließen, was Herr Frank gesagt hat. Man kann das Ding auch andersherum aufzäumen. Das, was Frau May und Herr Müser als Einzelratsmitglieder an Informationen von der Verwaltung bekommen, ist erheblich mehr als das, was 88 andere Ratsmitglieder hier bekommen. Die Einzelvertreter bekommen alle Unterlagen für die Ausschüsse. Andere Ratsmitglieder können nur davon träumen, diese Informationsfülle zu bekommen. Das gilt auch für die Papiere der Bezirksverwaltungen. Auf jedem Schriftstück der Stadtverwaltung stehen nicht nur die Fraktionen drauf, sondern unten auch immer extra Frau May und Herr Müser. Sie werden so intensiv mit Informationen versorgt wie kaum ein anderer in diesem Saal. Auch das ist ein Teil dieser Wahrheit.

Aber in den Ausschüssen ist es nun einmal so, dass es stimmberechtigte und nicht stimmberechtigte Mitglieder gibt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Richtig!)

Es hat auch Termine gegeben, zu denen unsere nicht stimmberechtigten Mitglieder nicht eingeladen worden sind. Das kommt schon einmal vor; denn eine Gruppe muss ja auch händelbar sein. Die Gruppe, die morgens früh durch den Großmarkt gegangen ist, war mit 50, 60 Mann viel zu

groß. Es waren noch viel zu viele eingeladen. Deswegen: Es gibt diese Unterschiede. Aber gerade die Einzelvertreter können sich nicht beschweren, weil sie wirklich eine ganze Menge Informationen bekommen, für die andere in ihren Fraktionen lange arbeiten müssen, um diese einsehen zu können.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. Inzwischen sind die Ausschussvorsitzenden im Saal. Herr Klipper, waren die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses zum Großmarktbesuch eingeladen?

(Karl Klipper [CDU]: Ja!)

Herr Gey, waren die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses zum Besuch des Großmarktes eingeladen?

(Herbert Gey [CDU]: Ja! - Karl Klipper [CDU]: Viel zu viele Leute!)

- Ja, das kommt vor, dass es zu viele Leute sind. Aber offenkundig ist bei einigen die Einladung nicht angekommen. - Daran sehen Sie, dass der Weg, den die Verwaltung für diese Einladung gewählt hat, richtig war. Aus diesem Grund kann ich dem Antrag, ein neues Konzept dafür zu erarbeiten, jetzt nicht zustimmen. Ich habe Ihnen gesagt: Wenn es in Zukunft einen konkreten Fall gibt, nennen Sie mir diesen bitte und ich gehe dem nach. Es muss transparent dargestellt werden, warum unter Umständen

(Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen]: ... Beschwerdeausschuss!)

- Frau Tull, nehmen Sie das Anliegen der kleinen Gruppierungen einmal ernst.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Gleich ist Frau May wieder weg! Jede Ratssitzung geht sie früher, aber sie will alle Informationen!)

- Frau Moritz! - Ich denke, das Thema ist vonseiten der Verwaltung beantwortet.

Die letzte Wortmeldung kommt von Herrn Schöppe.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Aber gerne, Herr Schramma. Es tut mir leid: Zu dieser Großmarktbesichtigung haben wir auch keine Einladung bekommen.

30. Sitzung vom 30. August 2007

(Zurufe: Oh!)

Nein, es ist nirgendwo etwas angekommen. Da können Sie noch so viel erzählen, dass die herausgegangen wäre.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Aber, Herr Schöppe, dafür kommen Sie ja des Öfteren zu Veranstaltungen, zu denen Sie nicht eingeladen sind.

(Heiterkeit)

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Das gibt es nicht. Herr Oberbürgermeister, ich komme nur zu Veranstaltungen - -

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Zuletzt war es die Pressekonferenz, zu der ich eingeladen hatte.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Zu der hatte ich Einladung. Es stand zumindest in der Zeitung, dass die öffentlich wäre.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Liebe Petra, liebe Frau May, können wir es so handhaben, oder willst Du darüber abstimmen lassen?

(Petra May [fraktionslos]: Ja, lieber darüber abstimmen lassen!)

Dann muss ich leider, weil der Text so nicht passt, dagegen stimmen.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag von Frau May ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Frau May, Herr Dr. Müser und die Fraktion pro Köln. Enthaltungen? - Gibt es bei der Linken. Dann ist große Rest dagegen. Damit ist der Antrag abgelehnt, was nichts daran ändert, dass wir trotzdem so handeln werden wie zugesagt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.7 auf:

2.1.7 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. August 2007 betreffend „Mehr Plätze im Gemeinsamen Unterricht“
Ds-Nr.: A/0359/007

Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln vom 29. August 2007
Ds-Nr.: A/0380/007

Frisch auf den Tisch gekommen ist auch noch ein Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der FDP-Fraktion.

Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der FDP-Fraktion vom 30. August 2007
Ds-Nr.: A 0396/007

Als Erste hat Frau Heuer für die SPD-Fraktion das Wort.

Ulrike Heuer (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Seit dem Schuljahr 1995/96 kann die sonderpädagogische Förderung von behinderten Kindern auch außerhalb der Förderschule an Grundschulen und Allgemeinbildenden Schulen erfolgen. Auch das neue nordrhein-westfälische Schulgesetz benennt in § 20 die Allgemeinbildende Schule vorrangig als Ort der sonderpädagogischen Förderung.

In Köln wird der Gemeinsame Unterricht derzeit an 21 Grundschulen sowie den beiden Gesamtschulen Rodenkirchen und Höhenhaus angeboten. SPD und Grüne sind der Auffassung, dass der Gemeinsame Unterricht in Köln weiter gefördert und ausgebaut werden sollte.

In Deutschland besucht fast jeder zwanzigste Schüler eine Förderschule. Laut Statistik der Kultusministerkonferenz galten 2003 429 000 Schülerinnen und Schüler als förderbedürftig. Zwischen 1995 und 2002 stieg ihre Zahl um knapp 40 000, also annähernd 10 Prozent. 85 Prozent der deutschen Förderschüler werden in eigenen Schulen unterrichtet. Nur in der Schweiz und in Belgien gibt es ähnlich hohe Separierungen von Kindern mit einem Handicap.

Nur zum Vergleich: Österreich ist außer uns eines der wenigen Länder schulischer Selektion. Aber selbst dort, in der Steiermark, besuchen circa 80 Prozent aller Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine Allgemeinbildende Schule. Auch bei uns, und zwar im Land Brandenburg, tun das immerhin 80 Prozent der Kinder mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung.

30. Sitzung vom 30. August 2007

Integrationspolitisch sind wir in NRW leider eher ein Entwicklungsland.

(Ulrich Breite [FDP]: Woher kommt das?)

Den rund 5 000 Plätzen an Förderschulen in Köln stehen zurzeit lediglich 700 GU-Plätze an Regelschulen gegenüber. Um dem Ziel „Integration statt Ausgrenzung“ wirklich gerecht zu werden, muss in Zukunft wesentlich mehr behinderten Kindern die Möglichkeit gegeben werden, eine Allgemeinbildende Schule zu besuchen.

(Beifall bei der SPD und der Linken.Köln)

Wir streben daher mit unserem Antrag eine Verdopplung der Plätze in drei Jahren an, ein sicher ehrgeiziges Ziel.

(Ulrich Breite [FDP]: Plötzlich, ganz plötzlich!)

- Nicht ganz plötzlich, das ist gewachsen. - Diese Aufgabe kann jedoch die Kommune nicht alleine schultern. Eine Intensivierung des Gemeinsamen Unterrichts ist nur in Zusammenarbeit und mit Unterstützung des Landes möglich. Nordrhein-Westfalen brachte dazu im vergangenen Jahr eine Gesetzesinitiative auf den Weg - ich lobe damit auch die Landesregierung -, die zum Ziel hat, die sonderpädagogische Förderung mithilfe sogenannter Kompetenzzentren auf einen neuen Weg zu bringen.

Kompetenzzentren dienen der schulischen Förderung von Schülerinnen und Schülern mit entsprechendem Förderbedarf und sollen Angebote zur Diagnose, Beratung und ortsnahen Prävention bieten. Hier appellieren wir eindringlich an das Land, auch angemessene Ressourcen für dieses anerkannte Ziel zur Verfügung zu stellen.

Unser Ziel ist die Zusammenführung von Förderschule und Gemeinsamen Unterricht zu einem Gesamtsystem. Beide sollen nicht in Konkurrenz zueinander stehen, sondern sie sind gleichwertige Systeme sonderpädagogischer Förderung. Gerade die Allgemeinbildenden Schulen müssen mit Unterstützung der Kompetenzzentren in die Lage versetzt werden, Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf, vor allem mit Lern- und Entwicklungsstörungen, besser zu fördern. Möglich wäre etwa auch das Einbringen eigener Angebote durch den Schulträger, wie

zum Beispiel die schulpsychologische Beratung oder die Familienberatung.

Eine stärkere Förderung behinderter Kinder im Grundschulbereich ist mehr als wünschenswert. Dafür muss die Regelschule gestärkt werden. Zusätzliche personelle und räumliche Ressourcen müssen bereitgestellt werden. Ziel ist eine wohnortnahe Versorgung in angemessenen Räumlichkeiten, nach Möglichkeit im Ganztagsbetrieb. Darüber hinaus muss der Gemeinsame Unterricht auch in der Sekundarstufe I deutlich und angemessen ausgebaut werden, damit die spezielle Förderung nicht abreißt. - Jetzt kommt etwas, worüber Sie sicherlich schimpfen werden. - Nicht zuletzt kann die von uns angestrebte Gemeinschaftsschule hier einen wertvollen Beitrag leisten.

(Beifall bei der SPD - Karl Klipper [CDU]: Das wollen wir ja mal sehen)

Ich habe heute die Presseerklärung der FDP gelesen. Frau Gebauer, Sie zeichnen sich in meiner Wahrnehmung dadurch aus, dass Sie die Vorlagen immer sehr genau lesen. Ich möchte Sie bitten, das auch bei unseren Beschlüssen zu tun. Eine Gemeinschaftsschule ist vom Prinzip her ein sehr überschaubares System, in dem alle Kinder miteinander und voneinander lernen. Hier soll jedes Kind optimal individuell gefördert werden, so wie es die meisten europäischen Länder uns vormachen.

(Karl Klipper (CDU): Über die Gesamtschule haben wir schon einmal ein Bürgerbegehren geführt!)

- Herr Klipper, genau das ist sie nicht. Sie ist keine Gesamtschule. Ich glaube, das haben die meisten Bürgerinnen und Bürger auch sehr gut verstanden.

Wir möchten mit unserem Antrag einen weiteren Schritt in die richtige Richtung gehen. Deshalb bitte ich Sie um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Nächste Rednerin ist Frau Ulke. Bitte.

Sabine Ulke (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Integration behinderter Menschen ist in unserer Gesellschaft Konsens,

30. Sitzung vom 30. August 2007

zumindest theoretisch. In der Praxis sieht es allerdings oft anders aus. In unserem Schulsystem wird weiterhin ausgegrenzt statt integriert. Unsere Kinder werden unterrichtet, als ob sie die Natur geistig genormt hätte. Sie werden spätestens im Alter von zehn Jahren in Güteklassen eingeteilt. Man gibt sich der Illusion hin, dass sie in homogenen Leistungsgruppen mehr lernen.

(Josef Müller [CDU]: Warum haben Sie das nicht geändert?)

Integrative Schulen gibt es in Deutschland viel zu wenige. Wir schneiden im westeuropäischen Vergleich dabei schlecht ab.

(Zurufe von der CDU)

- Sie können gleich eine Zwischenfrage stellen. Bis dahin lassen Sie mich bitte einfach ausreden. Danke, wunderbar. - Während die Integrationsquote von Schweden und Norwegen bei fast 100 Prozent liegt, landet Deutschland abgeschlagen bei gerade einmal 12,9 Prozent und liegt damit noch weit unter dem europäischen Durchschnitt, der fast 80 Prozent ausweist.

Behinderte Kinder werden auch in Köln in der Regel in Förderschulen unterrichtet, obwohl das laut Schulgesetz die Ausnahme sein soll. Zurzeit - das hat Frau Heuer gerade erwähnt - werden in 21 Grundschulen in sieben Stadtbezirken 500 behinderte Kinder im Gemeinsamen Unterricht beschult. Ein großes Manko haben wir bei den weiterführenden Schulen. Da muss ich etwas kurz verbessern: Nicht Höhenhaus bietet Gemeinsamen Unterricht an, sondern Hohlweide und Rodenkirchen. Die meisten Schüler, die in der Grundschule gemeinsam beschult werden, habe keine Möglichkeit, in der weiterführenden Schule weiter gemeinsam beschult zu werden.

Nach der Veröffentlichung der PISA-Ergebnisse, in denen gerade die Länder gut abgeschnitten haben - ich erwähnte eben schon Norwegen und Schweden - und in denen es keine Förderschulen mehr gibt, haben auch immer mehr Eltern den Wunsch nach gemeinsamer Beschulung. Das haben wir auch der Presse entnommen.

(Beifall bei Jochen Ott [SPD])

Denn vom Gemeinsamen Unterricht profitieren nach wissenschaftlichen Untersuchungen nicht nur behinderte, sondern auch alle anderen Kinder. Integration bedeutet individuelle Förderung aller Kinder. Sie stärkt die soziale Kompetenz und die Gemeinschaftsfähigkeit. - Herr

Breite, könnten Sie vielleicht auch dazu Stellung nehmen, anstatt immer dazwischenzuquatschen? -

(Ulrich Breite [FDP]: Ich habe mit Frau Moritz geredet! - Weiterer Zuruf von der FDP)

- Ich habe eigentlich meinen Dienst um 2 Uhr beendet und nicht gedacht, dass ich die Leute auch hier noch reglementieren muss.

(Karl Klipper [CDU]: Sie lesen das doch sowieso ab! Da ist das doch nicht tragisch!)

- Ich würde gerne fortfahren.

Gemeinsamer Unterricht fördert den natürlichen Umgang mit Behinderten. Das betrifft häufig uns alle; denn - das wusste ich auch nicht - nur 4,5 Prozent aller Behinderungen bestehen seit Geburt. Dass eine Schule für alle die Intelligenz eines jeden steigert, das Bruttosozialprodukt erhöht und sogar kostenneutral zu realisieren ist, ist bewiesen, aber jetzt müssen es die Deutschen endlich einmal glauben.

Da laut Schulgesetz eine Schule nur dann der Förderort für einen Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sein kann, wenn die Schule dafür personell und auch sächlich ausgestattet ist, fordern wir das Land auf, neben dem Ausbau von Kompetenzzentren auch zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung zu stellen, damit die Bedingungen im Gemeinsamen Unterricht deutlich verbessert werden. Die Kommune muss ihrerseits die Mittel für die räumliche und die Sachausstattung zur Verfügung stellen, damit wir in Köln in der Lage sind, kurzfristig allen Behinderten den Gemeinsamen Unterricht zu ermöglichen, die dazu geeignet sind und deren Eltern es wünschen.

Langfristig sollte der Gemeinsame Unterricht für Kinder mit und ohne Behinderung in Köln zur Regel werden. In diesem Sinne bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen, damit Köln auch weiterhin führend auf dem Gebiet des Gemeinsamen Unterrichts bleibt; denn Integration ist kein Problem, dessen Für und Wider man diskutieren kann, vielmehr ist es Aufgabe jeder demokratischen Gesellschaft. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Der FDP-Ergänzungsantrag ist zwar diskutiert worden, liegt mir aber nicht schriftlich vor. Daher kann ich mich dazu jetzt leider nicht äußern.

30. Sitzung vom 30. August 2007

Es liegt noch ein Antrag der Linken vor, der sich besonders mit dem Problem beschäftigt, das ich eben schon angesprochen habe, nämlich mit der Überführung von der vierten Klasse des Gemeinsamen Unterrichts in die weiterführende Schule. Den würden wir so mit aufnehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Nächste Rednerin ist Frau Manderla für die CDU-Fraktion, bitte.

Gisela Manderla (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der vorliegende gemeinsame Antrag von den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen befasst sich mit einer Thematik, die im erheblichen Maße von Emotionen geprägt wird. Unabhängig von unseren persönlichen Einstellungen darf jedoch nur eine objektive Prüfung und Wertung der formulierten Forderungen Grundlage der zu treffenden Entscheidungen sein. Meine Damen und Herren von der SPD und von den Grünen, Sie hatten bis zum Jahre 2005 viele Jahre Zeit,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

die gewünschten Änderungen herbeizuführen. Das haben Sie nicht getan.

Die zentrale Forderung des Antrags ist die Verdopplung der Plätze für einen Gemeinsamen Unterricht behinderter und nicht behinderter Kinder bis zum Jahr 2010. Der Antrag geht jedoch in keiner Weise darauf ein, wie der tatsächliche Bedarf für die angestrebte Intensivierung des Gemeinsamen Unterrichts in Köln aussieht.

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist in den letzten Jahren zweifelsohne kontinuierlich angewachsen, und zwar sowohl in den Förderschulen als auch im Gemeinsamen Unterricht. In Köln stehen derzeit 500 Grundschulplätze sowie 200 Plätze für den Gemeinsamen Unterricht an Gesamtschulen zur Verfügung. Zudem gibt es ein differenziertes Förderschulsystem, das von insgesamt 4 000 Kindern und Jugendlichen besucht wird. Die Fragestellung muss also lauten: In welcher Schulform ist die bestmögliche Förderung der behinderten Kinder und Jugendli-

chen erreichbar? Allein dies ist den Eltern behinderter Kinder wichtig.

Es liegt auf der Hand, dass sich diese Frage nicht generell beantworten lässt. Der jeweilige Förderbedarf hängt vielmehr von der Art der Behinderung ab. Es gilt also, jeweils und individuell die Vor- und Nachteile beider Schulformen gegeneinander abzuwägen.

Aus Sicht der CDU-Fraktion liegt die Stärke des Gemeinsamen Unterrichts in der sozialen Integration der Kinder mit Behinderungen. Die Notwendigkeit einer spezifischen Förderung bleibt hier aber mitunter ungelöst. So muss zum Beispiel ein behindertes, blindes Kind im Gemeinsamen Unterricht auch die Blindenschrift erlernen, wohingegen ein geistig, körperlich und sprachbehindertes Kind eine völlig andere spezifische Förderung benötigt. Eine solche kann im Gemeinsamen Unterricht aber nur dann geleistet werden, wenn die sonderpädagogische Lehrkraft Kenntnisse genau in dieser Fachrichtung hat. Die besondere Konstitution der Kinder erfordert einen besonderen Weg, um Lernvoraussetzungen, Leistungsvermögen und auch das Lebensumfeld zu berücksichtigen. Hierauf kann in einer Förderschule sehr viel individueller eingegangen werden.

Vor diesem Hintergrund kann der Gemeinsame Unterricht mit Blick auf die unterschiedlichsten Formen von Behinderungen nicht für jedes Kind die besten Voraussetzungen für eine optimale Förderung bieten. Es ist zwingend erforderlich, dies im Einzelfall abzuwägen und zum Wohl des einzelnen Kindes zu entscheiden. Die pauschale Forderung nach einer Verdopplung der vorhandenen Plätze ist daher aus Sicht der CDU-Fraktion der falsche Weg.

Die CDU-Fraktion wird dem vorliegenden Antrag daher nicht zustimmen, da eine sachpolitische Entscheidung nur auf Basis einer konkreten Bedarfsprüfung verantwortlich getroffen werden kann. Sollten diese Informationen zu einem späteren Zeitpunkt vorliegen und zeigen, dass eine erhöhte Nachfrage nach Plätzen eines Gemeinsamen Unterrichts gegeben ist, dann wird die CDU-Fraktion sich selbstverständlich für einen bedarfsgerechten Ausbau der Plätze einsetzen. Eine ungeprüfte und pauschale Verdopplung kann jedoch nur als reine Effekthascherei gewertet werden.

(Beifall bei der CDU sowie von Teilen der FDP)

30. Sitzung vom 30. August 2007

Eine solche Forderung wird die CDU-Fraktion keinesfalls unterstützen.

Wir werden den Antrag der Linken ebenfalls ablehnen. Dem Änderungsantrag der FDP stimmen wir gerne zu. Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau Gebauer wird den Antrag, der scheinbar immer noch nicht allen zugegangen ist, jetzt vortragen. Es ist nur einer kurzer Abschnitt. Frau Gebauer, bitte.

Yvonne Gebauer (FDP): Meine Damen und Herren! Ich lese Ihnen den Änderungsantrag kurz vor:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Der Rat möge folgenden Änderungsantrag zu TOP 2.1.7. beschließen:

Beschluss: Der Rat beauftragt die Verwaltung unter Einbeziehung des Schulentwicklungsplanes für die Förderschulen der Stadt Köln 2010 bis 2020 vom 20.07.2007 und den Voten der beteiligten Schulkonferenzen, ein Konzept zu entwickeln, die vorhandenen Plätze im sogenannten Gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf auf den tatsächlichen Bedarf gemäß der Zahlen des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik bis zum Jahr 2010 auszuweiten.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU)

So lautet unser Änderungsantrag.

Frau Ulke, ich komme zu Ihren Aussagen. Ich finde es schade, dass Sie hier angeben, Sie hätten den Änderungsantrag im Vorfeld nicht gesehen. Natürlich haben Sie diesen zusammen mit der SPD auch besprochen.

(Widerspruch von Sabine Ulke
[Bündnis 90/Die Grünen])

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Fördern oder stützen - das ist die Frage, die sich Gesundheitsamt, Schulamt und Eltern bei der Auswahl der Schule für ein Kind mit entsprechender Behinderung oder Störung gemeinsam stellen

müssen. Das ist eine sehr sensible Entscheidung. Eine Entscheidung, die es gilt, im Zweifelsfall immer wieder neu zu überdenken. Eine Entscheidung, bei der nicht nur der Elternwille zählt. Obwohl jedes Elternteil für sein Kind, ob mit körperlicher oder geistiger Behinderung, ob mit Lernentwicklungs- oder Verhaltensstörungen immer nur das Beste möchte, gibt es gute Gründe, die Auswahl und Zuweisung für den Gemeinsamen Unterricht beziehungsweise in eine integrative Lerngruppe in die Hände des Schulamtes zu legen.

Mit der Änderung der Bezeichnung „Sonderschulen“ in „Förderschulen“ durch das neue Schulgesetz hat im Sprachumgang bereits ein Umdenken stattgefunden. Jetzt gilt es, das negative Image der Förderschulen in den Köpfen auszustrahieren. Kinder oder Erwachsene mit Behinderungen oder entsprechenden Störungen sind keine Sonderlinge, sondern Menschen, die einer sonderpädagogischen Förderung bedürfen.

(Beifall bei der FDP)

Je nach Grad beziehungsweise Schwere der Beeinträchtigung ist und bleibt die sonderpädagogische Förderung an Förderschulen unabdingbar. Genauso unabdingbar ist und bleibt der Gemeinsame Unterricht für Kinder mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf.

Ich komme zum Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Die Mitteilung der Verwaltung vom 20. Juni 2007 zum Thema „Schulentwicklungsplan für die Förderschulen der Stadt 2010 bis 2020“ hat wohl gerade den Grünen nicht das gewünschte Ergebnis gebracht. Die Aussage der Verwaltung, wie zum Beispiel - ich zitiere - „Förderschulen zukunftssicher zu gestalten“, steht sicherlich krass dem Gedanken der Grünen entgegen, Minder- und auch Hochbegabte grundsätzlich gemeinsam zu unterrichten. Von Fördern will ich in diesem Zusammenhang nicht sprechen. Den eigentlichen Wünschen und Gedanken der Antragsteller, die in der Begründung des Antrags verborgen sind, wie „Eltern sollten eine größere Mitsprache bei der Wahl des Förderortes haben“, sowie - Zitat - „das System des Gemeinsamen Unterrichts in Köln ist ausbaufähig“ - können wir als FDP-Fraktion nicht folgen.

Wir sehen zum einen die Notwendigkeit des Ausbaus von Plätzen im Gemeinsamen Unterricht in Grundschulen, gerade in Stadtteilen wie Lindenthal oder Niehl, in denen es noch keine

30. Sitzung vom 30. August 2007

Möglichkeit des Gemeinsamen Unterrichts gibt, zum anderen aber auch die Notwendigkeit des Ausbaus von GU-Plätzen im Sekundärbereich I. In diesem Zusammenhang ist auch unser Änderungsantrag zu sehen.

Mit dem Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen in der vorliegenden Form wird bei den Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf künstlich eine Erwartungshaltung geweckt, dass der Gemeinsame Unterricht immer das Allheilmittel und die Förderschule immer nur die zweite Wahl ist. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Für die Linke spricht Herr Kellner, bitte.

Michael Kellner (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach einer Vorlage der Verwaltung im Ausschuss für Schule und Weiterbildung nahmen im Schuljahr 2006/2007 in Köln insgesamt 497 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an 22 Grundschulen am Gemeinsamen Unterricht teil. Das ist eine beachtliche Zahl. Sie zeigt, dass der Gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen immer attraktiver und von zahlreichen Eltern auch gewünscht wird.

Dieser Wunsch der Eltern kann sich auf eine breite Basis von Erfahrungen und wissenschaftlichen Untersuchungen und Erkenntnissen berufen. Die zahlreichen Veröffentlichungen zu diesem Thema zeigen, die Bundesrepublik Deutschland hinkt jämmerlich hinter den Ergebnissen und Forderungen der Forschung hinterher.

Der letzte Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung stellt eindeutig fest, dass das teure Sonderschulsystem seine Ziele, vor allem die bestmögliche Förderung der Kinder, nicht erreicht hat.

In der Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft „Gemeinsam leben - gemeinsam lernen“ heißt es:

... dass der integrierende Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler der bessere Unter-

richt ist, weil er die Unterrichtskultur praktiziert, die in den bei der PISA-Untersuchung erfolgreichen Ländern flächendeckend verwirklicht wird.

Dabei sind die Vertreter des GU überhaupt nicht der Meinung der Verwaltung, dass, sofern umfassender, das heißt erhöhter, Förderbedarf besteht, nur die Förderschule der Ort sein kann. Auch Schwerstbehinderte sind im inklusiven Konzept des Gemeinsamen Unterrichts miteinbezogen.

Vom 16. bis 18. November findet in Köln der Kongress „Eine Schule für Alle“ statt. Dieser Kongress wird deutlich machen: Die Schule für alle ist die bessere Schule.

Deshalb begrüßt die Fraktion Die Linke.Köln, dass die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen in die heutige Sitzung einen Antrag einbringen, in dem die Verwaltung aufgefordert wird, die Plätze im Gemeinsamen Unterricht bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln, eine erfreuliche Forderung, der wir uns voll anschließen. Allerdings fehlt unserer Ansicht nach im Antrag eine entscheidende Forderung, nämlich die Sicherstellung der GU-Plätze an weiterführenden Schulen. Deshalb schlägt unsere Fraktion eine Ergänzung zu diesem Antrag vor.

Auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln im August dieses Jahres wurde von der Verwaltung bekannt gegeben, dass sich zurzeit etwa 124 Kinder im Gemeinsamen Unterricht der vierten Klasse der Grundschule befinden. Für diejenigen von ihnen, die am Gemeinsamen Unterricht in einer weiterführenden Schule teilnehmen wollen, stehen aber nur maximal 36 Plätze zur Verfügung, davon 30 an der Gesamtschule Hohlweide und sechs an der Gesamtschule Rodenkirchen. Das ist für eine Stadt, die vor wenigen Wochen eine Behindertenbeauftragte eingesetzt hat und die Unterzeichnung der Erklärung von Barcelona beschlossen hat, ein Skandal. Es darf nicht sein, dass es für die meisten Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die am Gemeinsamen Unterricht in der Grundschule teilgenommen haben, nach der vierten Klasse heißt: Ab in die Förderschule!

Die Fraktion Die Linke.Köln ist der Meinung, dass schon für das kommende Schuljahr mit verschiedenen weiterführenden Schulen Gespräche geführt werden müssen, damit auch hier genug Plätze für den Gemeinsamen Unterricht bereitgestellt werden können. Das ist die Intention unseres Änderungsantrages.

30. Sitzung vom 30. August 2007

Bereits in der Ratssitzung im Februar dieses Jahres machte die Fraktion Die Linke.Köln an dieser Stelle auf das Problem aufmerksam, das in den kommenden Jahren auf die Stadt zukommen wird. Geschehen ist offensichtlich nichts. Die Folge wird sein, dass immer mehr Eltern, die den Gemeinsamen Unterricht an einer weiterführenden Schule für ihr Kind fordern, das Recht darauf einklagen werden. Der letzte Prozess hat gezeigt, die Gerichte lassen die Einwände der Schulverwaltung wegen fehlender sachlicher und materieller Ressourcen nicht mehr gelten. Die Stadt und unsere Schulen müssen auf diese Situation vorbereitet sein.

Zum Schluss noch ein Wort an die CDU. Ich möchte daran erinnern, dass der Direktor der Gesamtschule Hohlweide für die CDU in der vergangenen Ratsperiode hier im Rat saß. Ich denke, er wäre mit Sicherheit angetan, wenn Sie beide Anträge, sowohl die Anträge von CDU und FDP als auch unseren Antrag, befürworten würden. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Dr. Schlieben, bitte.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Mehr Plätze im Gemeinsamen Unterricht - so scheint ja dieser Antrag auf den ersten Blick zu lauten. Wenn man aber Frau Heuer und Frau Ulke genau zugehört und auch zwischen den Zeilen gelesen hat, erkennt man, dass es sich hierbei um flankierende Maßnahmen für die neue Position der Landes-SPD handelt. Denn es geht hier nicht darum, individuelle und passgenaue Bildung für Einzelne zu finden.

Ich zitiere nun aus Ihrem Antrag, damit nicht gleich alle los schreien, das gehöre nicht zum Thema:

- Es geht um -

... mehr Integration im Schulsystem ...

- in NRW im Generellen. Des Weiteren muss -

... die gemeinsame Förderung aller Kinder ... entscheidend verbessert werden.

Das hat das Ziel, Frau Heuer hat das hier ausgeführt, die Gemeinschaftsschule flächendeckend in Nordrhein-Westfalen einzuführen.

Die Ziele sind also die Einheitsschule mit einem vollständig integrativen System, Zerschlagung des gegliederten Schulsystems, Abschaffung der Gymnasien. Das können Sie mit uns vergessen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Jochen Ott [SPD]: Das ist dieselbe Position, die die Sechzigjährigen Deiner Fraktion haben! Das ist sehr bedenklich!)

- Herr Ott, Sie können uns einmal erzählen, warum Sie als Gesamtschulverfechter einen Versetzungsantrag ans Gymnasium gestellt haben. Aber das brauchen wir hier nicht zu diskutieren.

(Lachen bei der CDU - Jochen Ott [SPD]: Zwischenfrage?)

- Aber bitte schön.

Jochen Ott (SPD): Ist es richtig, dass die Gesamtschule eine ausgebauten Ganztagschule ist, und ist es auch richtig, dass die meisten Sitzungen der Ratsfraktion am Nachmittag stattfinden?

Dr. Helge Schlieben (CDU): Ich kenne Gymnasien - ich bin selbst auf einem -, an denen selbstverständlich auch nachmittags Unterricht stattfindet. Ich bin mittwochs bis 16 Uhr in der Schule und komme um 17 Uhr in die Fraktion.

(Jochen Ott [SPD]: An einem Tag! Die Regelgesamtschule hat das an vier Tagen in der Woche!)

Das ist an vielen Gymnasien heutzutage schon gang und gebe.

(Jochen Ott [SPD]: Ich habe die Frage gestellt! Ist es so, oder nicht?)

- Nein, es stimmt nicht, wenn man es mit dem Gymnasium vergleicht.

(Jochen Ott [SPD]: Okay!)

Jochen Ott (SPD): Noch eine letzte Frage: Ist es richtig, dass alle Wissenschaftler, nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern bundesweit, festgestellt haben, dass längeres gemeinsames

30. Sitzung vom 30. August 2007

Lernen für Kinder wesentlich erfolgreicher ist und dass es weltweit nur 16 Länder, davon 15 Bundesländer der BRD, gibt, in denen das nicht praktiziert wird?

Dr. Helge Schlieben (CDU): Herr Ott, dazu sage ich Ihnen sofort etwas. Das sind nämlich genau die Punkte, die ich mir auch herausgesucht habe. Beginnen will ich mit Folgendem:

Ich habe mir den Beitrag Ihres Bildungsexperten, Herrn Börschel, Rat der Stadt Köln, 24. Sitzung am 13. Februar, herausgesucht. Er sagte, als es um die Politik der Landesregierung ging:

Man

- natürlich sind damit CDU und FDP gemeint -

ignoriert konsequent die durch PISA bestätigte unisono von der Wissenschaft vertretene Auffassung, dass Schule die besten Ergebnisse nach dem Prinzip des längeren gemeinsamen Lernens liefert.

Ich freue mich über diese Kompetenz. Es gibt zwei Möglichkeiten, das zu überprüfen. Zum einen kann man die Ergebnisse der Gesamtschule, die hier in NRW ein Versuch war, dieser Vorstellung nahe zu kommen, überprüfen, und man kann zum anderen feststellen, wo Schulen mit einem Einheitssystem im PISA-Ranking standen. Dazu sage ich Ihnen jetzt zwei Dinge: Der PISA-Chef, Andreas Schleicher, wirklich unverdächtig, zu den CDU/FDP-Extremisten im Bildungsbereich zu gehören, hat schon im Mai 2005 bei der Bundeselternratstagung in Porta Westfalica gesagt: Die deutsche Gesamtschule ist gescheitert. Die deutschen PISA-Ergebnisse bestätigen diese Aussage. Das können Sie nachlesen.

(Beifall bei der CDU, der FDP und bei pro Köln)

Wenn Ihnen das nicht ausreicht - Sie werden ja argumentieren, dass Sie nie die Möglichkeit hatten, die Gesamtschule in Ihrem Sinne richtig einzuführen -, dann schauen Sie sich doch einmal das PISA-Ranking an.

(Karin Wiesemann [SPD]: Bleiben Sie doch beim Thema!)

- Ich gehe auf das Thema von Frau Heuer ein, die hier nämlich die Einführung der Gemein-

schaftsschule gefordert hat. - Im weltweiten PISA-Ranking steht eine Einheitsschule auf Platz eins und eine auf dem letzten Platz. Was lernen wir daraus? Einheitsschulen kamen auf Platz eins und auf Platz 48; ich schließe daraus nicht, dass die Einheitsschule das beste System.

Wenn wir schon beim Thema PISA sind - Sie haben das ja dreimal erwähnt -, dann sollten wir doch einmal nach Belgien schauen. Belgien war nur Mittelmaß in der PISA-Studie. Aber wieso? Die Region Flandern hat ein strikt gegliedertes Schulsystem und wäre der absolute PISA-Sieger gewesen. Warum war Belgien so schlecht?

(Beifall von Regina Wilden [pro Köln])

Weil Wallonien mit einem Einheitsschulsystem so grottenschlecht abgeschnitten hat, dass Belgien in der Summe nur Mittelmaß werden konnte.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Aber wir brauchen gar nicht in die Ferne zu schweifen. Ich habe zufällig - Sie kennen sie sicherlich auch - die Ergebnisse des Zentralabiturs im Jahr 2007, nach Schulfächern und Schulen aufgegliedert, dabei. Anhand derer ist festzustellen, dass auf den Gymnasien die Noten der schriftlichen Abiturprüfungen im Durchschnitt deutlich besser waren als die Vornoten. Auf der Gesamtschule war es genau andersherum. Jetzt frage ich Sie: Wie kommt das? Welche Schulform bereitet besser auf das Abitur vor?

(Sabine Ulke [Bündnis 90/Die Grünen]:
Zum Thema! - Unruhe)

- Ich bin bei dem Thema, dass Sie angesprochen haben, Frau Ulke.

Bei den Unterschieden zwischen Gymnasien und Gesamtschulen habe ich festgestellt, dass die Gesamtschule durchschnittlich um zwei Punkte schlechter abgeschnitten hat. Im Pädagogik-LK war es nur ein Punkt Unterschied, aber im Physik-LK waren es schon 3,6 Punkte; das sind fast anderthalb Noten. Im Mathe-LK war die Gesamtschule 3,4 Punkte und im Mathe-GK 3 Punkte schlechter. Deshalb frage ich Sie: Welche Schulform ist die bessere und welche die schlechtere?

(Zurufe)

Ich komme zum Schluss. Wir werden mit Schülern, Lehrern und Eltern die Einführung der Gemeinschaftsschule hier in Nordrhein-

30. Sitzung vom 30. August 2007

Westfalen verhindern. Wir werden auch solche verdeckten Anträge von Ihnen verhindern, bei denen es Ihnen gar nicht um das Wohl und die Integration der Kinder geht. Soetwas werden wir immer deutlich hervorheben. Wenn Sie sich schon erdreisten, hier ein Pro für die Gemeinschaftsschule zu sprechen, halte ich gerne eine Contra-Rede. Wir werden keine ideologischen Feldversuche mit Ihnen mehr machen. Wir werden für den Erhalt der erfolgreichsten Schulform, das Gymnasium, aber auch des restlichen gegliederten Schulsystems kämpfen. Danke.

(Lebendiger Beifall bei der CDU, der FDP und bei pro Köln - Regina Wilden [pro Köln]: Bravo! - Unruhe)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Heuer.

Ulrike Heuer (SPD): Ich möchte zu dieser völlig am Thema vorbeigehenden und unqualifizierten Rede nichts weiter sagen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf: Das war eine Hetztirade!)

Das war wirklich eine Rede, wie man sie vielleicht vor 20 Jahren gehalten hat. Darauf gehen wir nicht weiter ein.

Ich habe vorhin vergessen, zu sagen - das ist selbsterklärend -: Wir stimmen dem Antrag der FDP nicht zu, nehmen aber den Antrag der Linken auf.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dann stellen wir zunächst den Änderungsantrag zur Abstimmung, der von der FDP eingebracht worden ist und der der Verwaltung den Auftrag erteilt, den tatsächlichen Bedarf usw. zu ermitteln. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU-Fraktion, die antragstellende FDP-Fraktion, pro Köln, Frau May und meine Stimme. Gegenstimmen? - Die kommen von der SPD, den Grünen, der Linken und Herrn Dr. Müser. Enthaltungen? - Gibt es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den gemeinsamen Antrag, der jetzt die Anträge von SPD, Grünen und Linken zusammenfasst. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das

sind die drei genannten Fraktionen und Herr Dr. Müser. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist das mit dieser Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 2.1.8 auf:

2.1.8 Antrag der CDU-Fraktion vom 16. August 2007 betreffend „Problematik von „Flatrate-Parties“ sowie der Ausgabe von Alkohol zu Dumpingpreisen an Jugendliche“
Ds-Nr.: A/0353/007

Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der FDP-Fraktion vom 29. August 2007
Ds-Nr.: A/0382/007

Hierzu hat sich Frau Blum für die CDU-Fraktion zu Wort gemeldet.

Carola Blum (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es gibt Flatrate-Angebote in Kölner Diskotheken, das heißt, Eintritt und alle Getränke gibt es zum Pauschalpreis. Was sollte man dagegen haben? Nichts, wenn es sich um ein harmloses Vergnügen mit Erfrischungsgetränken handelte. Tatsächlich ist es aber für viele Jugendliche die Einladung zu ungehemmtem Alkoholkonsum. Folgeerscheinungen wie massive gesundheitliche Beeinträchtigungen und sozialer Absturz werden häufig verkannt.

Das Problem existiert bundesweit. In den letzten Wochen wurden in verschiedenen Medien in etlichen Beiträgen über erschreckende Fälle von Alkoholmissbrauch durch Jugendliche berichtet. Ich will einige Beispiele nennen: In Cottbus wurde ein Jugendlicher nach einer Party in einer Diskothek mit einem Blutalkoholwert von 4,3 Promille reglos auf der Straße liegend aufgefunden. In Berlin verstarb ein 16-jähriger Jugendlicher nach dem Konsum von 42 Tequilas. Auch Fernsehbilder, die Krankenhausflure zeigen, auf denen betrunkene Jugendliche gruppenweise ausgenüchert werden, sind alarmierend.

Aus Sicht der CDU-Fraktion müssen diese schockierenden Vorfälle des zum Trend gewordenen Koma-Saufens daher zwingend politische Konsequenzen haben. Wir alle müssen uns der Verantwortung stellen, rechtzeitig auf die Gefährdung der Jugendlichen hier bei uns in Köln zu reagieren, und problemgerechte Lösungen erarbeiten. Denn in einem sind wir uns sicherlich

30. Sitzung vom 30. August 2007

einig: Wir wollen solche Bilder, wie gerade beschrieben, in Köln nicht sehen.

Aber, meine Damen und Herren, es ist fünf vor zwölf. Eine Umfrage der Sporthochschule Köln hat ergeben, dass jeder fünfte der befragten 10- bis 15-jährigen mindestens einmal bereits volltrunken war. 2 Prozent der Fünft- bis Zehntklässler in Köln gaben an, regelmäßig Alkohol zu konsumieren. 11 Prozent tun dies unregelmäßig. Ergänzt um die Aussage des Jugend- und Gesundheitsamtes, dass 20 Prozent der Jugendlichen den Alkoholkonsum bis zum Umfallen betreiben, zeigt dies den dringenden Handlungsbedarf für Köln auf.

Die CDU-Fraktion hat diese Problematik bereits im Jugendhilfeausschuss am 7. August aufgegriffen und die Verwaltung um Aufarbeitung der Thematik und Sachverhaltsdarstellung gebeten. Hieraus geht deutlich hervor, dass in Köln bereits eine Vielzahl von Maßnahmen zur Anwendung kommt, sowohl im Bereich der Primärprävention als auch in der Hilfe bei Suchtproblemen. Diese gilt es wirksam zu unterstützen und ein deutliches Signal für die Jugendlichen in Köln, deren Erziehungsberechtigte, aber auch für die Gastromomen zu setzen.

Flatrate-Partys, bei denen harter Alkohol wie Wodka und Tequila im Eintrittspreis enthalten sind - Mädchen zahlen in der Regel 13 Euro, Jungen 18 Euro -, veranstalten zum Beispiel das „Teatro“ am Rudolfplatz, das „Neuschwanstein“ in der Mittelstraße und die „Karibik-Bar“ am Neumarkt. In Diskotheken wie im „Prime Club“, in der „Roonburg“ oder in der „Live Music Hall“ wird bei bestimmten Veranstaltungen über einen Zeitraum von zwei Stunden Freibier angeboten.

Meine Damen und Herren, ich habe mit vielen Jugendlichen darüber gesprochen und insgesamt den Eindruck gewonnen: die Verlockung solcher Angebote ist groß. Das haben die meisten, mit denen ich gesprochen habe, zugegeben, auch wenn ihre Gefühle durchaus gemischt waren aufgrund negativer Erfahrungen mit Volltrunkenheit, zum Teil aus eigener Erfahrung, zum Teil aufgrund recht ekelregender Beobachtungen.

Moniert wurde vonseiten der Jugendlichen besonders die offensichtliche Aushebelung gesetzlicher Vorschriften. Ein Beispiel: Nach geltendem Gewerberecht sind Veranstaltungen unzulässig, bei denen die Abgabe von Alkohol an Betrunkene erfolgt. Diesen Passus gibt es

seit Mai 2007, wohl auch schon in Reaktion zu den alarmierenden Entwicklungen, die schon fast in Richtung „russischer Verhältnisse“ gehen. So hat es ein aus Russland stammender Jugendlicher, der sich im Sommer immer in Russland aufhält, formuliert. Die Erfahrung von Jugendlichen zeigt, dass sie in kurzer Zeit große Mengen Wodka konsumieren können, ganz legal, äußerlich scheinbar ganz nüchtern, da die verheerende Wirkung sich erst zeitversetzt nach circa einer halben Stunde einstellt. Zu spät!

Eine weitere Erfahrung von Jugendlichen ist, dass die Altersgrenze von 18 Jahren häufig trickreich umgangen wird, indem Minderjährige gefälschte oder geliehene Ausweise vorlegen, etwa den Personalausweis des volljährigen Freundes, während dieser selbst seinen Führerschein zeigt. Wenn die Türsteher sich betriebsblind verhalten, müssen amtlicherseits stärkere Kontrollen durchgeführt werden. Dafür sprachen sich die Jugendlichen selbst aus.

Die CDU-Fraktion spricht sich für eine Problemlösung im Konsens mit dem Gaststättenverband aus und regt den Abschluss eines Abkommens zwischen Stadt und Gaststättenverband gegen den Alkoholmissbrauch durch Jugendliche an. Hierzu soll insbesondere ein freiwilliger Verzicht auf Billigalkohol-Partys verbindlich geregelt und durch konsequente Kontrollen von Diskotheken, Kneipen und sonstigen Lokalen sowie harte Sanktionierung von Verstößen bis hin zum Entzug der Gaststättenerlaubnis begleitet werden.

Wir wollen mit Ihnen gemeinsam eine gleichermaßen wirksame wie realistische Regelung treffen und hierbei alle Beteiligten und Verantwortlichen in die Pflicht nehmen. Daher sollte aus Sicht der CDU von einem gänzlichen Verbot von Flatrate-Partys Abstand genommen werden, wie es zum Beispiel von allen 19 Bürgermeistern des Rhein-Sieg-Kreises angestrebt wird. Meine Damen und Herren, es ist nichts gewonnen, wenn ein Verbot, wie zum Beispiel in Bochum geschehen, umgangen wird durch Dumping-Preise oder die doppelte Menge Wodka im Glas für dasselbe Geld. Lassen Sie uns in Köln vielmehr auf einen Konsens mit dem Gaststättenverband setzen, um so die größtmögliche Akzeptanz der Regelungen zu erreichen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei pro Köln)

30. Sitzung vom 30. August 2007

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Blum. Herr Mendorf spricht nun für den Änderungsantrag, bitte.

Marco Mendorf (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte gerne unsere Gedanken einbringen, insbesondere weil der Antrag der CDU, zumindest bezüglich seiner Überschrift, eine kontroverse Debatte angekündigt hat, die aber letztlich hier gar nicht geführt werden muss; denn wir sind uns einig, dass wir mit einem zusätzlichen Verbot keinen guten Beitrag zu diesem Thema leisten.

Die Beispiele, die Frau Blum genannt hat, stellen nur die Spitze des Eisbergs dar. Grundsätzlich müssen wir über Alkohol in der Gesellschaft und insbesondere über den Alkoholkonsum von Jugendlichen reden. Ich habe mir heute noch einmal die Zahlen dazu herausgesucht. Von 2005 bis 2007 gab es bei den 12- bis 15-Jährigen eine Zunahme des Alkoholkonsums, obwohl denen eigentlich der Konsum von Alkohol untersagt ist. Sich dieser Problematik zu widmen, ist viel wichtiger, als ein spezielles Problem herauszugreifen. Auch meine Fraktion meint ganz klar: Viel Alkohol in kurzer Zeit führt zu Erbrechen; so finden wir auch die genannten Partys, die hier in Köln stattfinden. Insoweit ist der Ansatz zwar richtig, das Thema aber ist der Alkoholkonsum in unserer Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, wir haben eine geltende Rechtslage - Frau Blum hat das schon deutlich gemacht - und wissen daher ganz genau, was verboten ist: Alkohol unter 16 Jahren ist verboten, harter Alkohol unter 18 Jahren ist verboten, und die Abgabe von Alkohol an Menschen, egal welchen Alters, die betrunken oder angetrunken sind, ist auch nicht gestattet und kann von unserem Amt für öffentliche Ordnung mit einem Bußgeld von bis zu 50 000 Euro geahndet werden. Genau darauf wollen wir hinweisen. Die Rechtslage muss umgesetzt werden. Wenn überhaupt, haben wir an einem Vollzugsdefizit zu arbeiten.

Wir meinen aber auch - deswegen haben wir den Änderungsantrag gestellt -, dass es dabei, ebenso wie bei dem eben diskutierten Thema Gewaltprävention, um mehr Prävention geht. Es geht darum, wie es eine Gesellschaft schafft, wie es ein Elternhaus schafft, wie es eine Familie schafft, Kinder stark zu machen, Kinder so zu erziehen, dass sie freiwillig auf Alkohol verzichten oder einen vernünftigen Umgang mit Alkohol

erlernen. Wie schafft das eine Gesellschaft? Wir müssen uns fragen: Wie geht die Öffentlichkeit mit Alkohol um? Wie gehen wir mit Alkohol in der Öffentlichkeit um? Ich habe nicht ganz verstanden, warum Sie, Frau Blum, hier einzelne Gastronomiebetriebe anklagen und namentlich nennen. Das ist nicht der richtige Umgang damit. Dann hätten Sie auch Ihre CDU-Veranstaltung nennen können, zu der Sie jedes Jahr zu Weiberfastnacht einladen und wo den ganzen Abend lang die größte Flatrate-Party dieser Stadt stattfindet. Dann müssten wir auch über diese Veranstaltung sprechen.

(Beifall bei der FDP - Heiterkeit - Zurufe bei der CDU)

- Regen Sie sich nicht auf; wir kommen ja auch und trinken ein Kölsch mit. - Aber es stellt sich hier die Frage: Wie geht die Gesellschaft, wie geht die Öffentlichkeit, wie geht die Wirtschaft und vor allem wie gehen Politiker - Bürgermeister Jupp Müller lässt sich Jahr für Jahr auf der „Bierbörse“ mit einem Fass Kölsch ablichten - mit Alkohol um? Das sehen die Jugendlichen. Wir Erwachsene sind letztlich die Vorbilder der Kinder. Deshalb müssen wir uns dieser Frage stellen. Aber deswegen müssen wir nicht übereinander herfallen.

Heute ist mir ein Zeitungsbericht aus Dormagen auf den Tisch gekommen. Dort gibt es eine Veranstaltung, die sich „Deutschlands größter Bierathlon“ nennt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das müssen wir unbedingt hier in Köln haben! Das fehlt hier noch! - Heiterkeit)

Ich darf Ihnen einmal aus dem Regelwerk dieses „Bierathlons“ in Dormagen vortragen. Es geht um zwei Leute, einen Kasten Bier à 24 Flaschen und 8 Kilometer Strecke. Jedes Team muss mit einer Kiste Bier eine 8 Kilometer lange Strecke in einer möglichst passablen Zeit zurücklegen und dabei dieses Bier trinken.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja besser als der Red-Bull-Flugtag!)

Zeitstrafen - die gibt es auch - werden erteilt. Für jede nicht leer getrunkene Flasche Bier gibt es eine Zeitstrafe von 10 Minuten. An jeder Kiste Bier hängt ein Verpflegungsbeutel mit einem kleinen Leckerli, einer Kotztüte - Entschuldigung! -, einem Flaschenöffner und Wegaufga-

30. Sitzung vom 30. August 2007

ben, die bis zum Ziel gelöst werden müssen. Werden alle Wegaufgaben gelöst, bekommen die Teilnehmer 3 mal 5 Liter Bier. Im Ziel angekommen versuchen einige Leute, noch vorher die Kiste Bier leer zu trinken. Das ist auch eine Strategie, die erlaubt ist.

Meine Damen und Herren, was ich damit sagen will: Kein Verbot schützt vor so primitiven Geschäftsideen, wie in dieser Zeitung dargestellt, und davor, dass sich die Leute öffentlich besaufen. Deshalb brauchen wir eine vernünftige Suchtprävention. Wir haben in der Kölner Stadtverwaltung Fachstellen für Suchtprävention, die eine Superarbeit leisten. Die geben Schulen, Jugendeinrichtungen und auch Kitas Konzepte an die Hand, wie man Kinder stark macht und sie so erzieht, dass sie mit Alkohol vernünftig umgehen. Das ist unser Ziel. Deshalb haben wir den Antrag ergänzt und bitten Sie, diesen zu unterstützen. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Mendorf. Herr Paetzold, bitte.

Michael Paetzold (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nach den detaillierten Ausführungen meiner Vorredner will ich mich kurz fassen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, natürlich werden wir Ihrem Antrag zustimmen. Alles, was Sie gesagt haben, ist ja richtig. Frau Blum, auch von dem, was Sie hier gesagt haben, war einiges richtig. Aber es war nicht wirklich originell. Es sei denn, Sie halten es für originell, die bereits erledigte Arbeit unserer Verwaltung in geschliffene Antragsprosa zu fassen und die Ratssitzung damit unnötig zu verlängern. All das, was Sie gerade gefordert haben, gibt es längst. Es liegt vor als unterschrittsreife Vereinbarung zwischen der Stadt Köln und der DEHOGA. Ihnen und uns bleibt eigentlich bloß noch, unserem Stadtdirektor Herrn Kahlen für seine Arbeit zu danken.

(Beifall bei der SPD - Zurufe bei der CDU: Oh!)

Auch Ihrem Antrag, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der FDP, werden wir, zumindest weitgehend, zustimmen, auch wenn er fast den gleichen Aggregatzustand hat wie sein Inhalt: Er ist zwar nicht flüssig, aber überflüssig. Auch hier

hat das zuständige Dezernat seine Hausaufgaben längst gemacht.

Dem letzten Satz Ihres Antrags werden wir aber nicht zustimmen. Es gibt nämlich in dieser Stadt schon ein ausgesprochen erfolgreiches Präventionsprogramm unter dem Namen „Keine Kurzen für Kurze“. Herr Mendorf, sollten Sie Beratungs- oder Informationsbedarf haben, wird Ihnen unsere Bürgermeisterin Frau Scho-Antwerpes gerne behilflich sein; denn sie betreut dieses Projekt schon seit langem. Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Mendorf, bitte.

Marco Mendorf (FDP): Regen Sie sich bitte nicht auf; denn die behelrenden Worte von Herrn Paetzold nehme ich gerne an. Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes braucht mir aber nicht behilflich sein; denn wir waren gemeinsam auf dieser Veranstaltung. Es geht hier nicht um „Keine Kurzen für Kurze“, sondern um die Veranstaltung „Jeck dance“. Ich denke, dieses Thema werden wir noch einmal an anderer Stelle, nämlich im Fachausschuss, diskutieren müssen, Herr Paetzold.

Ich war dieses Jahr auf der Veranstaltung „Jeck dance“, wo der ganze Platz voller Jugendlicher - nicht mit vollen Jugendlichen, aber auch mit vollen Jugendlichen - und voll mit vielen Fässern Bier war. Das war mitten auf unserem Neumarkt. Ich habe verschiedene Prügeleien mitbekommen, bei denen Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes persönlich dazwischengegangen ist. Die Veranstaltung hat der Stadt leider nicht zu Ansehen verholfen. Es war damals eine Superidee, aber sie hat nun wahrhaftig nicht zur Suchtprävention in Köln beigetragen.

Ich bin der Meinung, das müssen wir nacharbeiten und ein neues Konzept entwickeln, Herr Paetzold. Klar, haben wir in den letzten Jahren viel getan. Die Dinge müssen Sie mir nicht noch einmal erzählen. Ich habe die doch eben selbst positiv dargestellt. Aber wir müssen weiter denken. Wir müssen neue Projekte starten. Wir müssen vor allem aus Problemen und Situationen, wie ich sie gerade dargestellt habe, Schlüsse ziehen und die Dinge überarbeiten.

(Beifall bei Teilen der FDP)

30. Sitzung vom 30. August 2007

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. Herr Mendorf, bleibt Ihr Antrag in Gänze so bestehen oder wird darin noch ein Satz gestrichen?

Marco Mendorf (FDP): Wenn die SPD so gnädig ist, unserem Antrag zuzustimmen, wenn der Satz „falls eine Förderung ...“ bis zum Ende gestrichen wird, dann streichen wir diesen Satz. Denn uns geht es nicht um die Formulierung, sondern um den Inhalt. Wir wollen, dass zumindest geprüft wird, das Modellprojekt des Bundes „Hart am Limit“ auch in Köln einzuführen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das heißt, wir können das Ganze zusammenfassen und das gesamte Antragspaket zur Abstimmung stellen. Dann frage ich jetzt: Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Enthaltungen gibt es bei der Linken. Damit ist es mit großer Mehrheit so beschlossen.

Dafür danke ich Ihnen. Wir wollen weiterhin versuchen, sowohl präventiv als auch durch die verabredeten Maßnahmen, diesem Problem Herr zu werden, was nicht einfach wird.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 2.1.9:

2.1.9 Antrag der FDP-Fraktion vom 13. August 2007 betreffend „Modifizierte Melodieliste des Glockenspiels vom Ratsturm“
Ds-Nr.: A/0343/007

Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der CDU-Fraktion vom 23. August 2007
Ds-Nr.: A/0370/007

Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der SPD-Fraktion vom 30. August 2007
Ds-Nr.: A/0392/007

Zunächst rufe ich Ralph Sterck ans Mikrofon.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich weiß, dass alle hier nur darauf warten, dass ich etwas schaurig singe, und Sie deshalb schon am liebsten den Saal verlassen würden. Ich erlaube mir deshalb, dieses technische Hilfsmittel einzusetzen; vielleicht kann man es hören.

(Ralph Sterck [FDP] lässt eine Melodie von seinem Mobiltelefon spielen)

Wir haben diese Melodie ständig im Ohr.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das haben wir Euch zu verdanken!)

- Ich weiß -. Die FDP-Fraktion hat es besonders häufig im Ohr, weil wir direkter Anlieger sind, und - daran hat Kollegin Moritz gerade erinnert - weil wir seit 2002 auf Antrag der FDP-Fraktion das Glockenspiel im Rathaus nicht nur zweimal, sondern viermal am Tag hören.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Da seid Ihr jetzt aber selbst schuld! - Zuruf: Und jetzt sollen wir dafür zahlen!)

- Daran sind wir selbst schuld. - Deshalb kennen wir die Lieder besonders gut. Ich habe mir auch die Melodienliste besorgt - das wird der eine oder andere Kollege wahrscheinlich auch getan haben -, auf der Lieder wie „Mein Hut, der hat drei Ecken“, aber auch andere, die gar nicht zu unserer Region passen, wie „Und in dem Schneegebirge“ oder „Ein Jäger aus Kurpfalz“ verzeichnet sind. Mit diesen Liedern werben wir von unserem Ratsturm.

(Martin Börschel [SPD]: Womit wir uns hier im Rat einer Millionenstadt beschäftigen müssen!)

Dabei sind auch Lieder, die man vielleicht beim CSD spielen kann, in denen es heißt: „Sah ein Knab' ein Röslein stehn“ oder „Es zogen drei Burschen wohl über den Rhein“. Aber selbst ein Lied wie „Hab mein Wagen voll geladen“ - Sie wissen, wie der Text weitergeht - ist unter Gender-Gesichtspunkten sicherlich nicht mehr up to date.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Da Köln vielleicht die meistbesungene Stadt Deutschlands ist, haben wir, mehr zu bieten als „Mein Hut, der hat drei Ecken“. Wir haben in unserer Pressemitteilung und auch im Antrag erste Anregungen dazu gegeben, zum Beispiel „Am Dom zo Kölle“, „In unserem Veedel“, „Dat Jlockespill vum Rathuusturm“. Das sind Lieder, die das Lebensgefühl und auch die Geschichte dieser Stadt wiedergeben.

Unser dienstältestes FDP-Ratsmitglied Manfred Wolf erinnert sich noch, dass das Programm

30. Sitzung vom 30. August 2007

damals geändert worden ist, weil man die GEMA-Gebühren für aktuellere Kölner Lieder sparen wollte. Deswegen haben wir uns bei der GEMA erkundigt, und zwar anhand der sogenannten „Viva Express“-Hitliste, die ein weites Spektrum an Kölner Musik bietet. Die GEMA hat uns nun folgendes Angebot gemacht: Wenn wir Lieder aus diesem Repertoire auf dem Ratsturnspielen würden, würde das im Jahr 301,32 Euro kosten. Das ist ein überschaubarer Betrag, den die FDP-Fraktion zur Not zusammensammeln könnte.

(Martin Börschel [SPD]: Das wäre mal ein sinnvoller Einsatz für die FDP-Fraktion! Wunderbar!)

- Darüber können wir noch einmal reden, wenn es an diesen 301,32 Euro scheitern sollte.

Die Antragslage hat sich jetzt noch etwas verändert. Ich bin der SPD dankbar für ihren Änderungsantrag, den sie hierzu eingebracht hat, sammelt er doch die Ideen, die hierzu zusammengetragen worden sind. Des Weiteren gibt es noch eine Frage, die von der CDU aufgeworfen wurde, was den Zustand des Glockenspiels angeht. Auch gibt es die Idee der Linken.Köln, die Melodien der Partnerstädte vorschlägt. Da die SPD das sehr übergreifend formuliert hat, können wir es auch so in die Antragsfassung übernehmen.

Da ich gerade die Linke.Köln erwähnt habe, lassen Sie mich noch etwas erwähnen: Herr Detjen, wir haben doch alle gewisse „parlamentarische Umgangsformen“. Wenn die FDP-Fraktion am 26. Juli in einer Pressemitteilung zu diesem Thema bekannt gibt, dass wir uns mit dem Thema beschäftigen wollen, finde ich es nicht gehörig, dass Sie am 31. Juli, also fünf Tage später, einen Antrag für den Kulturausschuss stellen. Das ist ein bisschen Ideenklauerei; das macht man nicht. Das hätten selbst Sie nicht nötig gehabt; das sollten Sie sich künftig sparen. Wir haben Ihren Vorschlag bezüglich der Melodien der Partnerstädte aufgegriffen.

Ich hoffe, dass wir hier, auch wenn es schon etwas später geworden ist, für ein etwas buntes Thema eine breite Mehrheit finden, und dass wir demnächst dann andere Melodien vom Kölner Ratsturn hören als „Mein Hut, der hat drei Ecken“. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Sterck. Bunt ist auch die Liste der Redner. Herr Dr. Lemper für die CDU-Fraktion, bitte.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Der glockenspielpolitische Sprecher der
CDU! - Heiterkeit)

Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Jeder hat seine Funktion, aber ich bin nicht der glockenspielpolitische Sprecher der CDU-Fraktion,

(Allgemeine Heiterkeit)

nur damit das klar ist, sondern vertrete hier nur einen Kollegen.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD] - Lachen bei der SPD)

- Herr Kollege Börschel, Sie haben nach meinem Dafürhalten etwas zu spät reagiert.

(Martin Börschel [SPD]: Oh, pardon!)

Das unterscheidet uns: Mir wäre das oder etwas anderes sofort und ohne Zeitverzug für Sie eingefallen.

Ich war fasziniert von der Rede von Herrn Sterck, und zwar in zweierlei Hinsicht: Erstens, dass er in der Lage ist, hier einmal ein hochpolitisches, kulturpolitisch zentrales Thema für Köln zu thematisieren und aufzugreifen. Das ist bewundernswert.

(Allgemeiner Beifall und Heiterkeit - Zurufe bei der CDU: Bravo!)

Opernsanierung und archäologische Zone sind ja gar nichts dagegen. Ich bitte Sie.

(Heiterkeit - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Die sind Pipifax!)

Wir haben immer etwas ritualisierte, vorgefertigte Themen für unsere Kulturausschusssitzung. Mein Vorschlag wäre, das Glockenspiel von Köln als festen Tagesordnungspunkt nach dem Top geschlechtsspezifischen Diskussionen aufzulegen.

(Beifall - Zuruf: Sehr gut!)

Dann hat die FDP die Möglichkeit, dazu hinreichend vorzutragen.

30. Sitzung vom 30. August 2007

Noch ein Zweites hat mich sehr beeindruckt, nämlich dass Herr Sterck im Gegensatz zu mir und anderen überhaupt die Zeit hat, sich diese Glockenspiele offensichtlich stundenlang anzuhören.

(Heiterkeit)

Wir diskutieren lieber politisch. Das haben wir im Übrigen heute auch bei der langen Diskussion um den Godorfer Hafen bewiesen. - Jetzt lassen Sie mich einmal etwas Ernsthaftes sagen an die Adresse der zerrissenen FDP:

(Lachen bei der SPD)

Sie, Herr Repgen, haben sich darüber erregt, dass in der CDU-Fraktion die Frage des Godorfer Hafenausbaus, wie übrigens auch andere Fragen, -etwa Moschee -

(Dietmar Repgen [FDP]: Ich habe mich nicht aufgeregt! Ich habe es angesprochen, Herr Kollege!)

gelegentlich auch kontrovers diskutiert wurde. Ich sage Ihnen: Das ist ein gutes Beispiel für eine lebendige Demokratie und eine lebendige demokratische Fraktion und Partei. Die CDU kann das nämlich. Bei uns werden nicht im Sinne einer kollektiven Diskussionsunterdrückung Einheitsmeinungen verabredet, sondern es wird auch sehr unterschiedlich diskutiert und trotzdem danach einen Konsens gefunden. Darauf bin ich auch für die Christlich Demokratische Union stolz.

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Sie hatten ja auch immer alle Freiheiten in der CDU!)

Das wollte ich bei dieser Gelegenheit einmal sagen, auch wenn es zugegebenermaßen mit dem Glockenspiel relativ wenig zu tun hat. Aber in irgendeiner Weise hat es dann wiederum doch damit zu tun, wie ich es eben bewiesen habe. Im Übrigen mache ich den Vorschlag, dass wir auf der nächsten Kulturausschusssitzung nochmals den Antrag der FDP diskutieren.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Oh, nein! - Josef Müller [CDU]: Das war doch Spaß, Barbara! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir verweisen das in die Karnevalssitzung!)

Meine Damen und Herren, wie immer diese Frage hier entschieden wird, wir stimmen zu,

was auch immer bezüglich des Glockenspiels entschieden wird. Danke.

(Heiterkeit)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Es geht in dieser Buntheit weiter; wir erwarten als nächsten Redner Herrn Bacher.

(Heiterkeit)

Götz Bacher (SPD): Herr Oberbürgermeister! Ich habe jetzt den Klatschmarsch vermisst.

(Heiterkeit - Zurufe)

Herr Dr. Lemper, im Gegensatz zu Ihnen will ich mich doch bemühen, dieses wichtige hochpolitische Thema - ich glaube, das ist das wichtigste Thema, das der Kölner Rat heute zu diskutieren hat - mit größerer Harmonie zu behandeln. Sie waren doch sehr kampfeslustig; das kann man auch sanfter tun.

Falls es jemanden wundert, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wieso ich zu diesem bedeutsamen Thema das Wort ergreife: Man traut mir offenbar zu, dass ich weiß, wo die Glocken hängen.

(Lachen)

Man kann aber auch wegen der zurzeit immer mal wieder erklingenden Misstöne - das regt ja viele auf; insbesondere diejenigen, die in Rathausnähe arbeiten, nervt das - eine Zuständigkeit des für Umwelt und Gesundheit zuständigen Fachausschusses erkennen, dem vorzusitzen ich die Ehre habe.

(Heiterkeit)

Es beschäftigt sich der Rat auf Anstoß der FDP mit diesem Thema nicht ganz angemessen; Sie greifen hier zu tief. Unseres Erachtens reicht es nicht, über eine Liederliste zu sprechen. Wir müssen tiefer in die Sache eindringen. Die CDU mit ihrem Änderungsantrag kommt dem schon etwas näher.

Lassen Sie mich die Historie des Glockenspiels beleuchten.

(Lachen)

Diese zeigt, dass hier durchaus die Kölsche Seele berührt ist. Bereits 1651

30. Sitzung vom 30. August 2007

(Lachen)

war das erste Glockengeläut mit 23 Glocken aus den Niederlanden nach Köln gekommen. Allerdings blieb dieses nur sechs Jahre, ehe es aus unbekanntem Gründen - ich vermute, wegen Geldmangels - wieder ausgebaut und in die Nicolaïkerk zu Utrecht eingebaut wurde. Nun mussten die armen Kölner bis 1913 auf ein neues Glockenspiel warten.

(Martin Börschel [SPD]: Eine unglückliche Zeit!)

- Eine sehr traurige Zeit. - Aber dann hatten Sie es immerhin solange, bis der Krieg kam. Durch die Bombenangriffe am 29. Juli 1943 wurden das Rathaus und der Turm in Brand gesetzt, am 14. und 15. Oktober 1944 weiter beschädigt und beim Fliegerangriff - das ist eine ernste Sache - am 2. März 1945 endgültig zerstört.

Nach dem Krieg gründete der damalige Präsident der Handwerkskammer Bernhard Günther den Verein „Bauhütte Rathausurm“ und sammelte rund 270 000 DM Spenden für den Turmaufbau. Am 26. Mai 1950 erfolgte die Grundsteinlegung, und am 30. September 1954 war Richtfest. Dazu hatten Jupp Schlösser und Gerhard Jussenhoven nachfolgendes Lied komponiert, das ich Ihnen zum Besten geben möchte:

(Josef Müller [CDU]: Sing es mal vor! - Zurufe: Singen! - Lachen)

(Götz Bacher [SPD] singt)

West ehr noch, Ihr Mädcher un Ihr Junge,
Wie dat Glockespill vum Rothuusturm,
En däm ahle Kölle hät geklunge,
Ov bei Sonnesching, bei Rähn un Sturm?

(Lebhafter Beifall - Zurufe:
Bravo! Zugabe!)

En dä stille Gäs-cher ginge Döör un Finster op,
Un om Aldermaat blevv alles stonn un loht erop.
Jeder hät geluuscht dä Tön,
Jeder fung die Tön schön,
Un es säht dann selvs de älste Möhn:

(Teile der Ratsmitglieder stimmen ein)

Dat Glockespill vum Rothuusturm
Hät 'ne wunderschöne Klang!
Dat Glockespill vum Rothuusturm
Künnt ich höre stundenlag!
„Üb immer Treu und Redlichkeit“

Wie klingk dat doch su schön,
Wenn et och av un zo donnevev häüt,
Sind dat echt kölsche Tön!

(Lebhafter Beifall!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ihre Redezeit ist leider beendet.

Götz Bacher (SPD): Herr Oberbürgermeister, Sie sprechen von Redezeit und nicht von Singezeit.

(Lachen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ja, aber Sie haben die Zeit genutzt. Ich würde Sie jetzt gerne mit einem dreifach „Alaaf!“ verabschieden.

Götz Bacher (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dieser kleinen Darbietung wollte ich nur noch einmal deutlich machen, wie berührt die Kölsche Seele davon ist.

(Ulrich Breite [FDP]: So is et!)

Dieses Lied zeigt den innigen Wunsch der Kölner und gab auch den Anstoß, dass der Rat 1955 beschloss, die Verzierung der Außenwände des Turms nach historischer Vorlage zu beauftragen. 1956 begann die eigentliche Wiederherstellung des Turms. Dann endlich 1958 - die feierliche Einweihung war am 21. Juli - erklang ein aus 49 Glocken bestehendes Glockenspiel vom Turm, zu dem die Innungen 45 Glocken gestiftet haben.

Die Innungen haben sich im Übrigen mit Inschriften auf den Glocken verewigt. Die größte Glocke ist unter anderem - das wird Sie interessieren, Herr Oberbürgermeister - dem damaligen Bundeskanzler und ehemaligen Oberbürgermeister Konrad Adenauer und dem Kölschen Klüngel gewidmet.

(Heiterkeit)

Die Inschrift lautet: „Unse Schirmhär, dä Kunrad, dä ganz groß hück regeet, hät als Meister der Bürger dat im Rothuus durch de Klüngel geleet.“

(Heiterkeit)

30. Sitzung vom 30. August 2007

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Ich muss jetzt noch einmal darauf hinweisen, dass Sie Ihre Redezeit schon weit überzogen haben.

Götz Bacher (SPD): Ich habe eben schon Überziehungen von fünf bis zehn Minuten erleben müssen und trotzdem nicht gemurrt, weil ich die Sachen für wichtig hielt. Ich finde diese Sache jetzt auch wichtig.

(Allgemeiner Beifall - Heiterkeit)

Ich versuche, mich kurz zu fassen, Herr Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Mit Blick auf die noch abzuarbeitende Tagesordnung müssen Sie nun wirklich zum Ende kommen.

Götz Bacher (SPD): Diese Geschichte zeigt - da gebe ich der CDU Recht; das müssen Sie sich auch noch anhören -,

(Lachen - Andreas Köhler [CDU]:
Bravo!)

dass wir uns angesichts des bevorstehenden 50-jährigen Jubiläums, das im nächsten Jahr begangen wird, grundsätzlicher mit dem Glockenspiel auseinandersetzen sollten. Das betrifft nicht nur die zu spielenden Lieder, wobei ich gestehen muss, meine Damen und Herren von der FDP: Auch ich möchte nicht von unserem Ratsturm hören: „In München steht ein Hofbräuhaus“. Genauso wenig kann ich mir vorstellen, dass vom Rathausurm auf dem Marienplatz in München „Mer losse d'Dom en Kölle“ erklingt.

(Heiterkeit)

Aber ich möchte nicht, dass Sie die GEMA-Gebühren bezahlen, um dann viermal täglich „Hoch auf dem gelben Wagen“ zu hören, das ist doch auch nichts.

(Heiterkeit)

Ich bitte aus dem Grunde unserem Ersetzungsantrag zuzustimmen, der, wie ich glaube, allumfassend ist und eine weitere Behandlung im Kulturausschuss vorsieht.

Herr Dr. Lemper, wir brauchen deswegen aber nicht den Vorsitz zu wechseln. Ich danke für Ihre

Aufmerksamkeit und Ihnen, Herr Oberbürgermeister, für Ihre Geduld.

(Allgemeiner Beifall)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Götz Bacher. Es liegt mir noch eine Wortmeldung vor. Frau Spizig.

Angela Spizig (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bin mir bewusst, dass ich, selbst wenn ich jetzt „Ein Mops lief in die Küche“ singen würde - so interpretiere ich eines der Rathauslieder -, diesen erhellenden historischen Vortrag nicht mehr toppen könnte. Vielen Dank, Herr Bacher.

Deshalb werde ich jetzt etwas Wasser in den Wein oder vielmehr in das Kölsch gießen. Wir Grünen werden diese Anträge nicht unterstützen. Wir wollen die Glocken etwas tiefer hängen. Erstens wissen wir, dass der Kulturausschuss gar nicht zuständig ist. Zweitens, mal ganz ehrlich, gehören rostige Drähte wirklich in eine Ratssitzung? Drittens möchte ich die Linke in Schutz nehmen. Sie hat das Thema zeitnah aufgegriffen - das geht auch an die FDP - und hatte weit weg von aller Kölschtümelei vorgeschlagen, Stockhausen-Melodien zu spielen, die allerdings technisch im Moment noch nicht möglich sind. Nächstes Jahr begehen wir 80 Jahre Stockhausen und das 50-jährige Jubiläum des Glockenspiels.

Wir setzen großes Vertrauen in die Verwaltung. Schon im Kulturausschuss haben wir gesagt, dass wir das als ein laufendes Geschäft der Verwaltung ansehen. Vielleicht kann die Verwaltung einmal ihre Zuständigkeiten überblicken. Wenn sich die Bereiche Kultur, Gebäudewirtschaft, Musik und andere, die in der Kölner Verwaltung zuständig sind, zusammenschließen, wird sicherlich eine gute Lösung dafür gefunden. Wir werden diesen Anträgen nicht zustimmen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses
90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Bürgermeisterin Spizig. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist erstaunlicherweise nicht der Fall.

30. Sitzung vom 30. August 2007

Zur Information. In einigen Anträgen ist gewünscht worden, dass wir auch eine Restaurierung des Glockenspiels vornehmen beziehungsweise prüfen sollen. Vonseiten der Verwaltung kann ich dazu Folgendes sagen: Das Glockenspiel ist funktionstüchtig. Es ist restauriert und wird gewartet. Die letzte Wartung war im April, im Herbst steht die nächste an. Es gibt also keinen ersichtlichen Grund für uns, das jetzt zurestaurieren.

(Zurufe)

- Es wird jetzt sowieso gewartet. Sollte etwas nicht in Ordnung sein, muss daraus kein Extra-Auftrag erteilt werden. Das halte ich aus unserer Sicht für nicht notwendig. Herr Streitberger, Sie hatten das untersucht.

(Winrich Granitzka [CDU]: Wir haben gedacht, es könnte repariert werden, weil es doch „av un zo donneve häut“! - Martin Börschel [SPD]: Wir haben ja einen Prüfauftrag! - Zuruf von Beigeordnetem Bernd Streitberger)

- Das Ergebnis des Prüfauftrages steht schon fest. Deswegen wollte ich Ihnen das sagen. Wir haben das schon geprüft.

(Martin Börschel [SPD]: Da kann aber etwas nicht stimmen; denn es klingt ein bisschen schief!)

Zwei Lieder sind schief, aber die werden wahrscheinlich ausgetauscht werden.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Mit den diesbezüglichen Anträgen wird eigentlich das Gleiche gewollt.

(Ralph Sterck [FDP]: Wir haben den von der SPD übernommen!)

- Ihr habt den Antragstext der SPD übernommen. Das heißt, der Antrag von der FDP und der Antrag der SPD sind jetzt zu einem geworden.

(Zurufe)

Die Anträge von der FDP und von der SPD sind die weitestgehenden. Ich lasse jetzt abstimmen über die Anträge von SPD und FDP. Die CDU liegt etwas anders in ihrer musikalischen Ausrichtung.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Leicht schief, wie die Glocken!)

- Das will ich damit nicht gesagt haben. - Oder wird es auch übernommen, Lothar? - Ich habe Deinen Vortrag nicht so ganz einordnen können hinsichtlich der genauen Zielrichtung.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Wir stimmen dem auch zu!)

- Ihr stimmt zu. - Dann nehmen wir alle Bemühungen, das Glockenspiel zu erhalten und zu verbessern, zusammen in den Auftrag. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch! Wir sind strikt dagegen, mit so einem Kiki die Zeit zu verbringen! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir schließen uns den Ausführungen des Oberbürgermeisters an!)

- Aber Ihr habt selbst dazu beigetragen. Jeder hat dazu etwas sagen müssen. - Gegenstimmen von den Grünen und Petra May. Dann ist es mit großer Mehrheit so beschlossen.

Auf weitere Gesangsdarbietungen werden wir jetzt verzichten und kommen nun wieder zu den anderen Themen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.10 auf:

2.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Reduzierung der Hundesteuer für Bezieher von Leistungen nach ALG II sowie Anhebung von Bußgeldern" Ds-Nr.: A/0346/007

Dazu wird zunächst der zuständige Dezernent, Herr Soénius, vortragen, der das Thema geprüft hat.

Beigeordneter Peter Michael Soénius: Ich will die kommenden lichtvollen Ausführungen nicht veredeln, aber es ist Folgendes dazu zu sagen: Wir haben im Rat am 16. Dezember 2004 den Beschluss gefasst, der für den betroffenen Personenkreis nach SGB XII - das sind die Sozialhilfeempfänger - einen ermäßigten Steuersatz bei der Hundesteuer vorsieht. Es sind 60 Euro festgelegt worden. Wenn Sie diesem Antrag folgen würden - das ist glücklicherweise nicht zu erwarten -, der hier zur Abstimmung ansteht, würde man den Hundesteuersatz für den Personenkreis nach SGB II auf einen Betrag auf 39 Euro reduzieren, also unter den für Be-

30. Sitzung vom 30. August 2007

zieher nach SGB XII geltenden Satz. In meinen Augen wäre das verkehrt.

Zur Information: Die Gerichte haben sich mehrfach mit diesem Unterschied der Behandlung von SGB-XII-Beziehern und SGB-II-Betroffenen befasst. So hat das Verwaltungsgericht Köln im Februar dieses Jahres noch einmal dazu verhandelt und zum Ausdruck gebracht, dass durch den Ratsbeschluss, den ich gerade erwähnt habe, eine sachgerechte Entscheidung getroffen worden ist.

Ein letzter Hinweis: Nach § 7 der Hundesteuer-satzung gibt es die Möglichkeit, sofern Steuerpflichtige - also nicht nur SGB-II-Bezieher, sondern Steuerpflichtige im Allgemeinen - in wirtschaftliche Bedrängnis geraten, eine Härtefalllösung anzuwenden. § 7 spricht tatsächlich von Härtefallregelungen; das können Sie nachlesen. Damit ist meines Erachtens allen Erfordernissen und Interessen Genüge getan. Danke schön.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. Herr Rouhs hat dennoch das Recht, zu dem Antrag zu reden.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bin Herrn Soénius dankbar dafür, dass er die prinzipielle Rechtmäßigkeit einer solchen Regelung, wie wir sie hier gerne beschlossen hätten, noch einmal ausdrücklich bestätigt hat. Der Rat hat die Gestaltungsfreiheit, Veränderungsmöglichkeiten einzuräumen für Menschen, die bedürftig sind, die Bezieher öffentlicher Leistungen sind, und er hat von dieser Möglichkeit in einem gewissen Rahmen bereits Gebrauch gemacht. Diesen Rahmen möchten wir jetzt in der beantragten Form ausdehnen. Das hat einen guten Grund. Die Härtefallregelung kam nach meinem Kenntnisstand in der Vergangenheit selten oder nie zur Anwendung, weil es schwierig ist, Härtefälle zu definieren. Dieses Verfahren ist bei weitem nicht so einfach zu handhaben wie die Regelung, die wir hier vorschlagen.

Es gibt gewisse Fälle, in denen Menschen, die aus der Arbeit oder auch verschiedenen sozialen Zusammenhängen herausgefallen sind, zu ihrem Tier eine besondere Beziehung haben. Der Besitz eines Hundes kann Menschen, die morgens nicht mehr aufstehen müssen, um zur Arbeit zu gehen, und die vielleicht ein Problem damit haben, ihren Tagesablauf sinnvoll zu

strukturieren, einen gewissen Halt bieten. Der Hund hält in gewissen Grenzen seinen Besitzer auf Trab. Hunde sind keine Sachen. Wenn jemand, der am Arbeitsmarkt oder auch an anderer Stelle nicht so erfolgreich ist, ein Tier besitzt, dann will er sich natürlich von seinem vierbeinigen Freund nicht so ohne weiteres trennen. Ihm sollte daher die Möglichkeit eingeräumt werden, einen Hund auch dann noch weiter zu besitzen, wenn er eigentlich keine finanziellen Möglichkeiten dafür hat.

Das erzähle ich hier nicht ins Blaue hinein.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Ins Braune!)

Das fußt auf einer Erfahrung aus dem Beschwerdeausschuss, wo Angehörige der betroffenen Gruppe sich artikuliert und ihre Situation beschrieben haben. Das ist durchaus einleuchtend und nachvollziehbar. Hier besteht nach meiner Auffassung für den Rat der Stadt Köln Handlungsbedarf.

Gleichzeitig - wir haben es hier mit einem klassischen Interessenkonflikt zu tun - beantragt pro Köln auch eine Anhebung der Strafen für Hundebesitzer, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, die beispielsweise Verunreinigungen auf den Gehwegen, Wiesen und öffentlichen Plätzen zurücklassen. Das packen wir aus gutem Grund in einen Antrag; denn wie sagt der Volksmund so schön: Allen Menschen Recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann. - Auch den Interessen derjenigen, die keinen Hund besitzen beziehungsweise die mit ihrem Hund ordentlich verfahren, aber Gefahr laufen, mit den Hinterlassenschaften von Hunden konfrontiert zu werden, deren Besitzer das nicht tun, soll Rechnung getragen werden. Deshalb beantragen wir gleichzeitig - nicht als Ausgleich, sondern als vernünftiges Pendant - die Anhebung des entsprechenden Strafmaßes, um dem Interesse der Allgemeinheit im größtmöglichen Umfang Genüge zu tun.

Ich bitte Sie deshalb, meine Damen und Herren, diesem Antrag zuzustimmen, wohlwissend, dass sie das schon deshalb nicht machen werden, weil es ein Pro-Köln-Antrag ist. Aber es standen schon Punkte auf der Tagesordnung, bei denen die Verwaltung Regelungen nach einiger Zeit derart umgestaltet hat, wie es pro Köln hier im Rat beantragt hatte, weil andere Fraktionen unsere Anregungen in anderer Form eingebracht haben. Ich weiß ja, dass das bei Ihnen im Kern

30. Sitzung vom 30. August 2007

doch auf offene Ohren trifft, dass Sie aufmerksame Zuhörer und Beobachter sind, und lasse mich überraschen, ob unser Antrag vielleicht in einem oder in zwei Jahren in einem anderen Gewand hier wieder neu auflebt.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer für den Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.11 auf:

2.1.11 Antrag der CDU-Fraktion vom 16. August 2007 betreffend "Landesfonds 'Kein Kind ohne Mahlzeit'" Ds-Nr.: A/0360/007

Es spricht Frau Manderla für die Antragsteller.

Gisela Manderla (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Mens sana in corpore sano - In einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist: So möchte ich den römischen Dichter Juvenal, wenn auch nicht ganz korrekt, Herr Oberbürgermeister, heute hier zitieren. Genau dieses Ziel verfolgt unser heutiger Antrag „Kein Kind ohne Mahlzeit“.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass eine gesunde Entwicklung unserer Kinder bei Mangelernährung nicht möglich ist. In unserem Land, in unserem Köln ist es ein nicht hinnehmbarer Zustand, wenn sich Kinder nicht ausreichend ernähren können, weil die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird. Hierdurch entsteht die Gefahr, dass Kinder aus sozial schwächeren Elternhäusern ihrer Chancen beraubt werden, weil die Eltern ihrer Verantwortung aus unterschiedlichsten Gründen nicht nachkommen können. Es darf nicht sein, dass Eltern ihre Kinder nicht an einer Ganztagschule anmelden, weil sie die Kosten für das dort angebotene Mittagessen scheuen.

Mit der Schaffung von über 17 000 Plätzen in der Offenen Ganztagschule, mit sechs gebundenen Ganztags Hauptschulen und mit den Sprachstandserhebungen der vierjährigen Kinder haben wir alles dafür getan, dass die Bildungschancen

für unsere Kinder steigen können. Das ist ein entscheidender Standort- und Wirtschaftsfaktor in dieser Stadt. Aber wir müssen auch dafür Sorge tragen - ich komme noch einmal auf das eingangs angeführte Zitat zurück -, dass die Kinder in Köln mit ausreichenden und gesunden Mahlzeiten versorgt werden.

Die CDU-Fraktion begrüßt deshalb außerordentlich die Einführung des Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“. Durch diese Initiative der Landesregierung werden, zunächst befristet auf zwei Jahre, für das Mittagessen in Offenen Ganztagschulen 10 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Einkommensschwache Familien zahlen dann nicht mehr 2,50 Euro, sondern 1 Euro für das Mittagessen.

In Köln sind circa 18 Prozent aller Haushalte arm beziehungsweise armutsgefährdet. Das betrifft vorrangig Alleinerziehende und Haushalte mit zwei oder mehr Kindern. Insgesamt sind dies - das finde ich erschreckend - 150 000 Kinder in Köln. Nicht zuletzt dank vieler ehrenamtlicher Initiativen mussten bisher nur sehr wenige Schülerinnen und Schüler mittags ohne Mahlzeit bleiben. Dieses ehrenamtliche Engagement soll in Köln auch nicht nachlassen. Dafür werden wir weiter kämpfen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Durch diesen Landesfonds haben wir nun die Möglichkeit, das ehrenamtliche Engagement wirksam zu ergänzen und zu unterstützen; denn bürgerschaftliches Engagement bedeutet auch immer eine Win-Win-Situation.

Ich möchte dem Herrn Oberbürgermeister und der Verwaltung außerordentlich dafür danken, dass bereits für die nächste Schulausschusssitzung am kommenden Montag eine umfassende Vorlage erarbeitet wurde, aus der hervorgeht, dass Köln aufgrund des aufgelegten Landesfonds mit Einsparungen von circa 450 000 Euro rechnen darf. Ich wünsche mir, dass diese Einsparungen in die Qualität der Bildung von Kindern und Jugendlichen und damit in deren Zukunft investiert werden.

Meine Damen und Herren, gute Ernährung und eine fundierte Schul- und Ausbildung erhöhen die Chancengleichheit der Kinder und Jugendlichen in Köln. Wenn Sie sich also der Gerechtigkeit und der Chancengleichheit unserer Pänz verpflichtet fühlen - davon gehe ich hier aus -, stimmen Sie unserem Antrag zu. Vielen Dank.

30. Sitzung vom 30. August 2007

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Manderla. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Dr. Heinen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe CDU-Fraktion, Sie schmücken sich doch hier mit fremden Federn.

(Karl Klipper [CDU]: Nein, nein, nein!)

Ich möchte das gerne erläutern. Man könnte ja meinen, die CDU sei der Initiator dieser ganzen Geschichte.

(Josef Müller [CDU]: So ist das!)

Aber dass es die Möglichkeit des kostenlosen oder bezuschussten Mittagessens für Bedürftige gibt, haben wir nicht zuletzt unserer Jugenddezernentin zu verdanken.

(Josef Müller [CDU]: Nachdem die Landesregierung Geld zur Verfügung gestellt hat!)

- Moment.

Landesweit entstehen in dem Bereich der Bedürftigen Kosten von etwa 150 Millionen Euro. Jetzt stellt die Landesregierung 10 Millionen Euro zur Verfügung. Angesichts der großen Kürzungen im Bereich der Kinder- und Sozialarbeit stellt sich natürlich die Frage: Reicht 1 Euro pro Kind aus?

(Karl Klipper [CDU]: In den letzten 50 Jahren hat die SPD-Regierung keine müde Mark zur Verfügung gestellt!)

- Wir reden über jetzt, Herr Klipper. - Reicht das aus, angesichts der großen Kinderarmut gerade auch im Kitabereich?

(Josef Müller [CDU]: Ihr habt doch gar nichts getan!)

- Wir reden nach wie vor über jetzt! - Diese 10 Millionen Euro sind Mittel für eine kommunale Aufgabe und zudem noch gedeckelt. Es entstehen auch noch Verwaltungskosten. 25 bis 30 Prozent dieser geringen Summe gehen für Verwaltungskosten drauf. Das ist ziemlich viel.

Wenn es hier nicht um Kinder gehen würde, würde ich Ihren Antrag als eine reine PR-Nummer abtun. Da es aber um Kinder geht, ist er natürlich erfreulich; denn jeder Euro, der ankommt, ist natürlich wichtig.

(Josef Müller [CDU]: Also doch!)

- Das wird nicht bestritten. Ich sage nur, dass es im Verhältnis doch eher eine populistische Nummer ist, die aber das System an sich nicht ändert.

Wir sagen: Es ist eine wichtige staatliche Aufgabe, Kinder zu unterstützen. Das darf nicht auf Almosen von irgendwelchen - -

(Karl Klipper [CDU]: Dann stellen Sie doch den Kindergarten beitragsfrei! Machen Sie das doch einfach!)

- Sie machen im KiBiz ja nicht mit.

(Beifall bei Teilen der SPD - Weiterer Zuruf von Karl Klipper [CDU])

- Schauen Sie sich lieber einmal Ihre Bildungsrichtlinien und Gesetze an. Dann werden Sie merken, dass Sie hier Dinge einfordern, die gar nicht vorgesehen sind.

(Beifall bei der SPD)

Nichtsdestotrotz sehen wir diese Sache, gerade auch durch die jetzt im Umdruck befindliche Vorlage der Verwaltung für die Ratssitzung am 19. September, als generell erledigt an. Wie ich am Anfang bereits sagte, ist es trivial, Mittel, die existieren, auch zu beantragen. Das hat Herr Paetzold schon zum Thema Flatrate-Partys gesagt. Es handelt sich dabei um Selbstverständlichkeiten. Ihr Antrag wird, wie ich finde, diesem ersten Thema nicht gerecht, weil er das Problemfeld der eben zitierten großen Kinderarmut nicht berücksichtigt. Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Heinen. Für die FDP Frau Gebauer.

Yvonne Gebauer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Heinen, es reicht nie; darüber sind wir uns sicherlich alle einig. Aber es zählt auch der Satz: Besser wenig

30. Sitzung vom 30. August 2007

als gar nichts. Klar: Mehr ist immer besser. Aber 10 Millionen sind 10 Millionen. Wenn das Land uns als Kommune Geld zur Verfügung stellt, kann man das auch einmal positiv hervorheben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vieles ist schon dazu gesagt worden und bedarf jetzt keiner Wiederholung. Ich möchte auch nicht einen Streit über KiBiz und Kindergartenbeitragsfreiheit vom Zaun brechen; darüber sprechen wir an anderer Stelle.

Die gesundheitliche Bedeutung von regelmäßigen warmen Mahlzeiten dürfte allgemein bekannt sein. Besonders wichtig aber sind auch der soziale Aspekt des gemeinsam eingenommenen Essens und die ausgrenzende, diskriminierende Wirkung für diejenigen, die sich ein solches Essen, aus welchen Gründen auch immer, nicht leisten können.

(Beifall bei Teilen der FDP sowie von Karl Klipper [CDU])

Dem Problem, das mittlerweile immer mehr Kinder in die Schule kommen, ohne vorher gefrühstückt oder ein Butterbrot dabei zu haben, werden wir hier und heute nicht Herr. Auch die Landesregierung kann hier keine Lösung anbieten.

Trotzdem ist die Maßnahme der finanziellen Unterstützung an dieser Stelle durch den Landesfonds sehr gut investiertes Geld und schafft uns als Kommune die Möglichkeit, die damit verbundenen Einsparungen in Höhe - wenn die Verwaltung richtig gerechnet hat - der bereits erwähnten circa 400 000 Euro sinnvoll an anderer Stelle einzusetzen. Ich denke, der Verwaltung, aber auch uns Politikern wird dazu das eine oder andere Projekt für die Kinder einfallen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. Frau Dr. Klein.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Weil das hier mehrfach zitiert worden ist: Die Verwaltung hat eine Vorlage gefertigt, die auch schlussgezeichnet ist.

(Karl Klipper [CDU]: Dürfen Sie sagen, wann?)

- Gestern!

(Zurufe von der CDU: Aha! - Weitere Zurufe)

In dieser Vorlage wird vorgeschlagen, zu beschließen, dass sich die Stadt Köln an dem Programm beteiligt und die Fördermöglichkeiten in Anspruch nimmt.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

(Martin Börschel [SPD]: Durch die Stellungnahme der Verwaltung hat sich der Antrag erledigt! - Karl Klipper [CDU]: Wir stimmen inhaltlich damit nicht überein, Herr Oberbürgermeister, weil in diesem Bereich die Vorlage noch nicht behandelt worden ist! Deswegen kann sie nicht als erledigt betrachtet werden! Sie ist nicht bekannt gegeben worden!)

Es schadet nichts, wenn wir darüber abstimmen.

(Karl Klipper [CDU]: Das wurde erst gestern schlussgezeichnet!)

Wenn sie jetzt auf dem Weg ist, dann kommt man nachher zusammen

(Karl Klipper [CDU]: Wir entscheiden heute und nicht morgen!)

- Das ist völlig klar, ich lasse jetzt erst einmal darüber abstimmen. Der Antrag ist am 16. August eingereicht worden.

(Martin Börschel [SPD]: Antrag auf Erledigung! - Weitere Zurufe)

- Die SPD hat einen Änderungsantrag gestellt. Es bleibt dabei. Ich dachte, es wäre einvernehmlich klar, dass es nicht zu diesem Änderungsantrag kommt, weil es eine Überschneidung gibt. Wenn das aber so gewollt wird, stimmen wir zuerst über den Änderungsantrag ab.

(Yvonne Gebauer [FDP]: Ich würde gerne noch etwas zur Sache sagen! - Gegenruf von der SPD: Wir sind in der Abstimmung!)

- Aber nur zum Verfahren.

30. Sitzung vom 30. August 2007

(Ralph Sterck [FDP]: Sie hat sich vor der Abstimmung gemeldet!)

- Kann sie selbst entscheiden, wozu sie etwas sagen will? - Frau Gebauer, wozu möchten Sie sprechen?

(Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie hat gesagt: zur Sache!)

Yvonne Gebauer (FDP): Die Verwaltungsvorlage liegt lediglich den Mitgliedern des Unterausschusses Ganztage vor. Diese Verwaltungsvorlage ist den Mitgliedern am Montag zur Verfügung gestellt worden. Der Antrag von der CDU lag bereits seit längerer Zeit vor. Ich denke nicht, dass wir den Antrag der CDU einfach als erledigt erklären können.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das kann der Rat als Souverän entscheiden, wie es ist. Es liegt aber ein Änderungsantrag vor. Es gibt eine zeitliche Deckungsgleichheit.

(Susana Dos Santos Hermann [SPD]: Antrag auf Erledigung! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Lassen Sie mich doch erst einmal aussprechen.

(Susana Dos Santos Hermann [SPD]: Sie haben gerade etwas anderes gesagt!)

- Nein, ich habe noch gar nichts gesagt. Ich will gerade darüber abstimmen lassen, ob Sie den Antrag damit als erledigt ansehen. Das ist doch genau das, was Sie wollen.

Wer der Meinung, dass sich der Antrag damit erledigt ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Linke und Herr Dr. Müser. Enthaltungen? - Gibt es keine. Der Rest ist anderer Meinung. Der Antrag ist somit als erledigt zu betrachten.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 2.1.12:

2.1.12 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Heimlicher Bau einer Moschee in Chorweiler" Ds-Nr.: A/0347/007

Es spricht Frau Wolter.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Türkisch-Islamische Union DITIB hat im Stadtbezirk Chorweiler dreist, heimlich und ohne jeden Dialog mit den Anwohnern eine weitere Moschee errichtet. In Ehrenfeld redet der Bauherr DITIB von Transparenz. Er möchte angeblich die Bevölkerung über sein Bauvorhaben ordentlich aufklären beziehungsweise sie angemessen beteiligen. In Chorweiler zeigt sich nun jedoch das wahre Gesicht der DITIB. Heimlich und ohne jede Transparenz wurde das Moscheebauprojekt realisiert. Kein kommunalpolitisches Gremium wurde hierüber informiert. Die Bevölkerung wurde bewusst im Unklaren gelassen. Die DITIB hat sich dadurch demaskiert.

Ich kann mich sehr gut an die Bürgeranhörung zur Änderung des Bebauungsplans in Ehrenfeld erinnern. Dort wurde zu später Stunde von einigen Anwesenden Klartext geredet. Eine verschleierte junge Frau verkündete dort unter anderem,

(Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]: Die war nicht verschleiert, die hatte ein Kopftuch an! Das ist etwas anderes!)

dass es letztlich völlig egal sei, was die Anwohner beziehungsweise die kommunalen Gremien zu diesem Projekt sagen, gebaut werde auf jeden Fall; denn dem Islam gehöre die Zukunft. In Chorweiler wurde mit Ihrer Hilfe die DITIB-Ankündigung dann auch in die Tat umgesetzt.

Öffentlich bekannt wurde der heimliche Bau nur, weil ein Besucher der Moschee auf „YouTube“ Videoaufnahmen aus dem Inneren des Gebäudes veröffentlicht hatte. Gezeigt wurden der Gebetsraum und dessen Frauenempore. Kurzzeitig wurden die Videoclips auch über das Forum der Internetseite des radikal-islamischen Muslimat verlinkt. Die einheimische Bevölkerung wird mal wieder vor vollendete Tatsachen gestellt. Es entsteht erneut ein türkisch-islamisches Ghetto, welches die Parallelgesellschaft verfestigt.

Es kann nicht sein, dass in dieser Stadt Moscheen gebaut werden, ohne dass die Bevölkerung in diesen Entwicklungsprozess miteinbezogen wird. Die kommunalpolitischen Gremien sind natürlich aufgefordert, im Falle von Moscheeneubauten eine Stellungnahme abzugeben.

30. Sitzung vom 30. August 2007

Warum sitzen wir überhaupt hier? Diese Stellungnahme hat neben dem baurechtlichen Aspekt auch eine erhebliche politische Dimension. Um eine sachlich fundierte Entscheidung treffen zu können, benötigen die Mitglieder der kommunalpolitischen Gremien alle vorhandenen Informationen, über die die Stadtverwaltung verfügt beziehungsweise auf die sie Zugriff nehmen kann. Dies gilt umso mehr, weil manche Trägervereine von Kölner Moscheen bislang ihre Distanz zu Vereinigungen, deren Treue zur freiheitlich demokratischen Grundordnung im Zweifel steht, nicht glaubhaft nachweisen konnten.

Wir werden jedenfalls nicht zulassen, dass fragwürdige Organisationen wie die DITIB heimlich Moscheebauprojekte in dieser Stadt realisieren. Unser Oberbürgermeister mag sich mit der DITIB verbrüdern, so oft er will. Seine Gefolgschaft wird jedoch immer kleiner. Noch nicht einmal die CDU-Basis will seinem bedingungslosen Pro-Moschee-Kurs folgen, wie der letzte CDU-Parteitag bewies.

Wir von pro Köln haben in dieser Stadt durchgesetzt, dass über Moscheebauprojekte öffentlich gestritten wird. Die DITIB hat sich wieder einmal ins Abseits gestellt. Schon aus diesem Grunde ist unser Antrag zu unterstützen. Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich darf Herrn Kollegen Streitberger bitten, kurz etwas zu diesem Thema zu sagen. Es sieht ja so aus, als hätte jemand einen Schwarzbau realisiert.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heimlich wird in dieser Stadt regelmäßig nicht gebaut. Das möchte ich als Erstes sagen. Dem hier angesprochenen Bauvorhaben in Chorweiler lag ein Bauantrag zugrunde. Dieser Antrag wurde im Februar des Jahres 2006 gestellt und von uns im Oktober des Jahres 2006 genehmigt. Im November des Jahres 2006 ist uns der Baubeginn angezeigt worden. Zwischenzeitlich ist dieser Bau fertiggestellt worden.

Dieses Bauvorhaben liegt im Geltungsbereich eines Bebauungsplans, der ausdrücklich - allerdings ausnahmsweise; das ist eine besondere Regelung der Baunutzungsverordnung - Vorhaben für soziale, kulturelle und religiöse Zwecke zulässt. Deswegen haben wir dieses Bauvorha-

ben genehmigt. Das war ein einfaches Geschäft der laufenden Verwaltung, wie wir es in Tausenden anderen Baugenehmigungsverfahren jedes Jahr realisieren.

(Beifall bei Ralph Sterck (FDP))

Bei dem Bauvorhaben in Ehrenfeld handelte es sich um die Änderung eines Bebauungsplans zur Ermöglichung des Bauvorhabens der Moschee. Das ist natürlich ein öffentliches Verfahren mit einer entsprechenden Bürgerbeteiligung. Das ist vom Gesetz so vorgesehen.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen darüber abstimmen. Wer für den Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist es mit großer Mehrheit so abgelehnt.

Wir kommen zum letzten der Anträge:

2.1.13 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. August 2007 betreffend "Neuausrichtung der Kongresswirtschaft - Konkrete Ausgestaltung der regionalen Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn" Ds-Nr.: A/0374/007

Frau Dos Santos Hermann wird zum Antrag von SPD und Grünen sprechen.

Susana Dos Santos Hermann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser heutiger Dringlichkeitsantrag zur Neuausrichtung der Kongresswirtschaft beinhaltet die konkrete Ausgestaltung der Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn. Wie Sie wahrscheinlich wissen, beraten unsere Kolleginnen und Kollegen im Rat der Stadt Bonn im Augenblick oder jedenfalls während ihrer Ratsitzung einen vom Beschlusstext her identischen Antrag und werden diesem, so hört man, mit großer Mehrheit zustimmen.

Der Antrag schließt nahtlos an unseren Ratsbeschluss vom 19. Juni dieses Jahres an, wonach die Kongresswirtschaft neu ausgerichtet werden soll. Bereits im Juni war die regionale Ausrichtung des Kölner Kongressbüros Bestandteil. SPD

30. Sitzung vom 30. August 2007

und Grüne möchten diese aufgrund aktueller und gleichlautender Überlegungen in Bonn nun noch stärker akzentuieren.

Die Dringlichkeit ergibt sich aus der Tatsache, dass Verwaltung und Köln Tourismus GmbH den Ratsauftrag bereits abarbeiten. Unter anderem werden Stellenausschreibungen für die Besetzung des Kongressbüros vorbereitet. Die neueste Entwicklung beeinflusst aber auch intensiv die weitere Vorgehensweise. Sinnvoll wäre es, nun einen Schritt voranzugehen und eine Abstimmung mit den Ratsmitgliedern in Bonn zu erreichen.

Unser Antrag ergibt sich auch aus der glücklichen Fügung, dass es in Köln und in Bonn identische Überlegungen hinsichtlich der Neuausrichtung der jeweiligen Kongresswirtschaft gibt und sich die beiden Städte hinsichtlich ihrer Kongressstätten auch gut ergänzen können. Das muss nicht zwangsläufig heißen, dass es am Ende auch eine Zusammenarbeit geben wird. Aber wir sollten jetzt einem Prüfauftrag auch nicht vorgreifen. Denn wenn die Zusammenarbeit im Ergebnis Sinn machen sollte, dann ist es wirklich zweckmäßig, diese Zusammenarbeit von Anfang an und gemeinsam auszugestalten und nicht erst zwei verschiedene Organisationen entstehen zu lassen, die nachher nicht oder nur schwer miteinander kompatibel sind und die sich möglicherweise blockieren und den Prozess behindern.

In diesem Zusammenhang möchten wir insbesondere geprüft wissen, in welcher Form die Zusammenarbeit im Bereich des Kongresswesens institutionalisiert werden kann. Wir gehen grundsätzlich davon aus, dass dies zu einer Minimierung der erforderlichen Investitionen und laufenden Betriebskosten sowie zu einer Steigerung der zu erzielenden Einnahmen führen wird.

Die Prüfung der künftigen Zusammenarbeit soll vom Aufbau eines gemeinsamen Datenpools, zum Beispiel einer gemeinsamen Internetdatenbank, über die Festlegung von Abstimmungsmechanismen, zum Beispiel gemeinsame Marketingmaßnahmen, bis hin zur Beantwortung der Frage gehen, inwieweit ein gemeinsames Kongressbüro sinnvoll und möglich ist.

Ich meine, die regionale Zusammenarbeit im Bereich der Kongresswirtschaft muss deutlich verstärkt werden, um die entsprechenden Synergiepotenziale optimal ausnutzen zu können, natürlich - das sei betont - immer unter Wahrung

der Kölner Interessen; das ist selbstverständlich unsere Aufgabe.

(Karl Klipper [CDU]: Das hoffen wir!)

- Herr Klipper, es ist schön, dass wir darin einer Meinung zu sein scheinen.

Unser Antrag tangiert auch den Beschluss des Rates vom 4. April 2006. Damals haben wir, auch vor dem Hintergrund des schon beschlossenen Neubaus des World Conference Centers in Bonn, die Verwaltung beauftragt, zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen ein bedarfsgerechtes und wettbewerbsfähiges Kongresszentrum in Köln wirtschaftlich zu betreiben ist. Die Verwaltung hat zugesagt, dieses Ergebnis in der zweiten Jahreshälfte vorzulegen. Form und inhaltliche Ausgestaltung der regionalen Zusammenarbeit mit Bonn werden dabei Einfluss auf das Prüfergebnis der Verwaltung haben. Wichtig wird im Ergebnis sein, dass wir bei verantwortungsvollem Umgang mit den städtischen Finanzen die Kongresswirtschaft in Köln neu und solide aufstellen, und zwar so, dass die gesamte Kölner Kongresswirtschaft einen positiven Nutzen daraus zieht.

Wünschenswert wäre zudem - lassen Sie mich das zum Schluss sagen -, wenn hier eine Form der Zusammenarbeit entstehen würde, die gleichermaßen Modellcharakter besitzen und Basis für ein weiteres Zusammenwachsen der Städte Köln und Bonn sowie der Region insgesamt sein könnte. Ich denke insbesondere an Wirtschafts- und Kulturthemen, aber es geht sicherlich noch darüber hinaus. Ich bitte um Ihre Zustimmung zu dem Antrag und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Dos Santos Hermann. Wollen alle anderen noch dazu reden? - Ich denke, das ist ein vernünftiger Prüfauftrag. Gibt es noch andere Wortmeldungen? - Herr Klipper, bitte.

Karl Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir sind natürlich - das will ich von vornherein sagen - für die Kooperation in der Region. Aber ich sage auch: Mir fehlt bisweilen der Glaube, und ich war von den Kooperationen der vergangenen Jahre auch manches Mal enttäuscht.

30. Sitzung vom 30. August 2007

Ich erinnere an die Kooperationsvereinbarung zwischen den Flughäfen Köln/Bonn und Düsseldorf, bei der wir uns letztlich nur auf den gemeinsamen Einkauf von Papier und sonstigen Materialien einigen konnten. Das war die ganze Kooperation.

(Martin Börschel [SPD]: Dafür können die Bonner aber nichts!)

Das war in den 90er-Jahren, eine „hervorragende“ Kooperation.

Wir haben es auch auf Kulturebene versucht. Es hat nicht geklappt. Wir haben es am Anfang dieses Jahrtausends in der Verkehrspolitik, den Stadtwerken und anderen Bereichen versucht. Überall hat es wegen der unterschiedlichen Interessenlagen nicht geklappt. Keiner war bereit, Teile aufzugeben.

Wir werden versuchen, diese Kooperation mit Bonn hinzubekommen, aber - das sage ich Ihnen heute schon - das muss genau kontrolliert werden, damit Köln im Bereich Messe nicht der Verlierer ist. Ich habe Angst, dass die antragstellenden Fraktionen beabsichtigen, die Kongresswirtschaft und den Bau des großen Kongresszentrums in Köln fallen zu lassen, und befürchte, dass das der Einstieg in den Ausstieg vom Kongresszentrum ist, das immerhin Teilnehmer in der Größenordnung von 3 000 bis 4 000 Besuchern fassen soll.

Ich sage Ihnen auch: Hier geht es nicht um einen Zuschussbetrieb wie im Kulturbereich, auf den man - wie bei der Kooperation zwischen Köln, Bonn und Düsseldorf - Einfluss nehmen kann, sondern hier geht es um einen Wettbewerb zwischen den einzelnen Städten, hier wirken marktwirtschaftliche Kräfte. Ich sehe überhaupt keine Veranlassung für Düsseldorf - dort wird gerade ein sehr großes Kongresszentrum in der Nähe des Flughafens gebaut -, wegen einer Kooperation mit Köln oder Bonn auf ihren Profit zu verzichten.

Ich darf Ihnen in diesem Zusammenhang auch sagen, wie hart das Geschäft ist. Herr Witt, der ehemalige Geschäftsführer der Messe, hat immer gesagt: Im Messegeschäft rechnet man bei einem Umsatz - rund gerechnet 200 Millionen Euro - mit Nebenerträgen im Bereich der Hotellerie von ungefähr dem Dreifachen; das heißt, von 600 bis 700 Millionen Euro. Keine der beiden Kongressstädte, weder Düsseldorf noch Bonn,

wird auf diesen Teil, selbst wenn es sich um kleinere Kongresse handelt, verzichten.

Deswegen glaube ich, dass Köln, wenn wir nicht genau aufpassen, der Verlierer in diesem Geschäft sein wird. Wenn das Ergebnis vorliegt, werden wir diesen Prüfauftrag sehr genau dahingehend überprüfen, ob Köln dabei der Loser ist und die anderen Städte, sei es Bonn oder Düsseldorf, die Gewinner sind. Meine Fraktion wird das Ergebnis, das im Herbst vorgestellt wird, sehr genau prüfen und dann daraus ihre Schlüsse ziehen. Dem Prüfauftrag stimmen wir zu. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Klipper. Herr Frank für die Grünen.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Man kann natürlich jedes Thema zerreden. Man kann an allem herumäkeln. Es ist allgemein bekannt - darüber haben wir hier schon des Öfteren gesprochen -, dass der Regio Rheinland oder der Regio Köln/Bonn und Nachbarn keine Erfolgsstorys sind. Das wissen wir. Außer der gemeinsamen Organisation und der Teilnahme an dem einen oder anderen Immobilienkongress ist dabei relativ wenig herausgekommen. Ich glaube, darin sind wir uns einig.

Aber die Chance zu vertun, im Bereich Kongresswesen einen regionalen Schritt voranzugehen, wäre fatal. Wir haben die Beschlusslage, ein Kongressbüro aufzubauen; das haben wir am 14. Juni 2007 im Rat beschlossen. Das ist Ihnen bekannt. Wenn wir das alleine machen, obwohl auch die Bonner ein Interesse daran haben, kann ein anderer Effekt auftreten. Die Bonner bauen nämlich ein großes Kongresszentrum,

(Karl Klipper [CDU]: Was haben die denn für ein Interesse?)

und zwar mit unserer Unterstützung. Herr Klipper, Sie wie ich haben das unterstützt. Die Sparkasse Köln/Bonn, eine regionale Sparkasse, unterstützt das ebenfalls.

(Karl Klipper [CDU]: Habe ich nicht unterstützt, habe ich abgelehnt!)

- Dann waren Sie vielleicht bei der Sitzung nicht dabei. - Die Unterstützung aller vier Fraktionen

30. Sitzung vom 30. August 2007

war einstimmig. Sie wissen auch, dass dieses Zentrum in gewisser Weise subventioniert wird. Es kann also ein Kannibalisierungseffekt auftreten. Insofern ist es besser, wenn die beiden Städte miteinander kooperieren oder zumindest ausloten, wie der reichhaltige Kuchen des Kongress- und Tagungswesens in der Region vernünftig verteilt wird,

(Karl Klipper [CDU]: Sie wollen den verteilen?)

als in die Situation zu kommen, dass sie unter Umständen gegeneinander antreten. Das wäre für Köln nicht günstig.

Das Zweite ist - das scheint immer noch nicht richtig klar zu sein -: Wir waren uns darüber einig, dass das in die Jahre gekommene Kongresszentrum der Kölnmesse einer Optimierung und Überarbeitung bedarf. Dazu sollen demnächst Pläne vorliegen. Wir haben hier aber auch festgehalten, dass es für die Stadt nicht vorteilhaft wäre, faktisch ein städtisch subventioniertes Kongresszentrum zu betreiben. Das ist eine Angelegenheit, die sich über den Markt entscheidet. Wir haben die entsprechenden Grundstücke. Wenn es sich wie in anderen Großstädten ergibt, dass sich im Zusammenhang mit dem Hotelbetrieb hier ein großes Kongresszentrum ansiedelt, werden wir diesem sicherlich den Roten Teppich ausrollen. Was wir aber nicht machen sollten, ist, einer Art halbstaatlichem Kongresszentrum das Wort zu reden. - Alle diese Positionen sind aber schon klar. Insofern wiederholt sich die Geschichte.

Aufbauend auf dem Beschluss vom 14. Juni sollte jetzt versucht werden, mit Bonn zu einer Zusammenarbeit zu kommen. Wie diese genau aussehen kann, ist von meiner Vorrednerin skizziert worden; das ist natürlich noch nicht abschließend zu definieren. Aber wenn es zum Beispiel zu einer sehr engen Verabredung kommt, also zu einer gemeinsamen Gesellschaft, wäre das sicherlich begrüßenswert.

Der Antrag beinhaltet einen Arbeitsauftrag an die Verwaltung. Wir werden aber auch in den anderen Bereichen, die Sie angesprochen haben, Herr Klipper, einen neuen Anlauf machen. Auf Dauer wird Regionalpolitik sich nicht darauf beschränken können, in Sonntagsreden darüber zu sprechen. Das gilt sicherlich auch für den gesamten Bereich der Beteiligungsgesellschaften, insbesondere der Stadtwerke. Insofern denke ich, wir sollten das hier positiv aufnehmen

und dem Ganzen auch einen gewissen Schub geben. Danke.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn ich diesen Dringlichkeitsantrag lese, habe ich den Eindruck, dass der Klimawandel immer abenteuerlichere Folgen hat. Irgendwie muss in der letzten Woche in Bonn ein Kongresszentrum vom Himmel gefallen sein. Anders kann ich es mir nicht erklären, dass wir hier per Dringlichkeit über dieses Thema diskutieren. „It's raining man“, das kannte ich schon. „It's raining World Conference Center“, das kannte ich bisher noch nicht. Ihr Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Grünen, ist alles andere als dringlich. Das zeigt auch der Bezug auf die Sitzung des Rates vom 19. Juni. Das war die letzte Sitzung des Rates vor den Ferien.

(Martin Börschel [SPD]: Sie haben aber der Dringlichkeit zugestimmt!)

- Natürlich haben wir zugestimmt. Die Abstimmung hätten wir doch sowieso verloren. Das kennt man doch, wenn die Mehrheit etwas für dringlich hält. Deshalb habe ich mir das für jetzt aufgehoben.

Frau Kollegin Dos Santos Hermann, es ist ein schönes Symbol, hier zu sagen: Die Bonner reden gerade über das gleiche Thema. Gut gemeint ist aber nicht unbedingt gut. Das gilt auch für den Standort Köln in dieser Frage. Denn das, was Sie prüfen lassen wollen, haben wir eigentlich schon in der letzten Sitzung am 19. Juni beschlossen. In dem Papier steht auf Seite 26: Unsere stärksten Wettbewerber sind Düsseldorf und Bonn.

Wenn Sie sich im Tourismusbereich schlau machen - dafür haben wir unsere Köln Tourismus GmbH -, stellen Sie fest, dass in 90 Prozent der Fälle Köln im Wettbewerb mit Bonn steht. Wir reden hier nämlich nicht über die großen Kongresse mit 3 000 bis 5 000 Delegierten, die später im World Conference Center stattfinden werden, sondern es geht um die kleinen Kongresse mit 300 Teilnehmern. Hier stehen wir in einem starken Wettbewerb. Da sind wir noch lange nicht so weit.

30. Sitzung vom 30. August 2007

Dass Bonn unser stärkster Wettbewerber ist, haben wir bereits in der letzten Sitzung festgestellt. Wir haben auch gesagt, wie wir mit diesem Phänomen umgehen wollen. Auf Seite 3 des Beschlussvorschlages heißt es:

In weiterer Zukunft kann dann auch an der Vernetzung mit der Region Köln/Bonn gearbeitet werden. Die Profilierung des Kölner Kongressstandortes ist im ersten Schritt allerdings vorerst höchste Priorität.

Das ist genau das, was wir meinen: Wir Kölner haben unsere Hausaufgaben in dieser Frage noch nicht gemacht. Dazu gehört sicherlich - das ist schon angesprochen worden - die Vorlage zu unserem Kongresszentrum, die die Verwaltung für das zweite Halbjahr, also jetzt, angekündigt hat. So weit sind wir aber noch nicht.

Wir sind noch lange nicht auf Augenhöhe. Wenn wir sehen, was Bonn - das ist in dieser Vorlage enthalten - an Kongresseinrichtungen, Hotels und Kongresssälen hat, sehen wir auch, welche Gefahr für Köln darin steckt. Das Gleiche gilt auch für Düsseldorf.

Ich glaube, die Bonner haben ein wesentlich höheres Interesse, mit uns in dieser Frage zusammenzuarbeiten, weil sie ihr großes Kongresszentrum füllen müssen. Über die Probleme haben wir hier schon diskutiert, beispielsweise wenn die UN darauf zugreift. Aber zunächst muss es darum gehen, die Kölner Interessen zu wahren. Bis wir so weit sind, in Augenhöhe auf die Bonner zuzugehen, haben wir noch einige Hausaufgaben zu machen. So weit sind wir aber noch lange nicht.

Aber es könnte, wie der Kollege Klipper gesagt hat, auch sein - Nichtigall, ick hör dir trapsen -, dass Sie damit den Ausstieg aus unserem Kongresszentrum einleiten wollen. Sie haben Ihre Bedenken dazu schon geäußert. Es kann natürlich sein, dass wir jetzt mit Rücksicht auf Bonn, mit Rücksicht auf die Sparkasse Köln/Bonn - diese wurde ja von Herrn Frank in dieser Frage eingeführt - gar nicht mehr an unser eigenes Kongresszentrum glauben dürfen, trotz der großen Standortvorteile unserer Stadt wie zum Beispiel den ICE-Terminal in Deutz oder die optimale Anbindung an den Frankfurter Flughafen, sondern im Grunde immer schauen müssen, wie wir das Bonner Kongresszentrum entsprechend schonen können.

Deswegen, meine Damen und Herren, habe ich den Verdacht, dass dieser Antrag nicht unbedingt im Interesse der Stadt Köln ist. Ich komme allerdings zu einem anderen Schluss als der Kollege Klipper. Wir sagen: Wir belassen es bei dem Beschluss vom 19. Juni. Wir geben der Köln Tourist, der wir den Auftrag erteilt haben, erst einmal etwas Vorsprung, bevor wir, so wie wir es am 19. Juni besprochen haben, noch einmal auf die Region zugehen. Deswegen ist Ihr Prüfauftrag an dieser Stelle überflüssig. Wir werden diesem daher nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte.

Susana Dos Santos Hermann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Auf die zuletzt geäußerte Kritik nur eine kurze Anmerkung: Ich denke, wir sollten auf jeden Fall die Prüfung abwarten. Es ist eindeutig ein Prüfauftrag. Wir zurren hier nichts fest. Wir haben außerdem deutlich gemacht, dass wir die Zusammenarbeit mit Bonn dann wollen, wenn es Köln Vorteile bringt. Ich denke, man kann auch den Bonnern unterstellen, dass sie eine Zusammenarbeit wollen, wenn es für sie vorteilhaft ist. Es muss Profit für beide Seiten da sein.

Herr Sterck, versuchen Sie doch einmal Ihre Vorurteile und Bedenken in positives Denken umzuwandeln und die Konkurrenzsituation zwischen Bonn und Köln im Bereich der Kongresswirtschaft umzuwandeln in eine sich gegenseitig verstärkende Gemeinsamkeit, weil wir auch im nationalen und internationalen Wettbewerb stehen. Unter Umständen können wir als starke Region besser aufgestellt sein als als einzelne Stadt.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Mit Blick auf den Wirtschaftsdezernenten Dr. Walter-Borjans will ich sagen: Wir haben die Situation durchaus erkannt. Wenn eine solche mögliche Kooperation sinnvoll sein soll, müssen wir mit einem Kölner Angebot erst einmal gleichziehen. Im Moment sind wir noch im Hintertreffen; denn noch haben wir kein Angebot für 3 500 Leute.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

30. Sitzung vom 30. August 2007

Das möchte ich hier noch einmal deutlich sagen. Um mit Bonn überhaupt erst einmal gleichziehen zu können, dürfen wir das nicht hintanstellen. Das wird von uns sicherlich auch so gesehen werden.

(Martin Börschel [SPD]: Das werden wir ja sehen!)

Davon gehe ich aus. Deshalb ist es sinnvoll, das in den Prüfauftrag aufzunehmen. Das ist richtig.

Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans: Das, was Sie sagen, Herr Oberbürgermeister, bezieht sich von der Größenordnung her natürlich nur auf ein atomgroßes Segment im Gesamtkomplex, der das große Kongresszentrum in Bonn betrifft. Ich finde, wir sollten an dieser Stelle eine regionale Sichtweise einnehmen. Das, was wir am 19. Juni hier beschlossen haben, halte ich für richtig.

Meine Position ist: Wir sollten jetzt prüfen, welchen Wert und welches Gewicht all die Aspekte haben, die heute hier in der Diskussion eine Rolle gespielt haben, sowohl die, die die Chancen einer Zusammenarbeit aufzeigen, als auch die, die in einer solchen Zusammenarbeit Risiken ausmachen.

(Ralph Sterck [FDP]: Ich denke, Sie prüfen schon seit dem 19. Juni! Warum brauchen Sie jetzt einen neuen Prüfauftrag?)

- Das ist ein Zusatz zum Prüfauftrag, der auf die gemeinsame Suche nach Lösungen in der Kooperation mit Bonn abzielt. Daran kann ich nichts Böses finden.

Wie gesagt, diese Medaille hat zwei Seiten. Diese beiden Seiten schauen wir uns an. Wir werden Ihnen das Ergebnis zusammen mit dem, was wir ohnehin für das zweite Halbjahr in Arbeit haben, vorlegen.

Ich finde auch den Aspekt richtig, dass es noch Angebote für kleinere Tagungseinheiten in Bonn gibt - Herr Sterck hatte dies angeführt -, die natürlich Konkurrenz für uns bedeuten. Diese müssen wir - so haben wir es am 19. Juni beschlossen - weiter beobachten.

Auf der anderen Seite ist es naheliegend, den Fokus, wie es Frau Dos Santos Hermann gesagt hat, nach außen zu richten. Das ist wie eine Wellenbewegung. Wo sind die Angebote, auf die

wir hinweisen sollten, wenn wir selber keine passende Lösung haben. Wenn sie in dieser Form bei uns nicht vorhanden sind, stärkt der Hinweis auf die Nachbarschaft unsere Position und schwächt sie nicht. Das gilt im Übrigen mit Sicherheit auch für andere Angebote, die in der Region noch entstehen werden.

Bei unseren Überlegungen habe ich auch noch andere Aspekte miteinbezogen. Wenn es zum Beispiel eine Halle in Hürth gibt, wird auch diese ein Angebot machen. Menschen, die dorthin gehen, werden ihr Geld durchaus abends auch noch in Köln ausgeben. Auch das ist etwas, was mit einzubeziehen ist.

Ich würde sagen, dass man den Auftrag jetzt ein Stück weit schärft, indem man sagt: Guckt euch die Zusammenarbeit mit Bonn an! Wo liegen die Vorteile, wo sind die Gefahren? Dann hat man eine Grundlage, zu diskutieren, wie man diese gemeinsame Arbeit weiter betreibt.

In dem Antrag ist doch nicht nur von einer vollkommen gemeinsamen Abwicklung dieser Geschichte die Rede. Es wird zum Beispiel vorgeschlagen, eine gemeinsame Datenbank und ein gemeinsames Marketing zu machen. Ich würde es schon etwas seltsam finden, wenn diejenigen, die bei uns auf die Locations hinweisen, nicht einmal wüssten, welche Angebote es in der Umgebung gibt. Deshalb finde ich es richtig, das jetzt noch stärker einzubeziehen und dazu anschließend eine Vorlage zu machen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich wollte nur auf den Tatbestand hinweisen, dass wir mit diesem Antrag, der richtig ist und der geprüft werden muss, vonseiten der Verwaltung nicht davon ausgehen dürfen, dass der Istzustand in Köln damit für immer und ewig beschrieben ist. Das ist das Entscheidende. Wir wissen alle, dass Bonn ein großzügiges Sponsoring bekommen hat. Wenn heute jemand zu mir käme und mir 30 Millionen gäbe, um eine Halle zu bauen, dann bekäme ich wahrscheinlich hier im Rat dafür auch schnell eine Mehrheit. Wenn man dieses Glück hat, kann man auch anders operieren.

Wir haben diese Größenordnung aber noch nicht. Deswegen darf das nicht festgeschrieben werden. Das will ich ganz deutlich sagen. Das muss bei der Prüfung berücksichtigt werden.

(Martin Börschel [SPD]: Dazu machen Sie doch eine Vorlage!)

30. Sitzung vom 30. August 2007

- Genau.

Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans: Ich will noch eine Anmerkung machen. Wir werden alleine schon die ganzen Investitionen von Privaten nicht lenken können. Wir werden doch nicht hingehen und sagen, wir schreiben alles fest. Natürlich wird es weiterhin Investitionen geben; ob von öffentlicher oder privater Seite, ist zunächst zweitrangig. Natürlich werden weitere Kapazitäten in diesem Bereich entstehen. Diese müssen auch mitbedacht werden; denn diese Kapazitäten müssen später auch ausgelastet werden. Alle diese Punkte werden in der Untersuchung eine Rolle spielen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Mendorf noch einmal. Bitte.

Marco Mendorf (FDP): Herr Oberbürgermeister! Mir ist es neu, dass sich ein Beigeordneter selbst einen Prüfauftrag wünscht. Sie haben ja gesagt, Sie möchten das gerne prüfen. Sie möchten die regionale Zusammenarbeit noch einmal prüfen und überlegen, welche Vorteile sich für die Stadt Köln dadurch entwickeln.

Ich muss Ihnen ehrlich sagen, über die Vorlage, die wir hier im Rat am 19. Juni verabschiedet haben, waren wir sehr froh und die haben wir auch sehr gelobt. Diese 50 bis 60 Seiten starke Vorlage haben Sie - so habe ich es verstanden - geprüft. Herr Sterck hat gerade das Ergebnis dessen vorgetragen. Sie selbst sagen am Ende Ihrer Prüfung, dass in weiterer Zukunft an einer regionalen Zusammenarbeit gearbeitet werden kann. Sie haben das in Ihrer Vorlage geprüft und sind zu dem Schluss gekommen, dass Köln eine eigene Kongressvermarktung angehen muss und dafür 750 000 Euro in die Hand nimmt, um die eigenen Kongressfazilitäten in der Welt zu bewerben. Das ist das Ziel dieser Vorlage, und das ist das Ergebnis Ihrer eigenen Prüfung. Ich weiß nicht, was wir jetzt hier noch prüfen sollen. Ich glaube, wir sollten erst einmal unsere eigene Arbeit machen.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Die Verwaltung wird in Kürze ein entsprechendes

Angebot machen. Dann kann der Rat darüber entscheiden. Ich glaube, diese Position haben jetzt alle deutlich gemacht.

Wenn es keine weiteren Wortmeldungen geben sollte, können wir jetzt über den Antrag abstimmen. Wer für den Prüfantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - SPD und Grüne als Antragsteller, CDU, pro Köln und die Linke. Ich gehöre ja zu den Betroffenen; denn wir müssen es ja machen.

(Martin Börschel [SPD]: Abstimmen dürfen Sie trotzdem)

- Ja, natürlich. - Wir nehmen das auf. Ich denke, dafür ist jetzt der richtige Zeitpunkt. Deshalb werden wir das jetzt noch mit einbauen. - Enthaltungen? - Gibt es keine. Gegenstimmen? - Dagegen sind die FDP und Herr Dr. Müser. Dann ist es mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen nun zu den Anfragen. Alle Anfragen sind schriftlich beantwortet worden. Ich darf nur dann um Wortmeldung bitten, wenn es noch Nachfragen gibt.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1:

3.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Mitgliedschaft der Stadt Köln in Vereinigungen und Verbänden“ Ds-Nr.: A/0302/007

Es gibt keine Nachfragen.

Zu Tagesordnungspunkt 3.2:

3.2 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Strom sparen bei der Straßenbeleuchtung“ Ds-Nr.: A/0357/007

Auch dazu gibt es keine Nachfragen.

Zu Tagesordnungspunkt 3.3:

3.3 Anfrage von Ratsmitglied Herr Dr. Müser vom 22. August 2007 betreffend „Schülerticket für Grundschulen“ Ds-Nr.: A/0366/007

Zu der schriftlichen Antwort gibt es keine Nachfragen.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 5:

5. Ortsrecht

5.1 Satzungen

30. Sitzung vom 30. August 2007

Zu Tagesordnungspunkt 5.1.1:

5.1.1 Änderung der Satzung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Stöckheimer Hof
Ds-Nr.: 0670/007

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen der Linken. Enthaltungen? - Keine. Es ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 5.1.2:

5.1.2 Satzung über Anbringungsort, Abmessungen und Ausgestaltung von Werbeanlagen für einen Teil der Ortslage Köln-Nippes im Bereich Neusser Straße
Arbeitstitel: Werbesatzung Neusser Straße
Ds-Nr.: 0367/007

Gib es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist es einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5.2.1 auf:

5.2.1 Änderung der Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Spielgeräten
Ds-Nr.: 0750/007

Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der Fraktion pro Köln
Ds-Nr.: A/0342/007

Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der FDP-Fraktion vom 29. August 2007
Ds-Nr.: A/0381/007

Wird hierzu das Wort gewünscht? - Herr Rouhs, bitte.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Da sage einer, die Kölner Kommunalpolitik und die Verwaltung wären nicht lernfähig. Als im April 2006 der Rat die Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Spielgeräten beschlossen hat, hat meine Fraktionen einen Änderungsantrag eingereicht, der darauf abzielte, dass nicht der Spieleinsatz besteuert werden muss, sondern dass der Spielerlös zu besteuern ist. Wir haben Ihnen seinerzeit sehr ausführlich begründet, warum eine Besteuerung des Spieleinsatzes

nicht zweckmäßig und steuerlich nicht gerecht ist. Daraufhin haben Sie alle so getan, als hätten Sie etwas Besseres zu tun, als würde Sie das gar nicht interessieren und als wäre das, was pro Köln vorträgt, sowieso vollkommen abseitig und belanglos. Selbstverständlich haben Sie daraufhin unseren Antrag niedergestimmt.

Mit anderthalb Jahren Verspätung hat nun auch die Verwaltung eingesehen, dass es nicht praktikabel ist, den Spieleinsatz zu besteuern, und legt eine Veränderung dieser Satzung vor. Jetzt wird, wie von pro Köln vor anderthalb Jahren beantragt, der Erlös besteuert.

Die FDP-Fraktion hat offenbar unseren Änderungsantrag sorgfältig gelesen und noch einen draufgesetzt, nämlich die Differenzierung zwischen den Spielgeräten, die in sogenannten Spielhöhlen eingesetzt werden, und denen, die in Gaststätten zum Einsatz kommen. Das halten wir für sehr sinnvoll. Wir können aus den beiden Änderungsanträgen gerne einen Änderungsantrag machen. Das wäre eine vernünftige Sache.

Zum ersten Mal überholt die FDP-Fraktion ein Stück weit die Fraktion pro Köln. Herzlichen Glückwunsch! Da sage einer, man könnte aus der Position der Fundamentalopposition, wie sie die Fraktion pro Köln einnimmt, nicht gelegentlich auch Dinge hier im Rat verändern. Das ist uns in dem hier vorliegenden Fall ganz offensichtlich gelungen.

Mit dem FDP-Änderungsantrag haben Sie sich eine goldene Brücke gebaut, um die von pro Köln intendierten Details aufnehmen zu können, ohne einem Pro-Köln-Antrag zuzustimmen. Dazu darf ich Sie, meine Damen und Herren, ausdrücklich beglückwünschen. Machen Sie weiter so. Sie sind auf dem richtigen Weg.

Es kommt uns nicht so sehr darauf an, formal den Dankesstrauß dafür entgegenzunehmen, diejenigen gewesen zu sein, die die Veränderung beantragt haben. Uns geht es vielmehr darum, in der Sache etwas anzustoßen und für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt für Verbesserungen zu sorgen. Das ist uns in diesem Fall ganz offensichtlich gelungen. Dafür allseits ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Mendorf, bitte, zu Ihrem Antrag.

30. Sitzung vom 30. August 2007

Marco Mendorf (FDP): Meine Damen und Herren! Wenn man kein Lob bekommt, muss man sich halt selbst loben. Das ist vielleicht pädagogisch wertvoll, aber inhaltlich leider nicht richtig.

Als ich den Änderungsantrag geschrieben habe, hatte ich die Unterlagen anderer Fraktionen gar nicht gelesen. Wir sind schon selbstständig in der Lage, Sachverhalte zu bewerten.

Wir haben uns in den umliegenden Gemeinden, im Umland und in ähnlich großen Städten wie der Landeshauptstadt Düsseldorf umgeschaut, die natürlich auch eine Spielgerätebesteuerung vornimmt. Wir haben uns an der Bemessungsgrundlage - das sind ja die beiden Punkte - orientiert und schlagen vor, eine Nettobemessungsgrundlage zu wählen. Wir haben die Steuersätze so gesetzt, dass sie sich im Durchschnitt der umliegenden Gemeinden bewegen. Köln muss sich nicht mit den höchsten Steuern brüsten, sondern kann sich ruhig im Mittelmaß bewegen, wie es übrigens die Landeshauptstadt Düsseldorf auch tut. So haben wir das im Änderungsantrag formuliert. Vielen Dank.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Bürgermeister Müller, bitte.

Josef Müller (CDU): Herr Oberbürgermeister! Die CDU-Fraktion stimmt der Verwaltungsvorlage zu. Herr Mendorf, wir können dem FDP-Antrag nicht zustimmen. Die Vorlage geht von einem Steuersatz von 13,08 Prozent aus. Sie hingegen schlagen 10 Prozent vor und wollen zudem, dass die Änderungssatzung rückwirkend zum 1. Januar 2003 in Kraft treten soll, während die Verwaltung den 1. Januar 2006 vorsieht. Ihr Vorschlag ergäbe einen Steuerausfall, für den es keine Deckung gibt. Das ist ein Einnahmenausfall, den wir im HPL vermissen werden.

Wir können dem nachträglichen, heute erst gestellten Antrag der FDP nicht zustimmen, weil der erwartete Betrag niedriger ausfallen würde. Wie ich gehört habe, ist das auch im Finanzausschuss so verabschiedet worden. Das bedeutete einen Einnahmenausfall, den wir zurzeit nicht decken können.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Vielen Dank. Das hätte der Kämmerer auch gesagt.

Aber nun ist es schon gesagt. Daher brauchen wir keine Redundanzen. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Da das nicht der Fall ist, können wir darüber abstimmen.

Zuerst stimmen wir über den FDP-Änderungsantrag ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP, Herr Dr. Müser und pro Köln. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist es mit großer Mehrheit abgelehnt.

Nun stimmen wir über die Vorlage der Verwaltung ab. Wer für die Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, SPD, Grüne, Linke und Herr Dr. Müser. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von der FDP und pro Köln. Es ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 5.3:

5.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Zu Tagesordnungspunkt 5.3.1:

5.3.1 Erlass einer Rechtsverordnung nach § 6 Ladenöffnungsgesetz NRW (LÖG NRW) für die Genehmigung der Sonderöffnung von Verkaufsstellen in Weiß und Mülheim Ds-Nr.: 0700/007

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 5.3.2:

5.3.2 Aufhebung der Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken für die städtische Kollegschule Weinsbergstraße, Weinsbergstr. 72, 50832 Köln (Ehrenfeld) vom 8. November 1995 Ds-Nr.: 0730/007

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Es ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 5.3.3:

5.3.3 Aufhebung der Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken für die städtischen Grundschulen in Köln vom 29. September 1999 Ds-Nr.: 0731/007

30. Sitzung vom 30. August 2007

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Es ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 5.4.1:

5.4.1 Änderung der Hauptsatzung Ds-Nr.: 0748/007

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

6. Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Abs. 1 und § 84 Abs. 1 GO NRW über die vom Kämmerer genehmigten Mehrausgaben und -verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2007 Ds-Nr.: 0808/007

Das nehmen wir nur zur Kenntnis. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig so zur Kenntnis genommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7. auf:

7. Überplanmäßige Aufgaben

Zu Tagesordnungspunkt 7.1:

7.1 UA 4070 Mieten inkl. Nebenkosten an Gebäudewirtschaft Ds-Nr.: 0686/007

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 7.2:

7.2 UA 3118 - Kölnisches Stadtmuseum, Haushaltsjahr 2007, zur Finanzierung der Mehrkosten des Depotumzugs Ds-Nr.: 0791/007

Es soll wie Finanzausschuss, Anlage 2, abgestimmt werden. Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 7.3:

7.3 UA 6140, Umlegung von Grundstücken, bei Hst. 6140.932.5000.7 Umlegung, Hj. 2007 Ds-Nr.: 0792/007

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Es gibt keine Wortmeldungen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 7.4:

7.4 Haushaltsstelle 4640.510.0000.6, Unterhaltung von Außenspielgeräten Ds-Nr.: 0851/007

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Dr. Heinen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Herr Oberbürgermeister! Dieser Beschlussvorlage können wir auf keinen Fall zustimmen. Es geht nicht um die überplanmäßige Ausgabe von 50 000 Euro, sondern um den vorgelegten Deckungsvorschlag. Ich will das auch begründen. Für uns hat U3 höchste Priorität. Jeder Euro ist in diesem Bereich unbedingt zu halten und darf nicht für Deckungen anderer Bereiche verwendet werden. Deswegen können wir der Vorlage als solcher nicht zustimmen, es sei denn, es gäbe noch eine andere Möglichkeit, diese Deckung herzustellen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Dr. Klein, bitte.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Im Ziel sind sich alle einig: Der U3-Ausbau muss voranschreiten und forciert werden. Ich habe mit dem Kämmerer kurz Rücksprache gehalten. Wir bieten als Deckungsvorschlag die Senkung der Landschaftsumlage an, also das, was dort an Mehrwert vorhanden ist.

(Zurufe)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das wurde zur Klärung der Deckung gesagt. Der Kämmerer hat genickt. Das heißt, wir sind damit einverstanden. Der Einwand ist damit hinfällig. Damit können wir über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist es mit dieser neuen Deckung einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9. auf:

9. Allgemeine Vorlagen

30. Sitzung vom 30. August 2007

Zu Tagesordnungspunkt 9.1:

**9.1 Sportanlage Höhenberger Sportpark, Köln-Höhenberg
Errichtung eines Kunstrasenplatzes inkl. Trainingsbeleuchtung und Bewässerung
Ds-Nr.: 0651/007**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.2:

**9.2 Berichterstattung der KVB über die Restrukturierungserfolge im Geschäftsjahr 2006
Ds-Nr.: 0669/007**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.3:

**9.3 Anlage eines interkulturellen Gartens durch den Verein „Interkultureller Garten Köln e.V.“ in der Niehler Mulde, Im Grund in Köln-Niehl
hier: Widerspruchsverfahren nach § 69 Landschaftsgesetz NW (LG NW)
Ds-Nr.: 0680/007**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Es ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.4:

**9.4 Personalratsstruktur bei der Stadtverwaltung Köln - personalvertretungsrechtliche Zuordnung der Fachberaterinnen und Fachberater Kindertagesstätten
Ds-Nr.: 0696/007**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.5:

**9.5 Fortschreibung des „Konzept zur Förderung von Künstlerateliers in Köln“
Ds-Nr.: 0716/007**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Es ist einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.6:

**9.6 Bestätigung der Zuständigkeit des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün bei Befreiungen im Widerspruchsverfahren nach § 69 des Landschaftsgesetzes aufgrund Änderungen des Landschaftsgesetzes
Ds-Nr.: 0758/007**

Es soll wie Verwaltungsvorlage, also AVR, abgestimmt werden. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Nun zu Tagesordnungspunkt 9.10:

**9.10 Personalmehrbedarf für den Neubau von Mehrfamilien-Wohngebäuden im öffentlich geförderten Wohnungsbau und Abbruch der bisherigen Sozialhäuser
Ds-Nr.: 0773/007**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.11:

**9.11 Generalsanierung des Band - Anbaus am Museum Schnütgen
Ds-Nr.: 0782/007**

Es soll wie Finanzausschuss beschlossen werden. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist es einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.12:

**9.12 Errichtung einer neuen Förderschule Lernen Rosenzweigweg 3
hier: Änderung der FL Rosenzweigweg 3 (Zollstock) durch die Zusammenlegung der FL Rosenzweigweg 3 (Zollstock) mit der FL Pfälzer Str. 30-34 bei gleichzeitiger Einrichtung einer Nebenstelle Pfälzer Str. 30-34 (Neustadt/Süd) als Teilstandort der FL Rosenzweigweg 3
Ds-Nr.: 0362/007**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.13:

30. Sitzung vom 30. August 2007

9.13 Aufstellung von zwei Gerätecontainern und einem Gartenhaus infolge einer genehmigten Nutzungsänderung von Tennis- in Bouleplätze in Köln-Höhenhaus, Bez. 9

hier: Widerspruchsverfahren nach § 69 Landschaftsgesetz NW (LG NW)
Ds-Nr.: 0734/007

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.14:

9.14 Erweiterungsbau und Neubau einer Sporthalle für das Apostelgymnasium Biggestraße 2 in Köln-Lindenthal

Ds-Nr.: 0788/007

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Grünen ist es einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.15:

9.15 Städtebaulicher Masterplan Innenstadt Köln

hier: Absichtserklärung
Ds-Nr.: 0688/007

Hier soll die neue Fassung in Anlage 3 beschlossen werden. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Es gibt Gegenstimmen von den Linken. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es mit großer Mehrheit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.16:

9.16 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln

Gesellschafteranteil der Gastgewerbeinnung zu Köln e.V. an der Koelnmesse GmbH
hier: Anteilsübertragung
Ds-Nr.: 0809/007

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist es einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.17:

9.17 Koelnmesse GmbH Tochtergesellschaft Großbritannien

hier: Erweiterung des Vertretungsgebietes

Ds-Nr.: 0810/007

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.18:

9.18 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln

hier: Auflösung der Kapitalrücklage
Ds-Nr.: 0813/007

Wortmeldungen sehe ich nicht. Gegenstimmen? - Auch nicht. Enthaltungen? - Auch nicht. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.19:

9.19 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln

Änderung des Wirtschaftsplans 2007
Ds-Nr.: 0820/007

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegen die Linke. Enthaltungen? - Enthaltungen bei pro Köln. Es ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.20:

9.20 GEW Köln AG

hier: Verschmelzung der WESTEND GmbH auf die NetCologne GmbH
Ds-Nr.: 0834/007

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Es ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10:

10. Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

10.1 142. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 7, Köln-Porz

Arbeitstitel: „Ehemalige Kaserne Bras-seur“ in Köln-Porz-Westhoven
hier: Feststellungsbeschluss
Ds-Nr.: 0759/007

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig beschlossen.

30. Sitzung vom 30. August 2007

Nun zu Tagesordnungspunkt 12:

12. Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

12.1 Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 71378/02 (beziehungsweise 1403 der ehem. Gemeinde Rodenkirchen) - Satzungsbeschluss - Arbeitstitel: Rudolf-Buch-Straße in Köln-Sürth Ds-Nr.: 0655/007

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von pro Köln. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Linken ist es mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 16:

16. Wahlen

Die Wahlen unter 16.1., 16.2. und 16.4. werden ohne meine Stimme durchgeführt. Bei 16.3. stimme ich mit.

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

16.1 Berufung eines Vertreters einer Religionsgemeinschaft als ständiges stellvertretendes Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung Ds-Nr.: 0698/007

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 16.2:

16.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 15. August 2007 betreffend Benennung eines Sachkundigen Einwohners für den Stadtentwicklungsausschuss Ds-Nr.: A/0308/007

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 16.3:

16.3 SBK Sozial-Betriebe-Köln gGmbH

hier: Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes Ds-Nr.: 0830/007

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Es gibt Gegenstimmen von pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Es ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 16.4:

16.4 Antrag der FDP-Fraktion vom 27. August 2007 betreffend „Nachbesetzung im Integrationsrat“ Ds-Nr.: A/0375/007

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

17. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO Nordrhein-Westfalen

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

17.1 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Beschaffung von Grabkammern zur Aufrechterhaltung der satzungsgemäßen Bestattungsart „Sargbestattung in pflanzfreien Gräbern“ Ds-Nr.: 0654/007

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

17.2 Genehmigung einer üpl.-Ausgabe bei Hst. 5610.517.9000.5 - Instandsetzung von Sportplätzen - und einer üpl.-Ausgabe bei Hst. 9120.908.0000.0 - Zuführung der anteiligen Sportpauschale, jeweils in Höhe von 150.000,- € Ds-Nr.: 0660/007

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

17.3 Mehrbedarf für den Bau der Gassammelleitung auf der Colonia-Deponie Ds-Nr.: 0665/007

30. Sitzung vom 30. August 2007

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Es ist mit großer Mehrheit beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

**17.4 Aufstellung eines Spielgerätes auf einer neu einzurichtenden öffentlichen Spielplatzfläche in Köln-Eil
Ds-Nr.: 0678/007**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

**17.5 Familienfreundliches Köln - Masterplan Erziehung, Bildung und Betreuung hier: flexible Angebote in Tageseinrichtungen für Kinder - erweiterter Personalbedarf
Ds-Nr.: 0695/007**

Wortmeldungen? - Gibt es nicht. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist es einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

**17.6 Reise von Ratsmitgliedern anlässlich des 10-jährigen Städtepartnerschaftsjubiläums Köln-Istanbul, 02.-04.06.2007
Ds-Nr.: 0481/007**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von pro Köln. Die sind aber trotzdem gefahren; die Gegenstimmen nützen also nichts. Enthaltungen? - Keine. Es ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Herr Baumanns, ich darf mich von Ihnen und noch einer Besucherin verabschieden. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Der öffentliche Teil der Sitzung ist damit beendet.

(Schluss: 21.59 Uhr)